

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

2. Sitzung

Hannover, den 10. Juli 1986

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	41	<i>Beschluß</i>	78
Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates	41	Parlamentarische Kontrollkommission — Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/7 — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/8 — Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/9 — Wahlvorschlag der Fraktion der SPD — Drs 11/10 — Wahlvorschlag der Fraktion der Grünen — Drs 11/11	79
Aussprache über die Regierungserklärung .	41	Schröder (SPD)	79
Schröder (SPD)	42	Kempmann (Grüne)	79
Stock (CDU)	53	Jahn (CDU)	80
Frau Hammerbacher-Richter (Grüne) ..	63	Hildebrandt (FDP)	82
Hildebrandt (FDP)	69	Trittin (Grüne)	82
Frau Dr. Schole (Grüne).....	76	<i>Beschluß</i>	83
Wahl der Mitglieder und der stellvertreten- den Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses — Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP — Drs 11/12	78	Erste Beratung: Einsetzung eines Elften Parlamentarischen Untersuchungsausschusses — Antrag des Abg. Adam (SPD) u. Gen. — Drs 11/14	84
<i>Beschluß</i>	78	Milde (SPD)	84
Wahl der Mitglieder des Ausschusses nach § 2 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 GG (NAusfG zu G 10) vom 16. 5. 1969 (Nieders. GVBl. S. 117) — Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP — Drs 11/13 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/15	78	Trittin (Grüne)	86
Schörshusen (Grüne)	78	Jahn (CDU)	87
		Fischer (Buxtehude) (FDP)	90
		<i>Ausschußüberweisung</i>	91
		Nächste Sitzung	91

A II

Vom Präsidium:

Präsident	Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsident	Ravens (SPD)
Vizepräsident	Warnecke (CDU)
Vizepräsident	Bosse (SPD)
Vizepräsident	Rehkopf (FDP)
Schriftführer	Frau Stoll (CDU)
Schriftführer	Brunkhorst (CDU)
Schriftführer	Luiken (CDU)
Schriftführer	Reinemann (CDU)
Schriftführer	Teysen (CDU)
Schriftführerin	Frau Auerbach (SPD)
Schriftführerin	Frau Lemmermann (SPD)
Schriftführerin	Milde (SPD)
Schriftführer	Neese (SPD)
Schriftführerin	Frau Deppe (Grüne)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Dr. Albrecht (CDU)	Staatssekretär Meyer, Staatskanzlei
Minister des Innern Hasselmann (CDU)	Staatssekretär Dr. Heidemann, Ministerium des Innern
Minister der Finanzen Frau Breuel (CDU)	Staatssekretär Dr. van Scherpenberg, Ministerium der Finanzen
Sozialminister Schnipkoweit (CDU)	Staatssekretär Dr. Freiherr von Richthofen, Sozialministerium
Kultusminister Oschatz (CDU)	Staatssekretär Schaeede, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Hirche (FDP)	Staatssekretär Prof. Dr. Hellwege, Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Dr. Ritz (CDU)	Staatssekretär Frau Dr. Meseke, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Minister der Justiz Remmers (CDU)	
Minister für Bundesangelegenheiten Jürgens (FDP)	Staatssekretär Haabengier, Ministerium für Bundesangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Cassens (CDU)	Staatssekretär Dr. Börner, Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Umweltminister Dr. Remmers (CDU)	

Beginn: 10.16 Uhr.

Vizepräsident Ravens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung im 1. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 11. Wahlperiode. Ich wünsche Ihnen einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Meine erste Amtshandlung im neuen Amt gibt mir die Gelegenheit, mich bei Ihnen für die Wahl zum Vizepräsidenten ganz herzlich zu bedanken. Ich werde mich dafür einsetzen, daß die Rechte des Parlaments und der Mitglieder des Parlaments gewahrt und behütet werden, und zugleich mithelfen, daß das Parlament seine Pflicht gegenüber den Bürgern unseres Landes erfüllen kann.

Ich stelle fest, daß wir beschlußfähig sind. Wir können also mit unserer Arbeit beginnen.

Zunächst aber bitte ich Sie, sich zu erheben. — Gestern sind wieder zwei Menschen einem heimtückischen Mordanschlag zum Opfer gefallen. Alle Anzeichen und Begleitumstände deuten darauf hin, daß Terroristen die Täter waren. Das Siemens-Vorstandsmitglied Professor Karl-Heinz Beckurts und sein Fahrer Eckart Goppler verloren bei dem Anschlag ihr Leben. Ihnen und ihren Angehörigen gilt unser tiefes Mitgefühl.

Mit den Opfern sollte unser demokratischer Staat, unsere Gesellschaft insgesamt getroffen werden. Wir fühlen uns getroffen. Wir sind tief betroffen.

Die eiskalte Planung und die Präzision dieses Verbrechens, für das es keinerlei Rechtfertigung gibt, lassen uns erschrecken. Aber lassen Sie uns daran festhalten: Wir setzen zur Wahrung des Rechtsstaates Recht gegen Gewalt. Das Recht wird stärker sein.

Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. Ich danke Ihnen.

Die Tagesordnung liegt Ihnen gedruckt vor. Sie ist gestern ergänzt worden um die Tagesordnungspunkte „Parlamentarische Kontrollkommission, a) Zahl der Mitglieder und Zusammensetzung, b) Wahl der Mitglieder“ und „Einsetzung eines Elften Parlamentarischen Untersuchungsausschusses“.

Die Landtagsverwaltung bittet darauf hinzuweisen, daß die Abgeordneten, die ihren Personalbogen noch nicht abgegeben haben, dieses umgehend bei der Landtagsverwaltung tun sollten, da sonst die Abgeordnetenliste und auch das Handbuch nicht erstellt werden können.

Noch ein organisatorischer Hinweis. Ihnen werden Ihre hier im Plenum gehaltenen Reden durch den Stenographischen Dienst zur Korrektur mit der Bitte um baldige Rückgabe ausgehändigt. Die Landtagsverwaltung hat jetzt ein modernes Schreibsystem, das eine bedeutend schnellere Fertigung der Stenographischen Berichte ermöglicht. Um diese zeitlichen Möglichkeiten, die uns das Schreibsystem bietet, wirklich auch voll auszunutzen, hat der Ältestenrat festgelegt, daß die Reden bis 12 Uhr mittags des folgenden Arbeitstages zurückzugeben sind. Werden sie bis zu diesem Zeitpunkt nicht zurückgegeben, so gelten sie grundsätzlich als genehmigt und werden in der vorliegenden Fassung ausgedruckt.

Ich komme nun zu der

Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates

Nach Mitteilung der Fraktionen setzt sich der Ältestenrat wie folgt zusammen: Die Zählgemeinschaft der Fraktionen der CDU und der FDP entsendet die Abgeordneten Döring, Gansäuer, Jahn, Lellek, Oestmann, Stock, Weiß und Hildebrandt; die Fraktion der SPD entsendet die Abgeordneten Bruns (Emden), Glogowski, Patzschke, Frau Pistorius, Schröder und Wernstedt, und die Fraktion der Grünen entsendet die Abgeordnete Frau Hammerbacher-Richter. Dem Ältestenrat gehören weiter an der Präsident und die Vizepräsidenten.

Soweit die geschäftlichen Mitteilungen. Ob wir heute eine Mittagspause einlegen, meine Damen und Herren, werden wir vom Gang des Verfahrens, vom Ablauf der Verhandlungen, abhängig machen. Wir werden uns rechtzeitig mit den Vorsitzenden der Fraktionen oder ihren Geschäftsführern in Verbindung setzen.

Wir kommen nun zur

Aussprache über die Regierungserklärung

Die Fraktionen haben sich für diese Aussprache auf folgende Reihenfolge der Hauptredner geeinigt: Es sollte zunächst der Vertreter der SPD sprechen, dann der der CDU-Fraktion, dann der der Fraktion der Grünen und dann der der FDP-Fraktion.

Für die Beratung dieses Tagesordnungspunktes haben die Fraktionen im Ältestenrat eine Gesamtredzeit von höchstens 180 Minuten vereinbart. Das teilt sich nach unserem Schlüssel wie folgt auf: CDU höchstens 60 Minuten, SPD höchstens 60 Minuten, Grüne höchstens 30 Minuten und FDP höchstens 30 Minuten. Ich unterstelle,

Vizepräsident Ravens

daß das vom Haus so gebilligt wird. — Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe nunmehr die erste Wortmeldung auf. — Herr Abgeordneter Schröder, Sie haben das Wort.

Schröder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Alterspräsident hat gestern bereits darauf hingewiesen: Der Niedersächsische Landtag besteht in diesem Jahr, nämlich genau am 9. Dezember 1986, seit 40 Jahren. Ich erlaube mir anzuregen, zu diesem 40. Jahrestag eine Sondersitzung des Parlaments einzuberufen und dazu die noch lebenden Mitglieder jener ersten Sitzung, der konstituierenden Sitzung, zu laden. Es gibt einige. Wir sollten dies aus Respekt vor den Frauen und Männern tun, die aus den Trümmern, die die Nazi-Diktatur hinterlassen hatte, die Demokratie in dem sich entwickelnden Niedersachsen aufgebaut haben. Wir haben so miteinander die Chance, uns zu erinnern und anderen deutlich zu machen, daß aus dem Antifaschismus der unbedingte Wille zur Freiheit und Demokratie erwuchs, ein Wille, der für uns alle heute noch Verpflichtung sein sollte.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Frau Hammerbacher-Richter [Grüne].)

Meine Damen und Herren, die Regierungserklärung, die wir gestern gehört haben, ist ein armseeliges Dokument.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Lachen bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Der Montagswitz heute!)

Die Probleme der Gegenwart werden verdrängt, eine Perspektive für die Zukunft fehlt.

(Schlotmann [CDU]: Da spricht der neue Ministerpräsident!)

Vor zehn Jahren hat dieser Ministerpräsident noch von konservativen Prinzipien gesprochen und von Hoffnung, auch von Aufbruch. Es gab vor zehn Jahren viele Menschen, die ihm geglaubt haben. Die Zahl dieser Menschen ist kleiner geworden; das zeigt das Wahlergebnis.

(Zuruf von der CDU: Mehrheit!)

„Albrecht-Politik“, wie Sie es im Wahlkampf genannt haben, ist von den Wählern zu einer Fußnote der Landesgeschichtsschreibung gemacht worden.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Deshalb wirkt das, was Sie, Herr Albrecht, in Ihren Reden über die Chancen der Sozialdemokraten gesagt haben, verkrampft. Seien Sie sicher: Jene paar Prozent, die uns noch fehlen, um dieses Land zu regieren, werden wir Ihnen beim nächsten Male abnehmen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich vermute, Herr Ministerpräsident, daß Sie das auch ahnen. Deshalb ist die Erklärung, die Ihnen der Koalitionsausschuß genehmigt hat, so vage und so kraftlos. Deshalb reden Sie nicht mehr von Prinzipien oder gar von Aufbruch. Sie haben — lassen Sie mich das so sagen, Herr Ministerpräsident — Ihre Zukunft bereits hinter sich,

(Beifall bei der SPD)

jedenfalls die Zukunft, die Sie noch selbst bestimmen können. Der Rest wird durch den Koalitionsausschuß erledigt werden.

Herr Albrecht, Sie wollten für einen konservativ geprägten Staat stehen, einen Staat, der nicht zur Beute von Parteien und Interessengruppen wird. Sie haben vorgegeben, die Auswahl von Personal nach Qualitäts Gesichtspunkten vorzunehmen. Und Sie haben versprochen, für einen verfaßten Rahmen der politischen Auseinandersetzung einzutreten, der in seinen rechtlichen Eckpfeilern eben nicht zur Disposition schmaler Mehrheiten steht, sondern der sich auf einen breiten Konsens in der gesamten Gesellschaft stützen kann. Mit all dem, für das Sie stehen wollten, haben Sie gebrochen, um an der Macht zu bleiben.

Nehmen wir das Landtagswahlrecht: Ein bewährtes, von den Bürgern verstandenes Recht, weil es eindeutig ist, soll zerschlagen werden, um der FDP die Angst vor dem Tode und Ihnen die Angst vor dem Machtverlust zu nehmen.

(Beifall bei der SPD.)

Oder nehmen wir das Kommunalwahlrecht: Ihre Fraktion — ich nehme an, der eine oder andere davon ist noch da — hat noch vor Jahresfrist Regelungen zugestimmt, die Sie jetzt wieder aufheben wollen. Daß Sie damit Ihre Landtagsfraktion, insonderheit die Innenpolitiker, lächerlich machen, ist deren Problem. Daß Sie die rechtliche Ausgestaltung des Lebens in den Gemeinden koalitionspolitischen Rücksichten unterwerfen, das ist unser aller Problem.

(Beifall bei der SPD.)

Dieser prinzipienlose Umgang mit dem Recht sollte uns alle betreffen und auch wachsam machen, wachsam auch hinsichtlich anderer Gefährdungen unserer politischen Kultur. Es ist

eben mehr als schlechter Stil, wenn die Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden Parteien CDU und FDP im Gästehaus der Landesregierung geführt werden, wenn der Staatssekretär der Staatskanzlei das Protokoll dieser Parteiverhandlungen führt und der Sprecher der Landesregierung gleichsam als Sprecher beider Parteien zusammengenommen die Kritik der anderen Parteien an den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen bewertet. Dies ist mehr als schlechter Stil; darin liegt ein Stück Verlust einer demokratischen politischen Kultur, und daran wird das Maß an Unsensibilität für die Erfordernisse einer solchen Kultur deutlich.

Diese Vermischung von Partei- und Staatsinteressen ist sicherlich jedem anständigen Konservativen ein Dorn im Auge. Schade nur, daß der sich hier nicht äußern darf.

(Beifall bei der SPD.)

Wer derartiges serviert bekommt, der wundert sich dann über die Besetzung der Spitze des Innenministeriums nicht mehr. Ich habe den Koalitionsvereinbarungen entnommen, daß man dort zwei Staatssekretäre braucht.

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Schröder, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Gansäuer?

Schröder (SPD):

Ich gestatte gern Zwischenfragen. Aber Sie werden Verständnis dafür haben — besonders Sie, Herr Gansäuer —, daß ich die Erwiderung auf die Regierungserklärung gern geschlossen vortragen möchte.

(Beifall bei der SPD.)

Wer derartiges serviert bekommt, so habe ich gesagt, wundert sich dann über die Besetzung der Spitze des Innenministeriums nicht mehr. Man braucht dort zwei Staatssekretäre. Der Steuerzahler fragt sich überrascht, warum. Einen sachlichen Grund dafür gibt es nicht. Es gibt kein Landesinnenministerium, das zwei Staatssekretäre braucht.

(Zuruf von der SPD: Vorher auch nicht!)

— Vorher in der Tat auch nicht. — Einen sachlichen Grund gibt es also nicht. So mag es denn sein, daß diese Koalition glaubt, ihr Innenminister sei so inkompetent, daß er zwei Staatssekretäre braucht.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich will, meine Damen und Herren, dieser Ansicht, die da zum Vorschein kommt, auch überhaupt nicht widersprechen. Aber wenn dem so ist, warum ist er dann zum Innenminister gemacht worden?

(Beifall bei der SPD. — Dr. Holtfort [SPD]: Eine gute Frage!)

Das gleiche gilt offenbar für einen der zukünftigen Staatssekretäre. Ich höre, das soll Herr Haabengier sein. Wenn er aber einen zweiten braucht, warum überfordert man ihn dann in diesem Amt? Oder bekommt er das Staatssekretärsamt, um mit der Ausstattung des Amtes Parteigeschäfte besser betreiben zu können?

(Beifall bei der SPD.)

Wenn das so ist, meine Damen und Herren, dann braucht man im Innenministerium in der Tat einen zweiten Staatssekretär, und zwar ganz einfach deswegen, damit dort die Arbeit nicht liegenbleibt.

(Beifall bei der SPD.)

Peinlichkeiten, wohin man blickt. Was bleibt, ist die Erkenntnis, daß dieser Koalition — besser: dieser Zählgemeinschaft — die Integrität des demokratischen Staates allenfalls eine Sonntagsrede wert ist, daß, wenn es um die Macht geht, jedes Mittel recht ist.

(Lachen bei der CDU.)

— Ihr Lachen verrät ein beachtliches Maß an Unsicherheit!

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei und Zurufe von der CDU.)

Aber, meine Damen und Herren von der Union: Täuschen Sie sich nicht. Ihr Zählgemeinschaftspartner ist nicht sonderlich verlässlich. Wenn Sie es mir nicht glauben wollen, dann glauben Sie es dem ehemaligen Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege, einem gestandenen Konservativen, der über seinen damaligen Koalitionspartner FDP sagte — ich zitiere mit der Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

„Von vornherein war die FDP das Sorgenkind der Koalition. Diese Fraktion hat sich vom ersten Tag an als regierungsunfähig erwiesen. Die weitere Entwicklung ist noch gut in Erinnerung: Kulturministerkrisen, Justizministerkrise, das Pochen der FDP auf Staatssekretärs- und Beamtenstellen. Es war überhaupt keine richtige Koalition, da sie nicht von der Loyalität der Parteien getragen war.“

Schröder

Soweit Heinrich Hellwege, und der muß es gewußt haben.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: Wann war das?)

Ich hatte erwartet, daß der Ministerpräsident mehr — — —

(Küpker [FDP]: Was war denn 1974? — Weitere Zurufe.)

— Natürlich haben wir in Bonn zusammengearbeitet. Darum wissen wir es auch. Das ist doch der Punkt!

(Beifall bei der SPD.)

Ich hatte erwartet, meine Damen und Herren, daß der Ministerpräsident zu den finanzpolitischen Folgen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich mehr als nur Allgemeinplätze abliefern würde. Leider ist das aber nicht geschehen. Ich sage hier für meine Fraktion: Wir sind bereit mitzuhelfen, der Schwächung der Finanzkraft unseres Landes entgegenzutreten. Aber leider ist es so, daß durch das sachlich falsche und politisch törichte Gerede des Ministerpräsidenten vom Aufsteigerland Niedersachsen die prozessuale Position des Landes in Karlsruhe geschwächt worden ist. Es rächt sich nämlich, wenn man sich im Wahlkampf reicher redet, als man ist und vor Gericht zugegeben hat. An den Folgen solcher Regierungskunst leidet dann das Land. Um den Schaden zu begrenzen, erwarten wir die Vorlage einer Verhandlungstrategie der Landesregierung, die von unterschiedlichen Länder- und nicht nur von unterschiedlichen Parteiinteressen ausgeht

(Beifall bei der SPD)

und die deshalb den Konsens zwischen den Ländern über die Parteigrenzen hinweg sucht. Der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, eines Landes, das Sie gern diffamieren, Herr Posser, hat gestern vor seinem Landesparlament zu erkennen gegeben, daß er einem zentralen Interesse Niedersachsens, nämlich der vollen Einbeziehung der Steuereinnahmen der Gemeinden in den Länderfinanzausgleich, nicht prinzipiell entgegentritt.

Ich meine, diese Positionen sollten genutzt werden. Nur wird das nicht gehen, wenn man jenseits der Realitäten, aus taktischen Erwägungen heraus, weiter vom „Aufsteigerland“ redet und sich auf diese Weise verbal von denen abgrenzt, mit denen man im Grunde gemeinsame Interessen hat, die durchgesetzt werden müßten.

(Beifall bei der SPD.)

Was der Ministerpräsident im übrigen zur Finanzpolitik gesagt hat, war intellektuell nicht redlich. Da wird zunächst beklagt, daß die Einnahmen des Landes zurückgehen, wichtige Aufgaben also nicht finanziert werden können. Also muß man Ausgaben streichen. Wo man streichen will, wird aber mit keinem Wort gesagt. Dafür werden neue Ausgaben angekündigt, die man aber nicht finanzieren kann, weil man gleichzeitig eine sozial ungerechte Steuerreformpolitik des Bundes unterstützen will, die dem Land mit Sicherheit weitere Einnahmeausfälle bescheren wird. Diese Einnahmeausfälle sollen dann offenbar durch vermehrtes Schuldenmachen ausgeglichen werden. Das ist im Klartext ein Teil der Regierungserklärung, denn das verbirgt sich doch hinter dem vornehmer klingenden Begriff „Erhöhung der Nettokreditaufnahme“. Und alle diese Widersprüchlichkeiten, zu deren Auflösung ich Frau Breuel sehr viel Glück wünsche, werden dann Konsolidierung der Finanzen genannt. Das ist wahrhaft geniale Finanzpolitik! Unser Landsmann, der Baron Münchhausen, würde vor Neid erblassen.

(Beifall bei der SPD.)

Was in der Regierungserklärung zum sozioökonomischen Wandel gesagt worden ist, sind Banalitäten. Niemand wird die rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt leugnen. Sicherlich ist die Vorstellung absurd, diese Veränderungen ließen sich im nationalen Maßstab aufhalten — als könnten wir ihnen gleichsam dadurch entgehen, daß wir sie nicht zur Kenntnis nehmen.

Interessant ist an den Ausführungen zur Arbeitswelt aber das, was nicht erwähnt worden ist, nämlich die Arbeitnehmer, ihre Stellung und ihre Rechte im Prozeß der Veränderung der Industriegesellschaft. Das Wort „Mitbestimmung“, Herr Ministerpräsident, kommt in dem fast 50 Seiten langen Text nicht ein einziges Mal vor. Dies ist bezeichnend, weil es nicht Zufall, sondern Programm ist.

(Beifall bei der SPD.)

Eine menschliche Gesellschaft, von der Sie reden, setzt aber doch voraus, daß der Mensch, und zwar alle Menschen, aus der Rolle des Objekts fremder Mächte herauskommt und selbstbewußt über seine eigene Zukunft entscheidet, in diesem Sinne also Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung wird. Wer aber nicht bereit ist, das Prinzip der höchstmöglichen Selbstbestimmung auch in der Arbeitswelt zu verwirklichen, der muß sich

vorwerfen lassen, Klasseninteressen zu meinen, wenn er über die menschliche Gesellschaft redet.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: So ein Stuß!)

Die Arbeitnehmer werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie von dieser Regierung nichts zu erwarten haben. Das wird auch in einem anderen, sehr konkreten Punkt deutlich. Ihre Bonner Freunde wollen die VW-Anteile des Bundes privatisieren. Von Frau Breuel hört bzw. liest man, daß Niedersachsen trotz grundsätzlicher Übereinstimmung mit der Privatisierung dem nicht folgen wolle, weil die Anteile des Landes strukturpolitisch genutzt werden sollen. Man fragt sich, warum das nicht schon in der Vergangenheit geschehen ist. Aber immerhin, sie sollen strukturpolitisch genutzt werden. Gut. Wieso gilt das dann aber nicht für die Anteile des Bundes?

(Oestmann [CDU]: Denken Sie mal darüber nach!)

Warum lassen Sie zu, daß Niedersachsen vom Bund allein gelassen wird? Reicht die Kraft dieser Regierung, reicht der Einfluß des Ministerpräsidenten in seiner Partei nicht einmal mehr aus, um offenbaren Schaden vom Land Niedersachsen abzuwenden?

(Beifall bei der SPD.)

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der VW AG, Walter Hiller, befürchtet wohl zu Recht, daß diese Aktion des Bundesfinanzministers nur ein erster Schritt sein soll und daß als nächstes das VW-Gesetz fallen wird. Dies würde dann enorme Konsequenzen für die Position der Arbeitnehmervertreter auf allen Ebenen des so wichtigen Unternehmens haben und dann auch die Frage berühren, mit welchen Mehrheiten über die Verlagerung der zentralen Verwaltung entschieden werden kann.

Meine Damen und Herren, mir scheint — ich wende mich insbesondere an die konservative Seite —, daß dies eine Sache ist, die nicht nur zur Sache einer — nämlich meiner Partei — gemacht werden darf, sondern die uns alle angeht. Deswegen: Wenn Sie von Verantwortung für Arbeitnehmer reden, dann stoppen Sie insoweit die Privatisierungspläne der Bundesregierung!

(Beifall bei der SPD.)

Im übrigen: Was ich in Interviews zu dieser Frage lese, reicht nicht aus. Ich fordere daher die Landesregierung auf, hier vor dem Parlament und eben nicht nur in Zeitungsinterviews verbindlich zu erklären, daß erstens den Privatisierungsplänen des Bundesfinanzministers entgegengetreten

wird, daß zweitens jeder Veränderung des VW-Gesetzes Widerstand entgegengesetzt wird und daß drittens diese Regierung dafür sorgen wird, daß der Anteil des Landes unter allen Umständen gehalten wird und etwaige Kapitalerhöhungen auch finanziert werden.

Sie werden Gelegenheit erhalten, zu diesem ganzen Bereich im Rahmen einer Debatte über einen Entschließungsantrag Stellung zu nehmen, den wir Ihnen im Interesse der Arbeitnehmer der VW AG und ihrer Familien unterbreiten werden.

Aber nicht nur die Mitbestimmung ist dem Ministerpräsidenten der Rede nicht wert; das gleiche gilt leider auch für eine andere zentrale Antwort auf den gekennzeichneten Wandel unserer Industriegesellschaft: die Verkürzung der Arbeitszeit. Dort, wo menschliche Arbeit von Maschinen übernommen wird, muß die verbleibende Arbeit anders verteilt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Natürlich: Dieses Prinzip durchzusetzen ist in erster Linie Sache der Tarifparteien. Aber die darf man doch nicht im Regen stehen lassen! Die Begrenzung der Mehrarbeit, über die sich alle beklagen, ist auch Aufgabe der Politik. Deshalb darf man über die soziale Gestaltung des technischen Fortschritts nicht nur in Allgemeinplätzen reden, sondern muß z. B. den Einfluß eines Landes nutzen, um eine Arbeitszeitordnung zu ändern, die Überstunden auf Kosten der Arbeitslosen — auch der Langzeitarbeitslosen — erlaubt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Solange Sie das nicht tun, sind alle verbalen Bekenntnisse zum Schicksal der Arbeitslosen und der Langzeitarbeitslosen nichts als eben verbale Bekenntnisse.

(Krapp [CDU]: Machen Sie mal einen Vorschlag!)

— Wenn Sie zugehört hätten, was ich zur Arbeitszeitordnung gesagt habe, hätten Sie bereits einen.

(Beifall bei der SPD. — Wernstedt [SPD]: Die kennt der Krapp gar nicht! — Zurufe von der CDU.)

Aber offenbar sind Sie dazu nicht in der Lage.

Meine Damen und Herren, es ist wahr: Unser zentrales Problem ist die Arbeitslosigkeit. Sie zu bekämpfen — wenn das denn geschehen soll —, darin sind wir mit Ihnen einig. Nur, wer ein Problem beseitigen will, muß es zunächst einmal

Schröder

wahrhaftig benennen. Dazu ist der Ministerpräsident offenbar immer noch nicht in der Lage.

(Beifall bei der SPD.)

Statt sich zu seiner Verantwortung in zehn Jahren Regierungspolitik zu bekennen, redet er von Erblast. Welch Armutszeugnis!

(Beifall bei der SPD.)

Aber wenn wir schon darüber reden, dann noch einmal zu Ihrer Erinnerung: Bevor Sie, Herr Albrecht, 1976 die Regierung übernahmen, gab es in Bonn einen sozialdemokratischen Bundeskanzler und in Niedersachsen einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, nämlich unseren verehrten Freund Alfred Kubel. Wichtig ist nun, daß zu diesem Zeitpunkt die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 136 000 betrug. Zehn Jahre später gibt es in Bonn einen konservativen Bundeskanzler

(Jahn [CDU]: So einfach ist die Rechnung!)
und in Niedersachsen einen konservativen Ministerpräsidenten,

(Lachen bei der CDU)

— daß Ihnen das nicht schmeckt, kann ich verstehen, aber Sie werden es sich anhören müssen —

(Beifall bei der SPD)

nämlich Herrn Albrecht.

(Unruhe bei der CDU. — Hildebrandt [FDP]: Das ist der neue Kopf!)

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 1985 im Jahresdurchschnitt 347 000. Das, meine Damen und Herren, ist der Unterschied!

(Jahn [CDU]: Ein richtiger Märchenonkel! — Weitere Zurufe von der CDU. — Unruhe.)

Nun will ich Ihnen etwas sagen. Daß Sie nicht einmal die Sensibilität aufbringen, um den Unterschied überhaupt noch wahrzunehmen, überrascht nicht. Die Bürger im Lande spüren das aber, seien Sie sich dessen sicher.

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: Sprechblasen! — Zuruf von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Nun zu dem Jubel über die Juni-Zahlen. Niedersachsen liegt ungeachtet des geringfügigen Rückgangs noch immer hinter allen anderen Flächenländern, wenn ich vom Saarland einmal absehe.

(Zuruf.)

— Aha! Bezogen auf das Saarland, ist das erst ein Jahr her. Da könnte man wirklich noch von Erblast reden!

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: Wie ist das mit Bremen?)

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote, mit der Sie immer hausieren gehen, deckt die großen regionalen Unterschiede ebenso zu wie die soziologischen Differenzen.

(Hildebrandt [FDP]: Und Bremen?)

— Herr Hildebrandt, wenn Sie über Bremen reden und über Hamburg,

(Hildebrandt [FDP]: Das haben Sie gesagt!)

dann müßte doch auch Ihnen irgendwann einmal aufgehen, daß Sie die Situation in einem Flächenland mit der Situation in Ballungszentren überhaupt nicht vergleichen können.

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: Das ist richtig! — Weiterer Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Wenn überhaupt ein Vergleich möglich ist, z. B. mit Hamburg, dann müßten Sie den Großraum Hannover mit Hamburg vergleichen,

(Hildebrandt [FDP]: Richtig!)

und dann müßten Sie vor allen Dingen eines tun, weil Sie sonst wirklich nur schwätzten: Sie müßten sich einmal anschauen, wie das mit den Pendlerströmen im Umland der beiden Ballungszentren ist.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie das einmal tun, dann stellen Sie nämlich fest, daß 157 000 Menschen mehr aus Niedersachsen in Bremen und Hamburg Arbeitsplätze besuchen als umgekehrt.

(Oestmann [CDU]: War das je anders?)

Auf der anderen Seite ist es also richtig, wenn man sagt, daß beide Städte, Bremen und Hamburg, Arbeitsplätze für Niedersachsen vorhalten, die im Umland wohnen.

(Beifall bei der SPD.)

Deswegen — ich kenne diese Argumentation ja noch aus dem Wahlkampf — verstößt derjenige gegen die Interessen auch Niedersachsens, der Menschen im Umland nämlich, der diese unsinnige und für den Norden insgesamt schädliche Diskussion fortführt, die darauf hinausläuft, Bremen und Hamburg gegen Niedersachsen und umgekehrt auszuspielen.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von Hildebrandt [FDP] und von Oestmann [CDU].)

Kapieren Sie doch endlich einmal, daß die Situation im Norden insgesamt, verglichen mit dem Süden, wahrhaft dramatisch genug ist und daß

die wahltaktischen Rechnereien, die der Ministerpräsident und infolge davon auch Sie immer aufstellen, schaden und nicht nützen!

(Beifall bei der SPD.)

Was wir brauchen, ist doch eine gemeinsame Politik des Nordens, auch über die Parteigrenzen hinweg,

(Zuruf von der CDU: Interessant!)

die uns in die Lage versetzt, das Entwicklungsdefizit zum Süden aufzuholen. Was Sie betreiben, ist Spaltung.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie über Zahlen reden, dann lassen Sie unter den Tisch fallen, daß der Norden unseres Landes in einer Weise von Arbeitslosigkeit betroffen ist, die auch Ihnen das Grinsen und Lachen austreiben müßte.

(Beifall bei der SPD.)

Die Arbeitslosigkeit in diesen Regionen unseres Landes — nehmen Sie das doch endlich einmal zur Kenntnis! — ist doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt, und dann kann man doch nicht vom Aufsteigerland reden. Was sollen denn die, die da betroffen sind in Emden, in Oldenburg, in Vechta und anderswo, von dieser Diskussion halten? Sie müssen sich doch allein gelassen vorkommen. Und das werden Sie auch von dieser Regierung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Mehr als 15 % Arbeitslose in Emden und in Vechta und fast 20 % in Leer, und das nicht irgendwann im Winter, wenn in unserem Land traditionell wegen des hohen Anteils der Bauwirtschaft Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, sondern im Sommer und im vierten Jahr eines konjunkturellen Aufschwungs, von dem alle Experten bis auf das Kieler Weltwirtschaftsinstitut sagen, daß er bereits über dem Höhepunkt seiner Kraft hinweg ist. Dies ist das Problem, das Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen müssen und das Sie nicht wegdiskutieren dürfen, das die Basis dafür ist, eine gemeinsame Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über Gruppen- und Klasseninteressen hinweg zu entwerfen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, was der Ministerpräsident über Frauenförderpläne, allerdings an lediglich Unverbindlichem, gesagt hat. Ich hätte mir gewünscht, meine Damen und Herren, daß er wenigstens erwähnt hätte, daß sich bei den Juni-Zahlen eine Entwicklung eben nicht zum Besseren, sondern

zum Schlechteren gewendet hat. Ich meine die Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind 2 % Frauen mehr arbeitslos gemeldet. Vor diesem Hintergrund müssen doch wohl Anstrengungen diskutiert werden, wie man Frauen in der Gesellschaft gleiche Chancen verschaffen kann. Das fängt in der Arbeitswelt an und darf sich doch nicht in mehr oder minder wohlklingenden Worten über das erschöpfen, was man als vage Zukunftshoffnung beschreibt.

(Beifall bei der SPD. — Kohlenbach [CDU]: Bis jetzt hat er noch nichts gesagt!)

— Das ist ja Ihr Problem. Wenn man über das Schicksal von Menschen redet, von arbeitslosen zumal, sagen Sie: Er sagt nichts!, weil Sie das nicht interessiert. Das ist doch der Punkt.

(Starker Beifall bei der SPD.)

Über die Jugendlichen haben wir im Wahlkampf ja auch manches gehört. Es wurde gesagt, es gehe ihnen glänzend, wir hätten gar keine Probleme außer ein paar, die wir aber schon gelöst hätten. 13,7 % beträgt die Arbeitslosenquote bei den jungen Leuten zwischen 20 und 25. Wenn Sie hier über Zahlen reden, wenden Sie immer den Trick an, daß Sie bei den 20jährigen aufhören. Das zentrale Problem der Jugendarbeitslosigkeit liegt aber neben der Lehrstellenknappheit genau in der Altersgruppe der 20- bis 25jährigen. Da müssen wir ran, da müssen wir etwas tun.

(Beifall bei der SPD.)

Auch in dieser Regierungserklärung habe ich als Antwort auf die nicht richtig zur Kenntnis genommenen Probleme wieder gehört, Investitionsprogramme kämen nicht in Betracht. Warum nicht? Ich sage Ihnen das gerne: Weil Sie glauben, ganz gut mit dem Leben zu können, was ist, weil Sie ideologisch verblendet sind und nicht sehen wollen, daß Staat und Wirtschaft — übrigens: für uns bedeutet Wirtschaft auch immer Gewerkschaften — eine gemeinsame Verantwortung für die Entwicklung der Arbeitsmärkte haben und nicht erst reagieren dürfen, wenn es zu spät ist.

(Beifall bei der SPD.)

Das von uns bereits mehrfach vorgeschlagene Investitionsprogramm Arbeit und Umwelt ist kein kurzfristiges Konjunkturprogramm. Es geht uns darum — ich sage es noch einmal, damit Sie es endlich zur Kenntnis nehmen —, bis zum Ende dieses Jahrhunderts Investitionen zur Sanierung der Flüsse, zur Bekämpfung des Waldsterbens, zur Sicherung der Wasserversorgung und

Schröder

zum sparsamen Umgang mit wertvollen Rohstoffen und Energien zu tätigen. Der Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen hat doch unverkennbar gewaltige Lasten für die Umwelt hinterlassen. Hier muß eine vorausschauende, auch staatliche Politik ansetzen. Der Markt allein tut das nicht, jedenfalls so lange nicht, wie sich die Investitionen nicht rentieren. Der Staat kann und muß deshalb Umweltschutzinvestitionen initiieren, die die Schäden auszugleichen in der Lage sind und mit denen — das ist doch das Interessante — Arbeit für Zehntausende geschaffen werden kann.

(Grill [CDU]: Das stimmt doch vorn und hinten nicht!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in der Regierungserklärung davon gesprochen, daß Ausgabenkürzungen wohl unvermeidlich seien. Wo Sie diese Kürzungen vornehmen wollen, haben Sie uns nicht gesagt. Ich habe in diesem Zusammenhang nur ein paar ganz einfache Fragen.

(Zuruf von der CDU: Aber keine einzige Aussage!)

Sie haben Ihr Grünbrachenprogramm gelobt, ein Programm, das Sie für ein Jahr finanziert haben, für weitere jedoch nicht. Heißt das, daß dort gekürzt werden soll?

Erstaunlich vage haben Sie sich zur Entwicklung des Stärkemarktes geäußert, viel, viel vager als kurz vor der Wahl im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Seinerzeit habe ich nämlich zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sie den Menschen dort eine Stärkefabrik definitiv versprochen haben. Meine Frage ist, Herr Ministerpräsident: Bezieht sich Ihre Aussage bezüglich Haushaltskürzungen zum Beispiel auf diese beiden Punkte?

(Ministerpräsident Dr. Albrecht: Das werden Sie schon noch sehen!)

— Ich hoffe, daß wir es noch sehen.

(Stock [CDU]: Sie sind zu ungeduldig!)

Ich sage ja auch nur, in der Regierungserklärung war außer Andeutungen kein Wort davon zu hören. Das ist unser Problem. Sie haben doch gesagt, Sie wollten die Positionen für die nächsten vier Jahre abstecken.

(Hildebrandt [FDP]: Die Positionen, eben!)

Ein bißchen konkreter hätte es schon sein dürfen, finde ich.

(Beifall bei der SPD.)

Die Regierungserklärung verwendet viel Papier auf das, was ich einmal als sozialpolitische Lyrik bezeichnen will, und auch auf die Familienpolitik. Sie geben vor, gerecht sein zu wollen,

(Hildebrandt [FDP]: Das ist für Sie Lyrik!)

obgleich Ihre Politik doch Ungerechtigkeiten produziert. Sie sprechen in dem einen Satz von Familienpolitik und erklären bereits im nächsten Satz, daß Sie die Steuerpolitik Ihrer Freunde in Bonn unterstützen wollen. Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, wozu diese Steuerreform bereits geführt hat. Sie hat zum Beispiel dazu geführt, daß das Ehepaar ohne Kind, das 35 000 DM im Jahr verdient, eine Entlastung in Höhe von 144 DM bekommt. Ein Ehepaar indessen, das 200 000 DM verdient, erhält eine Entlastung in Höhe von 6 446 DM, also just 45mal soviel. — Gerechtigkeit, meine Damen und Herren?

(Horrnann [CDU]: Zahlt 56 % Steuern!)

— Na, bei denen, um die es da geht, bin ich nie so ganz sicher, was deren Steuerzahlerei angeht.

(Beifall bei der SPD.)

Aber wir können das, was Sie unter Gerechtigkeit verstehen, noch ein Stückchen konkreter machen. Halten Sie es für gerecht, Herr Ministerpräsident, daß diesem Staat in bezug auf das Kindergeld das Kind eines Ministerpräsidenten zweieinhalbmal so viel wert ist wie das Kind eines Facharbeiters? Halten Sie das für gerecht?

(Beifall bei der SPD.)

Solange Sie dies nicht ändern wollen, so lange reden Sie besser nicht so vollmundig über Familienpolitik und über Sozialpolitik.

(Lindhorst [CDU]: Wie ist das mit dem Weihnachtsfreibetrag?)

Wir alle haben Ihren Zickzackkurs in bezug auf die Anerkennung der Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung auch für jene Frauen, die vor 1921 geboren sind, noch in Erinnerung. Ich rede zur Sozialpolitik, aber nicht zur Lyrik, sondern zu den harten Tatsachen.

(Beifall bei der SPD.)

Im April dieses Jahres haben Sie nein sagen lassen. Dann sind Sie unter Druck geraten, haben Angst vor Wahlen bekommen

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Was haben Sie denn während 13 Jahren gemacht?)

und haben jein gesagt. Unter dem Eindruck des fortschreitenden Wahlkampfes haben Sie sich dann zu einem Ja durchgerungen. Was die Union und die FDP jetzt in Bonn vorgelegt haben,

beschreibt die „Süddeutsche Zeitung“ so — ich zitiere — :

„An diesem HinweghudeIn über das Rentenrecht, das sonst für alle möglichen Begründungen herzuhalten hat, entlarvt sich der versprochene Zuschlag vollends als Wahlgeschenk. Die vollmundigen Zusagen vor der Niedersachsenwahl, gegeben aus taktischen Gründen, waren so überstürzt, daß bei der Ausschüttung des Füllhorns nicht mehr nach Recht und Gesetz dosiert wurde. Ein teures Leistungsgesetz in Stufen wirksam werden zu lassen, ist im Prinzip nicht anstößig. Als sozialpolitisch akzeptable Lösung hätte sich angeboten, nach der Zahl der Kinder zu differenzieren. Daß jetzt mit einer Begünstigung der älteren Jahrgänge begonnen werden soll, legt“

— so die „Süddeutsche Zeitung“ —

„den Schluß nahe, daß bei der Errechnung des Finanzbedarfs die Sterbetafel eine entscheidende Rolle gespielt hat.“

(Beifall bei der SPD.)

„Wenn im Herbst 1990 die Mütter der Jahrgänge 1917 bis 1920 ihren Zuschlag erhalten werden, dürfte sich manche jetzt eingegangene Zahlungsverpflichtung des Bundes erledigt haben. Gerade die Älteren werden es der Koalition übelnehmen, daß sie in dieser Frage so wenig Fingerspitzengefühl bewiesen hat.“

— Soweit die „Süddeutsche Zeitung“, die Ihnen im Klartext vorwirft — das ist auch wahr! —, daß Sie auf den Tod derjenigen spekulieren, die Sie angeblich begünstigen wollen.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der Grünen.)

Meine Damen und Herren, hier wird ja viel von Moral und Ethik — Gebrauchsethik meistens — geredet. Aber, ein Urteil über die moralische Qualität dieser Maßnahmen abzugeben, das überlasse ich jedem einzelnen in diesem Hause selbst.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist wahr, Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind das eigentliche Kapital der Arbeitnehmer und ihrer Kinder.

(Oestmann [CDU]: Nicht nur der Arbeitnehmer!)

Übrigens: Bildungsstand und berufliche Fertigkeiten sind damit zugleich das einzige Kapital in unserer Volkswirtschaft, das wirklich zählt. Des-

halb steht — anders als bei Ihnen — Chancengleichheit im Mittelpunkt sozialdemokratischer Bildungspolitik. Sprachlich nur unvollkommen und verzerrt hat sich diese Regierung mit der Regierungserklärung für die Rückkehr zu einem elitären Bildungswesen ausgesprochen. Der Königsweg für die Kinder der Oberschicht und der Trampelpfad für die anderen, das ist Ihre Devise.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: Das glauben Ihre eigenen Leute ja nicht!)

Nehmen Sie zur Kenntnis: Das ist mit uns nicht zu machen.

(Zuruf von der CDU: Mit Ihnen ist überhaupt nichts zu machen! — Heiterkeit.)

Jenseits dieser Frage sind wir dann durchaus bereit, über Organisation im Bildungswesen — zum Beispiel über die Größe von Schulen — zu reden; aber bitte nicht als Ablenkungsdebatte, das nicht!

(Zuruf von der CDU: Sondern?)

Bevor Sie nicht darangehen, materiell, etwa durch die Wiedereinführung des Schüler-BAföG, dafür zu sorgen, daß Chancengleichheit nicht nur auf dem Papier steht, reden Sie mal besser nicht über Organisation im Bildungswesen.

(Beifall bei der SPD.)

Was die Frage der Weiterbildung angeht, so habe ich dafür einen ganz einfachen Vorschlag, der eigentlich auch Ihnen einleuchten mußte: Sie brauchen nur jene Verschlechterungen in der Erwachsenenbildung zurückzunehmen, die Sie durchgesetzt haben, und das Bildungsurlaubsgesetz, das Sozialdemokraten gemacht haben, wieder voll in Kraft zu setzen; dann haben Sie Weiterbildungsmöglichkeiten.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, was der Ministerpräsident zur Energie- und Umweltpolitik gesagt hat, war von einer erschreckenden Oberflächlichkeit. Die zentrale Botschaft des letzten evangelischen Kirchentages war, daß die Erde nicht uns gehört, sondern zugleich auch denen, die noch nicht geboren sind.

(Minister Dr. Remmers: Da war noch mehr drin!)

Dieser Einsicht verschließt sich die Regierung. Sie ist unfähig, die Dimension Zukunft in ihr Denken aufzunehmen. — Herr Jürgens, Sie haben recht, da war noch mehr drin! Aber, so wenig, wie ich Sie bevormunden will, will ich dies auch andere.

(Zurufe von der SPD: Das war Remmers!)

Schröder

— Ach, Remmers war es!

(Zuruf von der CDU: Auch noch falsch zuhören!)

— Das ist etwas schwierig, weil ich hinten keine Augen habe. Aber ich hätte es wissen müssen; denn er ist ja derjenige, der sich am ehesten zu Wort meldet, wenn es um Fragen der Gebrauchsethik geht. Ich kenne das ja auch im Zusammenhang mit der Kernenergiepolitik. Wir kommen ja dazu.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage: Diese Regierung ist unfähig, die Dimension Zukunft in ihr Denken und Handeln aufzunehmen. Dies wird an der Energiepolitik deutlich. Energiepolitik muß die Versorgung der Bevölkerung und der Industrie mit Energiedienstleistungen sicherstellen. Dazu brauchen wir starke Energieversorgungsunternehmen; darüber gibt es keinen Streit. Aber unsere Gesellschaft darf sich doch von diesen Unternehmen nicht vorschreiben lassen, wie die Versorgungsaufgabe gelöst werden soll.

(Beifall bei der SPD.)

Die Energiewirtschaft hat, wie Wirtschaft überhaupt, dem Menschen zu dienen. Die Menschen und ihre Zukunft dürfen doch nicht zu Objekten von Planungsentscheidungen in den Konzernnetzen der Energiewirtschaft werden.

Die Energiewirtschaft setzt weiter auf Kernenergie, und diese Regierung tut es offenbar auch. Ich halte das für unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD.)

Erinnern wir uns, meine Damen und Herren: Viele Menschen, auch Mitglieder meiner eigenen Fraktion und in Grenzen ich selbst, haben denen vertraut, die als Fachleute versprochen haben, die risikoreichste Erfindung der Menschheit, die Kernspaltung, garantiere Sicherheit, zum Beispiel absolute Sicherheit in der Energieversorgung. Die Erfahrung mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl lehrt uns, daß das eine Illusion war. Auch die sogenannte friedliche Nutzung der Atomspaltung schafft tödliche Gefahren. Deshalb darf nach der Katastrophe von Tschernobyl nichts mehr so sein wie bisher.

(Beifall bei der SPD.)

Sich irren zu dürfen, Fehler zu machen gehört doch zum Wesen der Menschen, ist also ein Menschenrecht. Deshalb ist eine Technik, bei deren Anwendung der Mensch nicht irren darf, ohne daß die Zukunft der Gattung riskiert wird, menschenfeindlich.

(Beifall bei der SPD.)

Guggenberger schreibt dazu in der „FAZ“ — auch kein Zentralorgan der Sozialdemokratie —:

„Der kategorische Irrtumsvorbehalt schließt das Recht ein, in einer Welt zu leben, in der nicht alle wie Maschinen-Automaten funktionieren müssen, damit sie funktioniert; in der nicht alles feststellbar sein muß, damit sie feststeht; in der wir notfalls auch mal schwach sein und versagen dürfen und uns versagen.“

Nach Tschernobyl kann sich niemand mehr herausreden. Es ist jetzt — bezogen auf die Kernenergie — Zeit für ein Nein ohne jedes Ja.

Deshalb gilt: keine Ausweitung der Atomstromkapazitäten und als Folge dessen keine Inbetriebnahme von Lingen II;

(Beifall bei der SPD)

keine neuen Reaktorlinien; kein Schneller Brüter und kein Hochtemperaturreaktor;

(Beifall bei der SPD)

keine Wiederaufarbeitungsanlage, denn die schafft neue Gefahren und neue Abhängigkeiten.

In bezug auf die laufenden Atomkraftwerke, auf die, die noch nicht abgeschaltet werden können, muß gelten: Sicherheitsüberprüfung, aber doch nicht von denen, die die Genehmigungen unterschrieben haben, sondern von Leuten, die dieser Form der Energiegewinnung kritisch gegenüberstehen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir sind bereit, ein nationales Entsorgungskonzept mit zu verantworten. Aber unsere Bedingung ist, daß wir nur das entsorgen müssen, was gegenwärtig da ist. Wir sind nicht bereit, an einem Entsorgungskonzept mitzuwirken, das die Basis für einen Ausbau der Kernenergie ist.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Frau Hammerbacher-Richter [Grüne].)

In bezug auf Gorleben ist von uns niemand von der Sicherheit überzeugt. Die Zweifel sind gewachsen und überwiegen die positiven Aspekte. Es ist deshalb fahrlässig, wenn Sie die Bundesregierung nicht zwingen, andere Standorte und auch andere Verfahren untersuchen zu lassen; fahrlässig, weil es um die Zukunft der Menschen geht.

Die Konditionierung hat am Ort eines gesicherten Endlagers zu erfolgen. Von uns gibt es keine Zustimmung zu einer kommerziellen Anlage, die nicht am Ort eines gesicherten Endlagers steht.

(Beifall bei der SPD.)

Und es gibt keine Zustimmung unter der Bedingung, daß die Kernenergie weiter ausgebaut werden soll.

(Oestmann [CDU]: Dann sind Sie ja restlos aus dem Obligo heraus!)

Natürlich muß dann über Alternativen geredet werden. Auch wir sind dafür, Solarforschung zu betreiben. Nur jene 4 Millionen DM, die Sie dafür eingesetzt haben, reichen in keinem Fall. Wie ich höre, will Herr Riesenhuber hier in Hannover nicht mitmachen. Ich fände das schade. Was wir aber auch tun müssen, ist, Sparsamkeit nicht nur zu fordern, sondern auch durchzusetzen, indem wir das Energiewirtschaftsgesetz so ändern, daß wir die Möglichkeit, auch die rechtliche Möglichkeit haben, Stromtarife zu entwickeln, die Sparsamkeit und nicht Verbrauch belohnen,

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den Grünen)

indem wir uns die Möglichkeit verschaffen, jenes Maß an Strom, das auf andere Weise produziert wird als bisher, auch in die Versorgungsleitungen reinzubringen und nicht außen vor zu lassen.

(Beifall bei der SPD.)

Schaffen wir das nicht und entwickeln wir nicht den politischen Willen dazu, dann wird alles Gerede über Alternativen leeres Gerede bleiben, weil Sie so die Sachzwänge selbst mit produzieren, mit denen Sie sich herausreden, wenn es um den Ausstieg aus der Kernenergie geht.

(Beifall bei der SPD.)

Stellvertretend für andere Umweltprobleme möchte ich nur folgendes herausgreifen. Das, was gegenwärtig bei der Giftmüllbeseitigung los ist, ist in keiner Weise kalkulierbar — für das Parlament nicht und für die Bürger draußen schon gar nicht. Solange Sie nicht in „hochgiftig“, „giftig“ und „ungiftig“ klassifizieren,

(Grill [CDU]: Was ist denn das?)

können Sie unsere Zustimmung zur Einlagerung giftiger Abfälle in Dolgen, Schwicheldt und anderswo nicht erwarten, wenn Grundwasserkontakt nicht vollständig ausgeschlossen ist.

(Beifall bei der SPD.)

Mit uns sind diese Standorte nicht zu machen.

(Grill [CDU]: Mit Ihnen ist überhaupt nichts zu machen!)

Sie können aber Hochtemperaturverbrennung machen. Mit uns können Sie Endlagerung in Salz

machen, aber nicht einfach in Kavernen kippen, sondern das muß rückholbar sein.

(Grill [CDU]: Keine Ahnung!)

Was Sie mit uns machen können, ist, ein Konzept zur Zwischenlagerung der hochgiftigen Abfälle zu entwickeln. — Nun lachen Sie man nicht, Herr Schnipkoweit! Herr Remmers wird wissen, worüber ich rede.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage hier ausdrücklich: Ich hoffe — wenn die Einrichtung eines Umweltministeriums nicht nur einfach Makulatur sein soll —, daß wir über diese Fragen in die Diskussion kommen, Herr Remmers. Diese sind doch viel zu wichtig für die Zukunft unserer Bevölkerung, als daß wir uns darüber kleinlich zerstreiten oder auch nur dummlich lärmern dürften.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie wollen, sind wir bereit, solche Konzeptionen mit zu entwickeln und durchzusetzen. Kurzatmige Dinge sind aber mit uns nicht zu machen.

Das, was diese Regierung in der Innenpolitik anzubieten hat, ist in schlechtem Sinne provinziell. Außer Allgemeinplätzen und unverbindlichen Ankündigungen findet sich nichts Bemerkenswertes, etwa zum Verhältnis von Bürger und Staat. Ich stelle fest: Dieser Zählgemeinschaft fehlt die geistige Substanz,

(Beifall bei der SPD)

um Maß und Grenzen staatlichen Handelns in der Demokratie zu bestimmen.

(Zuruf von Minister Hirche.)

— Herr Hirche, ich weiß doch: Freiheit heißt für Sie zunächst einmal und vor allem Gewerbefreiheit.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Das haben Sie doch nun hinlänglich bewiesen. Für Sie ist Freiheit Gewerbefreiheit, aber auch die Freiheit, mit Großtechnologien weiterzumachen, die lebensbedrohenden Charakter angenommen haben.

(Gansäuer [CDU]: Das ist übel! Eine widerliche Rede!)

Ein so verkürzter Freiheitsbegriff wird dieser Zählgemeinschaft dann zum eigentlichen Inhalt der Staatsräson; im Zweifel für die Durchsetzung ökonomischer Interessen — egal welcher. Dabei heiligt dann der Zweck die Mittel. Das ist die Devise einer Regierung, die ihren Beamten Sprengstoffanschläge befiehlt und sich die zwei-

Schröder

felhafte Legitimation dafür mit Unwahrheiten zu verschaffen sucht.

(Beifall bei der SPD.)

Das Problem ist nun, daß man auf diese Weise das Gewaltmonopol des Staates nicht verteidigt, sondern zugrunde richtet.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn weder die Zwecke, für die der Staat Gewalt einsetzt, überzeugend sind, noch die Art und Weise des Einsatzes verhältnismäßig ist, dann berührt das die Legitimationsgrundlagen des staatlichen Gewaltmonopols. Verachtenswerte Gewalt von Chaoten trifft dann auf überzogene, ungesetzliche, ja unsittliche Gewaltanwendung durch den Staat.

(Oestmann [CDU]: Wovon reden Sie jetzt?)

Das falsche Handeln beider setzt eine Eskalation von Gewalt in Bewegung, die den inneren Frieden im Land gefährdet.

(Beifall bei der SPD.)

Diesen Weg wird meine Fraktion nicht mitgehen. Uns ist staatliches Handeln nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Durchsetzung vernünftiger Zwecke. Der Staat ist für seine Bürger da, nicht die Bürger sind für den Staat da. Wir müssen begreifen, daß staatliches Handeln auch falsch sein kann, bezogen auf die Zwecke ebenso wie auf die Mittel. Ich will dies mit den Worten von Hermann Heller, einem großen deutschen Staatsrechtler, sagen — ich zitiere —:

„Jede Staatsmacht verdankt menschlichem, allzu menschlichem Willen ihre Erhaltung und Gestaltung. Es sind deshalb in ihr sowohl die höchsten sittlichen Kräfte wie auch stets ein erschreckendes Maß von Dummheit und Bosheit, von Niedertracht und Willkür wirksam.“

Das ist es, meine Damen und Herren. Das ist der Grund, warum die Teilung der Gewalt ein eheres Prinzip der Demokratie ist.

Jetzt kommt es: Zur Gewaltenteilung gehört auch, daß gesellschaftliche Gegenmacht gegen die Macht des Staates ausgeübt werden kann. Deshalb wagen wir mehr Demokratie, deshalb setzen wir auf den Drang der Menschen nach Freiheit und Gerechtigkeit, und deshalb unterstützen wir es, wenn die Bürger ihrer demokratischen Gesinnung einen klaren Ausdruck geben, auch dann, wenn sie auf die Straße gehen und laut sagen, was sie stört in unserem Lande, wenn sie in Bürgerinitiativen aktiv werden gegen falsche und ungerechte Entscheidungen, wenn sie Charakter haben und den autoritären Charakter bezwingen.

Ja, es ist richtig: Wir wollen den mündigen Bürger, den Bürger, der zeigt, wer er ist, und der sagt, was er will. Denn wir wissen: Nur wer Demokratie wagt, wird Demokratie gewinnen.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist der Grund, warum wir das Recht, friedlich zu demonstrieren, verteidigen, warum wir jede Einschränkung ablehnen. Wer das Gewaltmonopol des Staates für ihn ausübt, der muß um die Möglichkeit seines eigenen Irrtums wissen und die Überprüfung der Ausübung sicherstellen. Reformfähigkeit ist die wichtigste Voraussetzung für die Existenz des staatlichen Gewaltmonopols in einer Demokratie. Auf dieser Basis kann und muß der Staat seine Entscheidung dann auch durchsetzen. Er muß kriminelles Verhalten einzelner oder von Gruppen bekämpfen. Aber er muß das tun im Respekt vor den Bürgerfreiheiten und strikt im Rahmen des Rechts.

(Beifall bei der SPD.)

Gerade weil nur der Staat Gewalt ausüben darf, muß er die von ihm selbst gesetzten Regeln beachten. Dieses Prinzip, meine Damen und Herren, ist in Celle verletzt worden. Das ist der eigentliche politische Skandal, der auch darin liegt, daß das Gewaltmonopol, wenn es durch ungesetzliche Aktionen in Frage gestellt wird, von den Menschen im Lande nicht mehr als richtiges Prinzip akzeptiert wird. Dann kommt etwas ins Rutschen, was ich für eine der wichtigsten zivilisatorischen Errungenschaften halte, die wir haben, nämlich die Tatsache, daß nur der Staat Gewalt ausüben darf. Aber wenn das behauptet werden soll, dann müssen die Bedingungen stimmen, und diese dürfen von den Ausübenden zu keiner Zeit verletzt werden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Vor diesem Hintergrund wird meine Fraktion die vage angekündigten rechtspolitischen und verfassungspolitischen Novellierungen bewerten, hier im Parlament und draußen in der Öffentlichkeit.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie auch mir eine Schlußbemerkung. Der Ministerpräsident hat gestern die mangelnde Kooperationsbereitschaft der, wie er es genannt hat, neuen Führung der Landtagsfraktion der SPD beklagt. Wir haben das richtig verstanden. Ihre Bemerkung, Herr Albrecht, zielte so offenkundig auf Entsolidarisierung, daß es nun wirklich nicht zu überhören war. Durch das gestrige Abstimmungsergebnis hat Ihnen meine Fraktion bereits die Quittung erteilt.

(Beifall bei der SPD.)

Täuschen Sie sich nicht! Ich will Ihnen einmal etwas zu dem sagen, mit dem Sie zu rechnen haben: Die SPD und ihre Fraktion begreift sich als eine große Einheit, als eine in langen Jahren gewachsene Bewegung. Aber Einheit heißt für uns nicht, zu einem Apparat zu werden, der Menschen schluckt und Menschen verwertet.

(Beifall bei der SPD.)

Wir sind stolz darauf, daß manche bei uns anders denken als andere. Bei uns erliegt die Mehrheit eben nicht der Versuchung, die Minderheit auszuschalten. Wir haben beides: den Mut zur offenen, auch öffentlichen Auseinandersetzung und den Willen zur Integration. Wer bei uns anders denkt, der soll anders denken und auch laut über seine Gedanken reden. Auf dem Wege zum Konsens, den wir freilich in jeder Frage suchen, bringen wir uns eben nicht gegenseitig zum Verstummen. In dieser Einsicht liegt der Unterschied zwischen Solidarität und Kumpanei, ein Unterschied, den Sie nie begreifen werden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist nicht überzogen, wenn ich feststelle: Dies ist eine Koalition der Ohnmacht. Sie haben keine Lösungen für die zentralen Probleme unseres Landes. Sie beschränken sich darauf, auszubessern und nachzubessern. Zu grundlegenden Änderungen haben Sie keine Kraft.

Dies ist eine Koalition der Schwäche, weil sie durch jedes einzelne Mitglied prinzipiell erpreßbar ist. Ihre Politik wird von der Angst des kleineren Partners ums politische Überleben bestimmt. Nicht neue Kraft prägt deshalb die Politik dieser Koalition, sondern Taktik, Vorsicht und falsche Rücksichtnahme.

(Beifall bei der SPD.)

Sie machen den Menschen keine Hoffnung, weil Sie keine Perspektive aufzeigen können und es dort, wo Sie es könnten, nicht dürfen. Sie spielen auf Zeit, obwohl auch Sie wissen, daß die Probleme, die wir haben, uns keine Zeit lassen.

Dies ist eine Koalition der Angst. Aus Angst davor, etwas falsch zu machen, trauen Sie sich nicht mehr zu, etwas zu tun.

(Gansäuer [CDU]: Wir zittern förmlich!)

Sie gehen im Kreis, doch wer im Kreis läuft, kommt nicht voran, und wer nicht vorankommt, steht still. Stillstand aber bedeutet Rückschritt.

(Hildebrandt [FDP]: Von wem sprechen Sie?)

— Ich spreche von Ihnen; Sie werden es schon noch merken.

(Beifall bei der SPD.)

Dagegen formulieren wir die Leitlinie unserer Arbeit in der Opposition: Kooperation, wo Stillstand überwunden werden soll, Konfrontation, wo Sie taktieren und falsche Rücksichten nehmen, und Konflikt, wo einige von Ihnen, so wie im Wahlkampf, in Sprache und Handeln die Grundlagen der politischen Kultur gefährden.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD.
— Lachen bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Herr Abgeordneter Schröder, ich danke Ihnen und rufe nun auf Herrn Abgeordneten Stock.

Stock (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Niedersächsische Landtag steht am Beginn einer neuen, seiner 11. Legislaturperiode.

(Vizepräsident Warnecke übernimmt den Vorsitz.)

CDU und FDP sind mit dem eindeutigen Willen in die Wahlauseinandersetzung gegangen, eine christlich-demokratisch-liberale Regierung zu bilden.

(Kaiser [SPD]: Zählgemeinschaft!)

Dieses Ziel ist erreicht. Wir haben einen eindeutigen Wählerauftrag erhalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Wernstedt [SPD]: So eindeutig war es ja wohl nicht! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Er ist, meine Damen und Herren, vor allem gemessen am eigenen Anspruch der SPD, die für sich ja als Wahlziel die alleinige, die absolute Mehrheit proklamiert hatte, eindeutig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Glogowski [SPD]: Was besser gewesen wäre! — Wernstedt [SPD]: Wie war es denn mit Ihrem Anspruch?)

Der mit großer Arroganz angekündigte neue Ministerpräsident Gerhard Schröder ist auf der Oppositionsbank gelandet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Jahn [CDU]: Da gehört er auch hin!)

Meine Damen und Herren, nach dieser Rede, Herr Schröder, die aus einer Mischung von Polemik und landespolitischer Unkenntnis bestand,

Stock

kann ich nur sagen: Er ist zu Recht auf der Oppositionsbank gelandet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Wernstedt [SPD]: Wann haben Sie das denn aufgeschrieben?)

Der alte Ministerpräsident Ernst Albrecht ist auch der neue Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Glückwunsch der CDU-Fraktion gilt unserem Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht. Der Glückwunsch der CDU-Fraktion gilt der Koalitionsregierung und den neu ernannten Ministern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Für die CDU-Fraktion sind die Koalitionsvereinbarungen von CDU und FDP und die Regierungserklärung die Grundlage unserer Arbeit. Wir werden — da geben Sie sich keiner Täuschung hin — für eine gesicherte parlamentarische Basis sorgen. Jeder von uns hier ist Garant für die Mehrheit hier im Hause, vier Jahre lang!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zempel [SPD]: Nicht so vorlaut sein!)

Vielleicht, Herr Schröder, war Ihnen — nachdem Sie sich hier so polemisch geäußert hatten — das Wort von Herbert Wehner ein bißchen ärgerlich im Ohr, der gesagt hat: „Eine Stimme Mehrheit ist Macht, und eine Stimme weniger ist Ohnmacht.“ Ich zitiere das nur. Man konnte merken, daß Sie das ärgert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Start in die Zusammenarbeit mit der FDP ist ermutigend. Die Koalitionsvereinbarungen haben bei aller Eigenständigkeit der beiden Partner bewiesen: CDU und FDP wollen sich nicht Probleme machen.

(Zempel [SPD]: Die haben welche!)

CDU und FDP werden Probleme gemeinsam lösen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die CDU-Landtagsfraktion wird sich mit den Oppositionsfraktionen hart, aber fair auseinandersetzen. Dabei gilt für uns: Offene Diskussion steht vor Rechthaberei. Nach der Diskussion wird sachlich und fachlich entschieden, aber natürlich mit Mehrheit. Das ist demokratisches Prinzip.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Wahlkampf ist beendet. Leider hat Herr Schröder nach dem 15. Juni in der Öffentlichkeit und auch heute hier wieder seine schnoddrigen Wahlkampföne nicht eingestellt.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Wir sind da aber ganz beruhigt. Jeder seiner öffentlichen Auftritte vor der Wahl und auch jetzt hat in der Wahlkampfauseinandersetzung das Punktekonto der CDU gestärkt. Machen Sie weiter so, Herr Schröder!

(Beifall bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Ihnen hängt doch noch die Angst in den Hosen! Das merkt man aus solchen Reaktionen! — Zempel [SPD]: Sie laufen auch noch über Stock und Stein! Sie sind doch ein Stöckchen!)

„Klarheit“ wählen war eine der Wahlkampfparolen von Gerhard Schröder und der SPD. Tatsächlich haben aber kein Wähler und auch wir hier heute nicht erkennen können, wo denn etwa in Sachen Wirtschaftspolitik Klarheit ist.

(Bruns [Emden] [SPD]: Hatten Sie das schon vor der Rede aufgeschrieben, die Herr Schröder gehalten hat? Steht das da alles schön aufgeschrieben?)

— Sie brauchen keine Sorge zu haben. Ich habe mir das während der Rede von Herrn Schröder alles schön handschriftlich notiert. Wissen Sie, Herr Bruns, inzwischen kennen wir Herrn Schröder auch so genau, daß ich das fast auswendig singen kann, weil er immer die gleiche Platte abspielt: Polemik, Polemik, Polemik, und nichts in der Sache!

(Beifall bei der CDU. — Lindhorst [CDU]: Der neue Kehlkopf der SPD!)

Tatsächlich hat doch kein Wähler in Niedersachsen Klarheit über das gewinnen können, was Sie in der Wirtschaftspolitik anders machen wollen, Herr Bruns. Was Sie etwa mit Ihrem Investitionsprogramm ankündigen, ist doch die alte Leier: Programme und Schulden machen. Das ist doch nicht neue Kreativität.

(Beifall bei der CDU.)

Kein Wähler in Niedersachsen hat Klarheit über die Sozialpolitik der SPD gewinnen können. Hier kneift Herr Schröder bezüglich der Landespolitik auch ganz bewußt. Er weiß nämlich ganz genau, daß er dem Konzept von Sozialstationen, Behindertenpolitik, unseren Modellversuchen Erziehungsgeld nichts, aber auch gar nichts entgegensetzen hat. Deshalb weicht er auf die Bundespolitik aus.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sind stolz gerade auf unsere Familienpolitik, die wir in Bund und Land eingeleitet haben.

Ich füge eines hinzu, Herr Schröder. Ich weiß, das Thema Frauen, die vor 1921 geboren worden sind,

(Wernstedt [SPD]: Ist ärgerlich!)

ist ein Thema, das ganz offensichtlich nicht so gelöst werden kann, daß alle zufrieden sind. Ich habe auch im Wahlkampf immer wieder gesagt, daß ich die Kritik derjenigen, die betroffen sind, verstehe, entgegennehme und daß gerade wir in Niedersachsen Zug um Zug eine große Anstrengung gemacht haben, um angemessene Lösungen zu finden, die sich natürlich in einem bestimmten finanziellen Rahmen halten müssen. Ich sage Ihnen aber auch folgendes: Wir nehmen Kritik von den Betroffenen entgegen, vom Reichsbund und von anderen, die ihre Hände in diese Wunde hineinlegen. Aber von der SPD nehmen wir diese Kritik nicht entgegen!

(Beifall bei der CDU. — Widerspruch bei der SPD.)

Sie sind es gewesen, die sich um die nicht berufstätigen Frauen und Mütter überhaupt nicht gekümmert haben. Sie haben sie jahre- und jahrzehntelang vernachlässigt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Ihre jüngsten Anträge im Bundestag haben deutlich gemacht, daß Sie nach wie vor einen Keil zwischen die Berufstätigen und die Nichtberufstätigen treiben. Sie haben noch immer nicht begriffen, daß wir das als Einheit für alle sehen und daß wir in der Familienpolitik und bei der Anrechnung von Erziehungszeiten einen gewaltigen Schritt vorangekommen sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Hier ist deutlich geworden: Klarheit ist von der SPD in Sachen Wirtschaftspolitik, in Sachen Umweltpolitik und in Sachen Sozialpolitik nicht zu erwarten. Klar ist eins geworden: Herr Schröder, wenn Sie an die Macht gekommen wären — ich habe Ihr Programm gelesen, das Sie für die ersten 100 Tage angekündigt haben —, dann hätten Sie in 100 Tagen das Geld ausgegeben, das die CDU in zehn Jahren Regierungstätigkeit im Land gespart hat. Das wäre Ihnen gelungen. Dies sage ich zum Stichwort „Finanzen“.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Wernstedt [SPD]: Sie haben doch 30 Milliarden Schulden hinterlassen bei 6 Milliarden 1976!)

Klarheit wählen heißt ja wohl auch zu wissen, wie denn der Kurs ist, den Herr Schröder steuert. Ich kann niemanden besser zitieren als Herrn Kubel, der gesagt hat: „Schröder-Kurs, was ist denn das? Der sucht doch selbst!“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Herr Schröder, Sie sagen — dies auch zum Stichwort „Klarheit wählen“ —: Uns fehlen nur ein paar Prozent an der Mehrheit. — Wie scheinheilig diese Argumentation ist und wie diese Argumentation ständig wechselt, haben wir doch im Wahlkampf selbst gesehen. Da haben Sie die Grünen zuerst umarmt, dann wieder losgelassen, dann wieder in die Arme genommen, schließlich haben Sie sie geprügelt. Ihre Argumentation hat ständig gewechselt: keine Koalition mit den Grünen, dann doch wieder eine Koalition. Und noch nicht einmal eine Stunde nach Schließung der Wahllokale am 15. Juni 1986 haben Sie mit entwaffnender Offenheit vor den Fernsehkameras erklärt: Wir — ich betone: wir — haben nur eine Stimme weniger als CDU und FDP gemeinsam.

(Zuruf von Jahn [CDU].)

Das ist für Ihren Kurswechsel doch entlarvend!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sind Sie es nun allein? Was sind Ihre fehlenden paar Prozent? Wie ist Ihr Verhältnis zu den Grünen? Ich meine, das werden Ihnen die Grünen viel besser sagen können als ich, die Grünen, die ja auch im Wahlkampf, als es um Ihre Versprechungen ging, zu Recht von einer Inflation der Versprechungen geredet haben.

Ich sage noch einmal: Wer bis dahin in dem Irrglauben gelebt hat, Schröder werde wissen, wie sein Verhältnis zu den Grünen geordnet werden muß, der mußte sich eines Besseren belehren lassen. Die Liste der Beispiele für den Zickzackkurs und den Eiertanz von Herrn Schröder läßt sich nahezu beliebig verlängern. Ich will nur noch einige Beispiele nennen. Ich erinnere an die Attacken Schröders in Sachen Buschhaus. Das war urplötzlich alles vergessen, als Genosse Rau das Kraftwerk in Ibbenbüren baute. Da war das vorbei!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich erinnere schließlich an die Aussagen Schröders zur Kernenergie: Zuerst muß der Kollege Bruns all das widerrufen, was er jahrzehntelang in weitgehender Übereinstimmung mit der CDU hier immer wieder ausgeführt hat.

Stock

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zuruf von der CDU.)

Nach Tschernobyl war sofort aus Schröders Mund die Forderung nach dem unverzüglichen Ausstieg aus der Kernenergie zu hören.

(Wernstedt [SPD]: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

— Sie alle haben schon gar nicht mehr mitbekommen, wie oft er die Farbe gewechselt hat!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Jahn [CDU]: Er ist einfach zu schnell für euch!)

Wieder einige Tage später war auch dies vergessen. Es war nur noch von dem Umstieg in absehbarer Zeit die Rede. Heute, Herr Schröder, haben Sie wieder alle Türen zugeknallt, mehr jedenfalls, als der Mehrheit Ihrer Fraktion in dieser Frage lieb ist.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Ich meine, auch in der Regierungserklärung ist deutlich geworden: Wenn wir die Möglichkeit haben, auf realistische Alternativen umzusteigen, sind wir bereit, dies zu prüfen und auch zu tun. Es hat aber keinen Sinn, etwa so zu tun, als hätten wir diese Alternativen bereits.

Sie haben es doch selbst gespürt — auch die Grünen haben es in der Wahlauseinandersetzung gespürt —: In den Tagen nach Tschernobyl haben sich viele emotional gezwungen gefühlt, nun aber zu sagen, daß es ganz und total anders geht.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Wir haben das schon vorher gesagt!)

— Ja, Sie haben es vorher gesagt, Frau Dückert, aber Herr Joschka Fischer hat uns vorher nicht gesagt, daß er nunmehr die Kohlekraftwerke für das Allheilmittel hält. Das hat er uns vorher nicht gesagt. Das hat er erst unter dem Zwang der Verhältnisse gesagt.

(Widerspruch bei den Grünen.)

— Nein, nein, das war schon so!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich möchte nur soviel sagen: Wir alle wissen, dies ist ein schwieriges Feld,

(Bartels [SPD]: Wohl wahr, mein Freund!)

und es eignet sich sicherlich nicht zum polemischen Schlagabtausch. Gerade die Umweltpolitik, Herr Schröder, eignet sich nicht, darüber ohne

tatsächliche Fachkompetenz hinwegzureden. Lassen Sie mich das so offen sagen.

(Beifall bei der CDU.)

Dies macht nun wirklich überhaupt keinen Sinn. Dieses Thema ist wirklich zu schwierig. Sie sollten vielleicht noch einige Debatten nachlesen, die hier im Landtag mit den Experten der SPD-Fraktion geführt worden sind, damit Sie sich erst einmal die Grundregeln zu eigen machen, um zu wissen, worum es hier im einzelnen tatsächlich geht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Herr Schröder, Sie reklamieren Rechtsstaatlichkeit, Sie kritisieren Postenschieberei. Ich will dazu nur einige Dinge sagen, weil das natürlich gerade aus Ihrem Mund sehr hohl klingt. Ich will das festmachen an Ihrem Verhältnis zur Verfassung und an Ihrem Verhältnis zur Rundfunkfreiheit. Höhepunkt Ihrer grotesken Kampagne gegen den NDR

(Wernstedt [SPD]: Das war keine Groteske!)

war ohne Zweifel Ihre Ankündigung in einem Interview mit der „Zeit“,

(Schröder [SPD]: Die hat leider kein Interview mit mir gemacht!)

nach einem eventuellen Wahlerfolg im NDR-Funkhaus Hannover aufzuräumen und — so wörtlich — neue Mitarbeiter handverlesen auszuwählen.

(Lachen bei der CDU.)

Es ist schon aberwitzig, wenn Schröder fordert, nach seinem Gusto handverlesene Journalisten im Norddeutschen Rundfunk einzusetzen, und ankündigt, daß diejenigen, die nicht nach seiner Nase tanzen, rausfliegen, und wenn auf der anderen Seite — man höre und staune — die SPD-Bundestagsfraktion vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der angeblich fehlenden Staatsferne gegen das Niedersächsische Landesrundfunkgesetz klagt. Hier wird es wirklich grotesk und aberwitzig.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Gansäuer [CDU]: Das ist das neue Demokratieverständnis!)

Ihr Verhältnis zum Staat und Ihre Kritik werden hohl, wenn wir den Bericht „Zehn Tage vor der Wahl“ in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ lesen, in dem Sie Ihre Absicht ankündigen, wenn Sie an die Macht kämen, alle Staatssekretäre, alle Regierungspräsidenten, alle Generalstaatsanwälte und schließlich auch den Chef des

Verfassungsschutzes aus ihren Ämtern zu jagen. Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist Ihr tatsächliches Verhältnis zum Staat!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sie werfen der CDU/FDP-Landesregierung Postenschieberei vor.

(Wernstedt [SPD]: Sie machen es schon mit Hausmeistern!)

Ich muß Ihnen sagen, daß durch Ihre Äußerungen zu hohen Beamten in Niedersachsen dokumentiert wird, daß für Sie Qualifikation und Leistung bei der Besetzung wichtiger Posten nicht die geringste Rolle spielen. Deswegen kann ich nur sagen: Postenschiebereien, auch mit Blick dahin, was Börner und die Grünen in Hessen gemacht haben. Ich will gar nicht im einzelnen zitieren, was da alles passiert ist. Ich will nur einmal zitieren, was der Bund der Steuerzahler gesagt hat: Ein Riesenstab von Mitarbeitern — im Hause des Ministers Joschka Fischer —,

(Wernstedt [SPD]: Das macht doch der Remmers jetzt auch!)

die sich in den Vorzimmern des Ministers gegenseitig auf die Füße treten. Das ist grandiose Verschwendung. — Genau das ist der Punkt, daß Sie immer reklamieren, daß bei der Einrichtung eines neuen Ministeriums keine neuen Leute erforderlich seien, und auf der anderen Seite genau das tun, was Sie hier kritisieren. Das ist doch Ihre Zwiespältigkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Nein, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor! Dies hat der Wähler sehr wohl registriert, und der Wähler hat es entschieden. Daß Sie eine solche Personalpolitik avisiert haben, hat sozusagen dieses Ergebnis der Minderheit vorprogrammiert, Herr Schröder. Das ist die Wahrheit.

(Zuruf von Aller [SPD] und Gegenrufe von der CDU.)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat der Opposition den Wettstreit um den richtigen politischen Weg angeboten.

(Wernstedt [SPD]: Das können wir Gott sei Dank auch allein!)

Wir als CDU-Fraktion bekräftigen dieses Angebot und unterstreichen unsere Bereitschaft zu diesem Wettstreit. Ich habe aber bereits anklingen lassen: Natürlich haben wir Zweifel, ob dieser Wettstreit in der Sache unter der Führung von Schröder möglich sein wird.

(Zustimmung von Reinemann [CDU].)

Wir haben diese Zweifel, weil Wahlkampf und Niederlage deutlich gemacht haben, wie unendlich der politische Kurs der SPD geworden ist. Wir haben Zweifel, ob die SPD die Kraft haben wird, grünen und alternativen Positionen auch dann, wenn es um grundsätzliche Dinge geht, zu widersprechen, und wir haben Zweifel, ob die SPD unter Gerhard Schröder noch wie in der Vergangenheit in der Lage ist, im Landtag die Positionen zu vertreten, die sie auch draußen im Lande vertritt.

(Bruns [Emden] [SPD]: Ich erinnere an all die vielen Komplimente, die Sie uns bisher gemacht haben, Herr Stock!)

— Sie haben richtig von Komplimenten gesprochen, die ich bisher gemacht habe, Herr Bruns. Die vielen Komplimente, die wir uns gemacht haben, kamen immer dort, wo wir in der Sache gut zusammengearbeitet haben. Genau das setzen heute unsere Zweifel an.

(Zuruf von Senff [SPD].)

Aber wir lassen uns gern auch eines Besseren belehren, wenn wir in die Tagesarbeit einsteigen.

Keinen Zweifel, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir daran, daß sich Niedersachsen mit der CDU und der FDP auf einem Kurs befindet, auf dem es weiter aufwärts geht. Seitdem die CDU regiert, hat Niedersachsen seine Position auf vielen Gebieten verbessert. Sie, Herr Schröder, haben gesagt, wir zögen immer die Stadtstaaten zum Vergleich heran. Natürlich ist es richtig, daß die Vergleichbarkeit insoweit ein wenig anders ist, als wenn wir einen Vergleich mit den Flächenländern aufstellen. Ich will Ihnen deshalb einige Zahlen zum Vergleich mit Flächenländern nennen: Wirtschaftswachstum, 1975 bis 1984: Niedersachsen: plus 22,9 %; Schleswig-Holstein: plus 19,6 %; Nordrhein-Westfalen: plus 16,2 %.

(Bruns [Emden] [SPD]: Hessen?)

— Sie wissen, daß Hessen in dem Sinne von der Struktur her völlig anders ist mit seinem hohen — — —

(Lachen bei der SPD.)

— Herr Bruns, wir wissen doch, daß es dort wegen des hohen Dienstleistungsanteils, der gerade im Frankfurter Raum gegeben ist, völlig anders aussieht. Es ist doch eine Binsenwahrheit für Sie als Fachmann. — Na bitte, Sie nicken, Sie wissen es ja auch!

(Beifall bei der CDU.)

Stock

Überlassen Sie die Zwischenrufe Herrn Schröder; wir beide machen das weiter fachlich.

(Beifall bei der CDU. — Schörshusen [Grüne]: Herr Stock, Sie bringen auch nur Vergleiche, wenn es Ihnen paßt! — Weitere Zurufe.)

— Ja, ist ja alles recht, ist ja alles richtig. — Dies gilt im übrigen auch für neue Arbeitsplätze. Auf diesem Gebiet ist das Bild ebenfalls durchaus positiv. Was den Vergleich mit Nordrhein-Westfalen angeht, so haben wir von 1976 bis 1985 plus 1,9%; der Zuwachs in Nordrhein-Westfalen liegt darunter.

Ich will diese Prozentrechnereien, die wir ja alle immer gern machen, nicht übertreiben,

(Wernstedt [SPD]: Oh! Der erste vernünftige Satz! — Gegenruf von Bruns [Emden] [SPD])

sondern auf etwas anderes eingehen. Ich finde schon, daß es hier offenbar um den Kernpunkt geht, den Sie als Kritikpunkt angeschnitten haben. Sie haben gefragt „Wie ist das mit der Arbeitslosigkeit?“ und haben dann große Brücken geschlagen und auf konservative Positionen verwiesen. Ich kann nur sagen: Wir haben gut in Erinnerung, daß noch 1981 eine mehr als 40prozentige Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war, daß noch 1982 eine mehr als 40prozentige Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. Wir wissen, daß heute die Arbeitslosenzahlen auch in Niedersachsen zurückgehen, auch wenn uns das im Ergebnis immer noch nicht reicht. Das können Sie als Erfolg doch nicht vom Tisch wischen, Herr Schröder.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Schörshusen [Grüne]: Bis zum nächsten Winter!)

Lassen Sie mich ein paar Dinge im einzelnen einstreuen. — Wenn Sie sich besser vergewissert hätten und jetzt zuhören würden, Herr Schröder, dann behielten Sie das auch. Wir haben gerade die soziale Absicherung im APN-Bereich gemeinsam diskutiert und eine Entscheidung getroffen. Sie können sicher sein, daß wir dies auch tun werden. Das ist hier debattiert, vom Kultusminister verkündet und beschlossen worden.

(Schröder [SPD]: Sagen Sie doch einmal, auf wessen Kosten im ersten Jahr!)

— Nein, nein, Sie haben ja generell gesagt, da sei nichts.

(Schröder [SPD]: Sagen Sie, auf wessen Kosten! — Das wissen Sie wohl nicht!)

Wir — das kann ich Ihnen nur sagen — sind stolz auf unser Ausbildungsplatzprogramm Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU.)

Kein einziges Bundesland hat im Endergebnis eine solche Quote erreicht wie wir, wo nur noch 3 % bis 5 % der jungen Leute ohne Ausbildungsplatz — — —

(Wernstedt [SPD]: Das ist falsch!)

— Herr Wernstedt, Sie machen immer folgendes, und auch heute haben Sie es getan. Sie nehmen sich die Zahlen vom Juni, wenn noch nicht alles abgeschlossen ist, und dann sagen Sie wie Herr Neumann jetzt wieder: 10 000. Es ist in Wahrheit anders.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Die Hessen haben bessere Zahlen bei der Arbeitslosigkeit! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Kein Bundesland hat mit Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik so intensiv und so nachhaltig auf den Arbeitsmarkt eingewirkt. Ich gebe ja gerne zu, daß auch wir selbst als Union und als CDU im Laufe der Debatten und im Laufe der Jahre haben lernen müssen, daß es in einer solchen Situation, in der wir starke Jahrgänge haben, mit Wirtschaftswachstum und mit Wirtschaftspolitik allein nicht getan ist. Dies haben wir auch lernfähig zur Kenntnis genommen. Aber wir haben uns dann zu dieser Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik bekannt und haben letzten Endes Erfolge gehabt, und darum geht es doch allein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Wenn hier, meine Damen und Herren, darüber gesprochen wird — — —

(Wernstedt [SPD]: Wir gehen einmal gemeinsam zu Jugendlichen, die dann erzählen, was da passiert ist!)

— Wir können gerne gemeinsam dorthin gehen, Herr Wernstedt. Das tun wir oft getrennt; das können wir auch gerne einmal gemeinsam machen, einverstanden.

(Wernstedt [SPD]: Nein, nicht getrennt, damit wir eine gemeinsame Basis für die Diskussion haben und damit wir nicht andauernd aneinander vorbeireden!)

— Das ist völlig klar. Das können wir ja gerne machen. Ich habe mit Herrn Schröder gemeinsam vor Jugendlichen diskutiert; also werde ich das auch mit Ihnen machen.

Ich bleibe dabei und betone noch einmal, was auch die Regierungserklärung sagt: Unser erstes und oberstes Ziel bleibt die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Hier darf ich auch noch einmal darauf hinweisen: Sie sagen, das Problem liegt bei den jugendlichen Arbeitslosen nach der Lehre. Okay. Aber Sie können uns doch nicht vorwerfen, daß wir nicht reagiert hätten. Sie können uns vorwerfen, daß das vielleicht nicht so gegriffen hat, wie wir uns das selbst gewünscht hätten. Aber lesen Sie doch einmal nach, ob Sie etwa irgendeine Idee gehabt hätten, es besser zu machen. Letztlich hat unsere Beschäftigungsinitiative inzwischen dazu geführt, daß wir 9 000 Verträge gefördert haben und 6 500 Arbeitsplätze dadurch geschaffen worden sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Sonst sind Sie immer schnell bei der Hand und sagen: Jedes Einzelschicksal zählt. Hier ist 9 000 einzelnen Jugendlichen geholfen worden. Das können Sie doch nicht einfach vom Tisch wischen!

(Beifall bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Das Arbeitsamt erzählt ganz andere Sachen! — Zuruf von der CDU: Schröder sieht ganz schön alt aus!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch ein paar grundsätzliche Linien zeichnen, die im wesentlichen das unterstreichen, was die Regierungserklärung aussagt. Wir müssen und wir werden darüber hinaus auch eine Qualifizierungsoffensive für die Menschen innerhalb und außerhalb des Arbeitsmarktes starten müssen. Ich füge gerne hinzu: Nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern den neuen Herausforderungen haben sich auch die Unternehmer, hat sich auch der Mittelstand zu stellen. Hier ist ein breites Feld, auf dem wir arbeiten müssen. Wir müssen und wir werden Mittel und Wege finden, um die Akzeptanz neuer Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu erhöhen. Es ist eine Sache, die neue Technik und die neuen Technologien zu haben, eine andere Frage ist, ob sie von der Wirtschaft — und ich sage auch da wieder: von Arbeitnehmern und Arbeitgebern — angenommen werden, ob sie auch innerlich angenommen werden, ob man ja zu ihnen sagt, ob sie akzeptiert werden und ob man weiß, daß es letztlich den Menschen hilft, was hier gemacht wird, daß nicht nur Technik übergestülpt wird.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Wenn es so wäre!)

— Wir müssen uns darum bemühen, Frau Hammerbacher. Ich denke schon, daß wir am Anfang

einer Legislaturperiode auch ein paar Probleme ansprechen und sie dann gemeinsam bewältigen sollten.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich hat niemand Patentrezepte, aber wenn ich mir die öffentlichen Äußerungen der Grünen ansehe, so meine ich, daß wir doch in der Lage sein werden, gerade solche Fragen miteinander auszudiskutieren, ohne jetzt schon zu wissen, ob wir zu gemeinsamen Positionen kommen werden. Vielleicht gibt es doch Felder, auf denen dies möglich sein wird.

(Zuruf von der SPD: Wie ist das mit der Mitbestimmung?)

Wir müssen und wir werden unsere mittelständischen Betriebe für die Anforderungen einer exportorientierten Wirtschaft fit machen. Wir müssen — dies ist seit langem unser Weg — den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft vor allen Dingen auch in Richtung Mittelstand verbessern. Und wir müssen — ich sage das nur zu dem, was Sie in Sachen Steuern gesagt haben; das Thema Familienpolitik habe ich schon angesprochen —, was die Hilfen für den Mittelstand angeht, im wesentlichen die Eigenkapitalausstattung verbessern. Dies ist die Position des Landtagswahlprogramms der CDU gewesen, und ich betone es hier noch einmal.

In diesem Zusammenhang ist die steuerliche Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns für uns im Rahmen des Gesamtpakets eine herausragende Forderung.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird so viel über die Glaubwürdigkeit der Politik gesprochen und geschrieben. Wir alle sollten uns allerdings bewußt machen, daß unsere Arbeit im Parlament, der Umgang miteinander und die Inhalte, die wir miteinander besprechen, ein Teil dieser Glaubwürdigkeit sind.

Gerade die Kolleginnen und Kollegen, die in der abgelaufenen 10. Legislaturperiode schon dabei waren, haben oft schmerzhaft erkennen müssen, daß zwischen parlamentarischem Selbstverständnis und parlamentarischer Realität eine Diskrepanz besteht. Mammuttagesordnungen mit einer Vielzahl von Einzelpunkten, von denen jeder für sich allein genommen wichtig ist, was jedoch nicht ausschließt, daß solche Gegenstände in den Ausschüssen im Gespräch mit den Ministerien hätten behandelt und geklärt werden können, die Begrenzung der Redezeit, eine Flut von Anträgen — das sind Merkmale einer Entwicklung, die uns nachdenklich gemacht hat und aus der wir lernen

Stock

müssen. Es ist erfreulich, daß vom Präsidenten und von den Vorrednern auf diese Sache hingewiesen worden ist. Ich denke schon, daß wir uns in dieser Beziehung gemeinsam um bessere Lösungen bemühen sollten. Es entspricht demokratischem Selbstverständnis und föderalistischer Tradition, daß wir uns dann auch die Zeit nehmen, ein bißchen mehr in größeren Zusammenhängen zu diskutieren und uns auch im Landtag den elementaren Fragen zu stellen, die die Bürger beschäftigen.

Lassen Sie mich hierzu nur einige Beispiele nennen. Die Aufzählung soll in keiner Weise den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Ich möchte diese Probleme in Frageform kleiden.

Wie gelingt es uns, auf der einen Seite das Überschußproblem in der Landwirtschaft und auf der anderen Seite das Problem, daß wir nicht über umweltfreundliche Energie verfügen, während wir wissen, daß wir aus landwirtschaftlichen Produkten Energie erzeugen können, besser ineinanderzuschieben? Wie setzen wir finanzielle Schwerpunkte in dieser Richtung? Es muß uns gelingen, diese Probleme in Einklang zu bringen, weil es auch zu einem gesellschaftspolitischen Problem wird, daß auf der einen Seite die Landwirtschaft für die Müllkippe produziert und uns auf der anderen Seite Energien fehlen. Es muß uns gelingen, dieses Überschuß- und Mangelproblem ineinanderzuschieben.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ein zweiter Punkt: Wie reagieren wir auf die Konzentrationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft?

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Ja, wie? Da fragt man Sie!)

— Sie wollen immer sofort Antworten. Sie wollen alles, und zwar sofort. Das ist Ihre Devise, Herr Bruns. Das wird nicht gehen. Wir werden darüber schon miteinander diskutieren müssen.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Ich spreche dies nur als Themenstellung für unsere Auseinandersetzungen in den nächsten vier Jahren an. Ich bitte Sie, nicht gleich wieder damit anzufangen, die alte Methode zu wählen. Wenn ein Politiker einen Stein ins Wasser wirft, eine Idee — zunächst einmal auch unreif — vorträgt und wir uns dann gleich darüber hermachen und sagen, wir machen es kaputt, schlagen es mit dem Hammer tot, dann werden wir nie zu vernünftigen Diskussionen kommen.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Ich wiederhole die Fragestellung, meine Damen und Herren: Wie reagieren wir auf die Konzentrationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft?

(Zurufe von der SPD.)

Wir büßen doch heute noch — das war doch wohl in erster Linie die Fehleinschätzung der SPD — für die Fehleinschätzung der 50er und 60er Jahre, nach der alles, was größer ist, auch schon besser sei.

(Zempel [SPD]: In den 50er und 60er Jahren waren doch Ihre Freunde an der Regierung!)

Ich sage Ihnen, daß Zeitströmungen natürlich auch zu Erkenntnissen führen können, auch heute wieder. Aber es war nicht in erster Linie unsere Fehleinschätzung, Schulen zu konzentrieren und sie so groß zu machen, wie sie heute sind. Das war Ihre Fehleinschätzung, Herr Kaiser.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD. — Kaiser [SPD]: Das waren doch Ihre Minister, Herr Stock! — Wernstedt [SPD]: Die Konzentration des ländlichen Schulwesens war eine Idee von Herrn Langeheine! Wir haben sie alle gemeinsam getragen!)

Ich trage Ihnen nun meinen dritten Punkt vor. Sie können das ja noch einmal nachlesen.

Meine Damen und Herren, wie wirken wir Spaltungen in unserer Gesellschaft entgegen, die sich verstärkt zwischen denen auf tun, die Arbeit haben, und denen, die keine Arbeit haben? — Sie können auch hierzu Ihre Häme anbringen; machen Sie ruhig weiter so.

(Wernstedt [SPD]: Machen wir ja nicht! Aber was falsch ist, muß als falsch bezeichnet werden!)

Ich nenne einen nächsten Punkt: Wie gelingt es uns, mit politischen Antworten angemessener auf die immer stärker werdende oder — so sage ich einmal — andere Abgrenzung zwischen den Generationen zu reagieren?

Hier sind wir schon einige Wege gegangen. Hier wird es aber noch viel Diskussionsstoff und Lösungskompetenzen geben müssen. Wir beobachten, daß sich neben dem ersten Arbeitsmarkt ein zweiter, ein dritter und ein vierter Arbeitsmarkt etablieren. Aber, sehen wir eigentlich auch, daß sich parallel dazu ein erster, ein zweiter, ein dritter und ein vierter Markt in der Lohnstruktur entwickeln? Kann es — um nur ein Beispiel zu nennen — in der Entwicklung richtig sein, 410-DM-Verträge in immer größerer Anzahl zu machen, die sozialversicherungsfrei sind? Das

ist im Prinzip eine richtige Idee. Nur, wenn wir beobachten, wie hoch der Anteil dieser Arbeitsverträge wird und wie stark der Prozeß der Umwandlung von normalen Arbeitsverträgen in solche Verträge ist, dann kann uns das nicht ruhen lassen. Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies sollten wir miteinander besprechen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich sage ja nicht, daß ich für die hier angesprochenen Punkte Lösungen parat habe. Aber ich nenne sie gerade deswegen, weil ich keine Lösungen habe und weil ich meine, daß dieses Parlament aufgefordert ist, auch über solche Dinge miteinander zu sprechen.

(Beifall bei der CDU. — Schörshusen [Grüne]: Sagen Sie auch mal, wofür Sie Lösungen haben! Sie sagen immer, wofür Sie keine Lösungen haben! — Wernstedt [SPD]: Darf Schröder keine Fragen stellen, nur Sie?)

Wir dürfen nicht in der Alltagsarbeit ersticken. Diese wird Problem genug sein und wird uns immer nur einen kleinen Spielraum für diese Dinge lassen.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen. Wer zum Beispiel im Zusammenhang mit Tschernobyl meint, daß die Kultivierung der Angst vor der Zukunft allein schon ein Beitrag zu deren Gestaltung sei, der ist kein Realist,

(Frau Schreiner [Grüne]: Wer meint das denn?)

sondern der entzieht sich der Verantwortung. Politik — dieses Wort haben wir oft zitiert — ist immer nur die Kunst des Möglichen und nicht des Wünschbaren. Auch nach Tschernobyl gilt dieser Grundsatz. Wünschbar wäre ausreichende Energie ohne die Risiken der Kernenergie,

(Frau Schreiner [Grüne]: Die gibt es doch!)

ohne die Umweltbeeinträchtigungen der Energiegewinnung aus Kohle — das sage ich gerade zu Ihrem Zwischenruf —,

(Schörshusen [Grüne]: Lesen Sie doch unser Ausstiegsszenario mal durch! — Gegenruf von Grill [CDU]: Das sind doch Träume und keine Realitäten!)

ohne die politische Abhängigkeit und die Erpreßbarkeit vom bzw. beim Öl. Das alles ist wünschbar, aber unmöglich. Möglich ist dagegen — das ist in der gestrigen Regierungserklärung deutlich geworden — ein Bündel verschiedener Lösungsmaßnahmen.

Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt hat kürzlich in einem Vortrag hier in der Marktkirche in Hannover formuliert:

„Politisches Handeln muß sich der Mühsal abwägender Vernunft unterwerfen, um annähernd das Falsche zu vermeiden und das Richtige zu tun.“

(Zempel [SPD]: Da hat er recht gehabt!)

Ihnen, meine Kollegen von der SPD-Fraktion, die Sie bis zu dem Auftritt Gerhard Schröders auf der niedersächsischen Bühne mit uns eine gemeinsame Energiepolitik verfolgt haben, sollte diese Aussage Ihres Alt-Bundeskanzlers zu denken geben. Vielleicht sollten wir auch noch einmal das Wort des neuen Bundesumweltministers Wallmann prüfen, der gesagt hat, daß sich vielleicht doch eine Anstrengung lohnt, in diesen Positionen wieder mehr aufeinander zuzugehen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Das sagen Sie immer, aber Sie tun es nie!)

Die SPD, Herr Bruns, müßte doch nach der Wahl in Niedersachsen gelernt haben, daß gerade die Arbeiter einen Anpassungskurs an die Grünen, eine Flucht aus der Kernenergie und aus der Industriegesellschaft nicht wollen.

(Beifall bei der CDU.)

Sie lächeln! — Das Wahlergebnis in Helmstedt/Schöningen, wo die Bergleute der Braunschweigischen Kohlenbergwerke wohnen, zeigt, daß die Arbeitnehmer einer industrie- und arbeitnehmerfeindlichen und einer anpasserischen Politik eine klare Absage erteilt haben.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von Zempel [SPD].)

— Wenn Sie dazwischenrufen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Dies stammt nicht von mir, sondern diese Warnung kommt von Norbert Römer von der IG Bergbau. Aber diese Gewerkschafter gelten in der SPD als rechts. Dies trägt dazu bei, daß der oft beschworene Schulterschuß zwischen SPD und Gewerkschaften eher in Berührungsscheu umschlägt. Darüber sollten Sie ein bißchen mehr nachdenken.

(Unruhe bei und Zurufe von der SPD. — Zempel [SPD]: Etwas präziser bitte!)

Ich sage hier an dieser Stelle auf die Frage von Herrn Schröder zum wirtschaftspolitischen Komplex noch folgendes: Wir werden, was VW angeht, unsere Sperrminorität halten. Wir werden die notwendigen Kapitalerhöhungen mitvollziehen, und wir werden als Land dafür sorgen,

Stoek

daß unser Einfluß ausreicht, damit VW die Stellung behält, die es heute im Lande Niedersachsen hat.

(Beifall bei der CDU.)

Lassen Sie mich zum Stichwort Arbeitnehmer noch folgendes sagen. Sie haben hier wieder Klassenkampfparolen, gepredigt. Was dem Arbeitnehmer dient, sind handfeste Entscheidungen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Und Rechte!)

Ich habe bereits Helmstedt genannt. Fragen Sie doch die Arbeitnehmer in Cuxhaven, in Georgsmarienhütte und woanders.

(Beifall bei der CDU.)

Diese Landesregierung hat immer gehandelt, wenn es darum ging, Arbeitnehmerinteressen nicht nur mit Formelkram, sondern mit handfester Politik zu vertreten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Zurufe von Zempel [SPD] und Graeber [SPD]. — Wernstedt [SPD]: Wo kommen bloß die Arbeitslosen her?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Niedersachsen ist ein schönes Land!

(Zempel [SPD]: Ja, stimmt genau!)

— Sie können ruhig klatschen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP. — Zuruf von den Grünen: Wenn Sie es nicht kaputt kriegen!)

— Sie werden sich noch wundern, Herr Schröder, wie viele Möglichkeiten Sie haben werden, in meiner Schlußpassage zu klatschen.

(Zurufe von der SPD.)

Unsere Aufgabe ist es, Niedersachsen wirtschaftlich, sozial und kulturell weiter voranzubringen. Wir haben in den letzten Jahren gute Voraussetzungen dafür geschaffen, daß es in Niedersachsen weiter aufwärtsgeht. Es geht — dies ist in der Regierungserklärung und auch in unserer bisherigen Politik deutlich geworden — nicht nur um materielle Werte. Es geht auch darum — das dürfen wir heute feststellen —: Wir Niedersachsen sind wieder wer in der Bundesrepublik!

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD. — Zempel [SPD]: Wer sind wir denn? — Zuruf von Frau Hammerbacher-Richter [Grüne].)

— Ich werde Ihnen das ja erklären. — Vor zehn Jahren ist die CDU milde und mitleidig belächelt worden, als wir hier im Parlament unsere Bemü-

hungen angekündigt haben, das Niedersachsenbewußtsein stärken zu wollen.

(Kaiser [SPD]: Eine Welle der Hoffnung war das!)

Ich habe, Herr Kaiser, die ironischen Zwischenrufe von den Oppositionsbänken noch im Ohr, wir, die CDU, wollten sozusagen den Freistaat Niedersachsen proklamieren.

(Wernstedt [SPD]: Hessen-Fest!)

— Ja, Hessen-Fest. Sie geben mir so viele Stichworte, daß ich noch eine Stunde reden könnte.

(Schröder [SPD]: Ohne etwas zu sagen!)

Vielfältige Bemühungen der Landesregierung, unterstützt von der CDU-Fraktion, haben dazu beigetragen, daß dieses Niedersachsengefühl nach und nach gewachsen ist. Niedersachsen-Tag, Niedersachsen-Stiftung, Niedersachsen-Preise für kulturelle Leistungen, das sind Markenzeichen für unsere Bemühungen.

(Zuruf von den Grünen.)

Unsere Anstrengungen um Stadt- und Dorferneuerung waren diesem Ziel gewidmet. Wie erfolgreich dieser Weg war, daß die Bürger unseres Landes wieder stolz sind auf ihr Niedersachsen, haben sogar die SPD-Wahlkampfmanager erkannt.

(Zustimmung bei der CDU.)

Der beste Beweis dafür sind doch wohl die in den Wahlkampfparolen der SPD verwendeten Begriffe wie „Unser Niedersachsen“ und „Wir Niedersachsen“. Sie haben doch geradezu versucht, von dem, was wir geschaffen haben, von diesem Niedersachsengefühl, zu profitieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Nur einer Formel, meine Damen und Herren, können wir uns nicht anschließen,

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Ihr habt Niedersachsen geschaffen, was?)

nämlich Ihrer Forderung, Herr Schröder, die letztlich im Wahlkampf Ihre Schlußparole war und die da hieß: Jetzt sind wir Niedersachsen dran!

(Herbst [CDU]: In der Tat!)

Wir würden uns nie wie die SPD anmaßen, Partei und „Wir Niedersachsen“ sozusagen gleichzusetzen.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

Deshalb sage ich hier zum Abschluß: CDU und FDP haben einen klaren Auftrag der Mehrheit der Wähler in Niedersachsen erhalten.

(Wernstedt [SPD]: Einen hauchdünnen!)

Unser Auftrag für die nächsten vier Jahre lautet: Jetzt sind wir für Niedersachsen dran, für die Bürger unseres Landes.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wir von der CDU-Fraktion wollen gemeinsam mit der FDP mit unserer Mehrheit für alle Niedersachsen dafür sorgen, daß es in diesem Lande weiter aufwärtsgeht. — Ich danke Ihnen.

(Starker, nicht enden wollender Beifall und Bravo-Rufe bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hammerbacher-Richter.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Stock,

(Zurufe: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!)

es war mir natürlich lieb, mit Beifall empfangen zu werden. Ich möchte als erstes auf einige Punkte eingehen, die Sie angesprochen haben. Sie haben die umweltpolitische Kompetenz von Herrn Schröder bezweifelt. Ich will Ihnen da nicht widersprechen.

(Beifall bei den Grünen, bei der CDU und bei der FDP.)

Ich kann das nicht im einzelnen beurteilen. Ich habe allerdings in den letzten zwei Wochen mehrfach die umweltpolitische Kompetenz Ihres Umweltministers mitbekommen, und ich glaube von daher, das beurteilen zu können: Legt man seine Äußerungen in Fernsehinterviews zugrunde, so bewegt sich diese nämlich noch nicht einmal auf dem Niveau der allgemeinpolitischen Bildung, die wir in diesem Bereich für selbstverständlich halten.

(Beifall bei den Grünen. — Lindhorst [CDU]: In Bonn oder hier?)

Insofern ist es auch nicht gerechtfertigt, wenn Sie glauben, hier über Joschka Fischer und die Art und Weise, in der er sein Amt führt, richten zu sollen. Ich denke, Sie werden Anlaß dafür haben, ihn dort hinzuschicken — Herr Remmers hat das ja in weiser Einsicht gestern abend bereits im Fernsehen selbst formuliert —, auf daß er lernen möge, was ein aktiver Umweltminister aus seinen Kompetenzen machen kann.

(Beifall bei den Grünen.)

Nun eine zweite Vorbemerkung zu Herrn Schröder,

da ich ja nun nach zwei langen Beiträgen reden muß.

(Zuruf von der SPD: Sie können es auch lassen!)

Das, was Herr Schröder gesagt hat, war ja sehr allgemein. Ich möchte darauf gar nicht im Detail eingehen. Es war so allgemein, daß es schwer ist, sich der Dinge, die er im einzelnen gesagt hat, zu erinnern. Ich möchte nur denen, die hier zuhören, meine Hoffnung ausdrücken, daß nach meinem Beitrag mehr Konkretes zum Erinnern übrigbleibt als nach dem Beitrag von Herrn Schröder.

(Graetsch [FDP]: Na, dann mal los!)

Ich fasse das, was wir zu der Regierungserklärung von Herrn Albrecht und zu den Koalitionsvereinbarungen sagen wollen, in fünf Punkten zusammen und beginne mit dem, was Sie, meine Herren und Damen von der CDU, der FDP und der Regierungsbank, zum Thema Gleichberechtigung vereinbart haben.

(Hildebrandt [FDP]: Respektabel!)

Es ist ja kläglich, was Sie dort vereinbart haben.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich zähle einfach mal die einzelnen Punkte auf, um es konkret zu machen. Sie haben ein Kabinett gebildet, das sich aus elf Personen zusammensetzt — darunter eine Frau —, und in diesem Zusammenhang noch nicht einmal die Gelegenheit zur Sprachbereinigung genutzt: Die Frau Ministerin für Finanzen nennt sich „Der Minister für Finanzen“. Das ist normalerweise eine Kleinigkeit. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die die Sprache in diesen Fragen für allbeherrschend halten. Aber ich denke, daß hier auch eine Vorbildfunktion zu erfüllen ist und daß Sie bereits an diesem Punkt, fernab noch aller Kompetenzfragen, versagt haben.

(Oestmann [CDU]: Das ist nun aber überaus kleinkariert!)

Sie wollen die Institution einer Landesbeauftragten für Frauenfragen einrichten. Diese hat keine eigenständigen Kompetenzen. Sie hat ein gnadenvoll zugestandes Anhörungsrecht im Kabinett. Andererseits, laut Koalitionsvereinbarung, soll sie Öffentlichkeitsarbeit für die Regierung machen, d. h. sie ist abhängig von der Gnade der Regierung und gleichzeitig in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auch noch weisungsgebunden. Ich frage mich, was eine solche Position für uns als Frauen überhaupt bewirken soll.

Frau Hammerbacher-Richter

Kennzeichnend ist der neu eingerichtete Ausschuß für Gleichberechtigung und Frauenfragen. Sie haben sozusagen einen Ausschuß geringerer Qualität mit lediglich neun Mitgliedern eingerichtet. Das zeigt, welchen Stellenwert Sie dieser Frage beimessen.

Aber ich denke, wirklich deutlich wird das, was Sie wollen, an dem, was Sie über Ihr Frauenpolitisches Programm ausgesagt haben. Das geht ja von einem Frauenleitbild und von einer Vorstellung von Frauenleben aus, wie sie einmal in den 60er Jahren in dem Mehrphasenmodell der Schwedin Alva Myrdal diskutiert worden sind. Es bezieht sich in seinen wesentlichen Vorschlägen auf ein Modell, in dem eine ganz ausgeprägte Nur-Familienphase der Frauen die wichtigste Rolle spielt. Nur in einem solchen Modell machen die Schwerpunkte dieses Programms auch einen Sinn, nämlich Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wiedereingliederung der Frauen in den Beruf nach der Familienphase usw. Wir verstehen unter Frauenpolitik etwas mehr. Wir verstehen darunter auch nicht nur das Behaupten im beruflichen Prozeß, sondern uns geht es um selbstgewählte Lebensformen. Es geht uns um den Abbau von Diskriminierung und auch um die eigenständige berufliche Karriere von Mädchen und Frauen.

Ich denke, es paßt zu Ihrem Frauenbild, daß Sie offensichtlich versuchen wollen, Frauen vermehrt für ehrenamtliche Tätigkeiten, also für unentgeltliche soziale Dienstleistungen, einzusetzen. Das sagen Sie ja auch ausdrücklich in Ihrer Regierungserklärung. Ich fürchte, daß die Einrichtung des Landfrauenreferates, die ebenfalls angekündigt ist, dazu dienen soll, die Doppelbelastung der Bäuerin als Mutter und als sogenanntes mitarbeitendes Familienmitglied — obwohl sie ja eigentlich die meiste Arbeit leistet — insbesondere mit Blick auf Nebenerwerbsbetriebe festzuschreiben.

(Beifall bei den Grünen. — Zuruf von Oestmann [CDU].)

Auf derselben Linie liegt auch die Verherrlichung der Kommunikationstechnologien, wie sie Herr Albrecht gestern hier betrieben hat. Da kündigt er besonders flexible angenehme persönliche Quasi-Heimarbeitsplätze an, ohne daß ich das jetzt als Fachterminus gebrauchen würde. Dies läuft letztlich auf den Ausbau von sozial ungeschützten und isolierten Heimarbeitsplätzen für Frauen hinaus.

Ich möchte die Frage, wie Frauenpolitik hier betrieben werden soll, allerdings nicht nur auf

Sie, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, beschränken, sondern auch noch etwas zu der Art sagen, wie gestern hier im Plenum die Vizepräsidentenschaft gehandelt worden ist. Auch die SPD hat es ja nicht geschafft,

(Schröder [SPD]: Einen Antrag hätten Sie stellen müssen!)

für die Vizepräsidentenschaft eine Frau zu nominieren. Wir haben angekündigt, daß Frau Deppe bereit wäre, für uns eine solche Position zu übernehmen. Ich muß sagen, ich bin erschreckt über die sexistischen Reaktionen, die von einzelnen männlichen Mitgliedern dieses Plenums auf diese Ankündigung gekommen sind.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich spreche da sowohl die SPD an, aus deren Reihen in diesem Zusammenhang tatsächlich der Zuruf „Lesbe“ gekommen ist, der ja wohl keinen sachlichen Zusammenhang darstellen könnte, der also nur diskriminierend gemeint gewesen sein kann, als auch einige Mitglieder der CDU-Fraktion, deren spontane Reaktion auf diese Information so aussah, daß sie sagten: „Die müssen wir uns mal ansehen, wie die denn überhaupt aussieht.“ Ich frage mich: Was hat das mit einer solchen Funktion zu tun? Ich denke, Sie müssen lernen, sich solche Verhaltensweisen abzuschminken.

(Beifall bei den Grünen.)

Ein zweiter Kritikpunkt. In seiner Regierungserklärung verweist Herr Albrecht auf die rasante technologische Entwicklung. Das ist ja so ein Allgemeinplatz, den wir alle machen können; das kann ich auch. Sie hat auch nicht erst in den 70er Jahren stattgefunden, sondern schon in den 60er Jahren. Damit komme ich zu dem, was Herr Albrecht in seiner Aufzählung dessen, was uns heute von der technologischen Seite her prägt, ausgelassen hat. Er hat nämlich ausgelassen die Entwicklung der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie. Dieses Außenvorwissen kann ja nicht darauf zurückzuführen sein, daß hier eine mangelnde soziale und wirtschaftliche Bedeutung vorliegt. Wir alle wissen, welche Risiken mit der Kernenergie verbunden sind. Wir wissen, daß sie volkswirtschaftlich und finanzpolitisch unsinnig ist. Es gibt keine Technologie in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, die in diesem Umfang subventioniert worden ist. Wenn man diese Subvention auf den Strompreis umlegen würde, dann wäre der Strompreis aus Atomkraft der teuerste aller Strompreise, die wir zur Zeit haben.

Die Entwicklung der Kernenergie ist, abgesehen von dem internationalen Wettbewerb, innovationslähmend gewesen. Wir wissen, daß zum Beispiel Dänemark uns inzwischen in der Entwicklung der Windkraftanlagen Märkte weggenommen hat, die wir vielleicht auch hätten erobern können, weil sich die Dänen rechtzeitig in eine andere Richtung orientiert haben. Ich denke aber, daß dieses Weglassen der Kernenergie insbesondere dem Versuch der Landesregierung entspricht, so zu tun, als sei die Existenz dieser Technologie etwas völlig Selbstverständliches. Das tut sie in einer Situation, in der wir den Super-GAU, die Katastrophe von Tschernobyl gehabt haben und in der 80 % der Bevölkerung zumindest den mittelfristigen Ausstieg aus dieser Technologie wollen und nicht die Zementierung dieser Technologie als Dauerlösung,

(Beifall bei den Grünen)

wie Sie das hier mit Ihrem Programm tun werden.

Was Sie mit Ihrem energiepolitischen Programm machen, ist, eine Situation von Sachzwängen aufzubauen, aus der sich spätere Regierungen in der Tat dann nur in jahrelanger Kleinarbeit wieder werden befreien können. Es ist ja so, daß mit jedem neuen Kernkraftwerk, das ans Netz geht, alte Kraftwerkskapazitäten abgebaut werden, wodurch es schwieriger wird, aus dieser Versorgungssituation wieder herauszukommen.

Der Bau einer Konditionierungsanlage in Gorleben, die im übrigen nur ohne Rechtsgrundlage im Atomgesetz erfolgen kann

(Beifall bei den Grünen)

— ich bin gespannt, wie Sie das im einzelnen regeln wollen und kann Ihnen jetzt schon sagen, daß wir an dieser Stelle massiven Widerstand unter Ausnutzung aller juristischen Möglichkeiten leisten werden —, präjudiziert gleichzeitig Gorleben als Endlagerungsstandort; denn die Konditionierungsanlage macht ja nur dann Sinn, wenn am selben Standort auch endgelagert werden kann, weil jeder Transport wiederum das Risiko erhöhter Abgabe von Radioaktivität, von Unfallrisiken usw. und auch erhebliche Kosten beinhaltet.

(Vizepräsident Rehkopf übernimmt den Vorsitz.)

Ich gehe davon aus, daß Sie sich mit dieser Entscheidung, eine Konditionierungsanlage in Gorleben zu bauen, faktisch entschieden haben, Gorleben als Endlagerungsstandort für atomaren Abfall zu behandeln und dies auch durchzusetzen, daß Sie es politisch nur nicht wagen, dies im

Augenblick zu sagen, weil Sie wissen, daß das der Bevölkerung gegenüber nicht vertretbar ist und Sie dafür auch keine Mehrheit finden würden.

Der letzte Punkt, mit dem Sie Sachzwänge aufbauen, liegt eigentlich im Fehlen eines Programms, und zwar im Fehlen eines Energiesparprogramms.

(Beifall bei den Grünen.)

Es stimmt ja nicht, daß Kernkraft durch Kohle und Öl substituiert werden müßte. Auch in den Ausstiegskonzepten, die die Grünen vorgelegt haben, hat es sich dabei immer nur um eine vorübergehende Lösung gehandelt. Das größte Substituierungspotential, das wir haben, liegt im Einsparpotential im Energieverbrauch, und dies muß genutzt werden.

(Beifall bei den Grünen. — Hildebrandt [FDP]: Das reicht nicht aus, Frau Kollegin!)

Es ist auch nicht so, Herr Schröder — jetzt ist er nicht mehr da —, daß dieses Potential überwiegend dadurch genutzt werden könnte, daß man das Energiewirtschaftsgesetz verändert, was zweifelsohne eine notwendige Entwicklung wäre, und zwar nicht nur mit Blick auf die progressiven Strompreise. Viel wichtiger und hier auf Landesebene zu machen wäre es, Förderprogramme zu entwickeln, wie sie im Saarland und in Hessen bereits vorliegen, die zu entsprechenden Energieeinsparungen führen und die im übrigen gleichzeitig auch Förderprogramme im Sinne der Wirtschaftsförderung mit einem ganz erheblichen Arbeitsmarkteffekt sein könnten.

(Beifall bei den Grünen.)

Dafür gibt es einschlägige Berechnungen.

Was Sie hier an Entwicklung neuer Energieformen vorlegen, ist eigentlich ein Auf-die-lange-Forschungsbank-Schieben von alternativen Energieformen. Sie fördern zum Beispiel im Bereich der Solarenergie nicht die Solarwärme, sondern Sie kaprizieren sich unbedingt auf den Solarstrom, der technisch viel aufwendiger herzustellen und von der Wirtschaftlichkeitsgrenze her viel schwieriger zu erreichen ist. Sie fördern auch nicht massiv Biogasanlagen aus dem, was an organischem Material auf jedem Bauernhof anfällt,

(Oestmann [CDU]: Gehen Sie doch mal nach Quickborn und gucken Sie sich das mal an!)

sondern Sie gehen den Gang in die Bioethanol-Gewinnung — zumindest haben Sie das bislang immer angestrebt,

(Oestmann [CDU]: Genau informieren bitte, und dann hier vortragen!)

Frau Hammerbacher-Richter

und das steht erneut in der Koalitionsvereinbarung —, die weder von der wirtschaftlichen Seite noch von der ökologischen Seite her vertretbar ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich denke, wenn Sie die Linie, die Sie im energiepolitischen Teil Ihres Regierungsprogramms beschrieben haben, durchhalten werden — ich hoffe, daß Sie das nicht können —, dann wird sich Niedersachsen in Kürze nicht als Aufsteigerland, sondern als Land des atomaren Abfalls bezeichnen können,

(Beifall bei den Grünen)

das dann allerdings für mehrere Jahrtausende, um nicht zu sagen Jahrhunderttausende.

(Vajen [CDU]: Und das hoffen Sie? —
Gegenruf von Kempmann [Grüne]: Das wollen wir verhindern!)

Wir haben uns heute morgen zu Beginn der Sitzung alle von unseren Sitzen erhoben, weil wir sehr betroffen gewesen sind von den Morden an dem Physiker Beckurts und seinem Fahrer. Die Grünen sind gerade von seiten der CDU im Wahlkampf in einer Art und Weise in die Gewaltdecke, also in eine Identität mit der Gewalttätigkeit, hineingedrängt worden, die weder ihrer Programmatik entspricht noch dem, was sie tatsächlich tun.

(Jahn [CDU]: Sehen Sie sich doch mal die Göttinger Aussagen an! — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Ich will mich hier lieber nicht über die Gewalt auslassen, die von seiten der CDU propagiert wird.

(Jahn [CDU]: Was?)

Ich sage hier nur in aller Deutlichkeit, weil ich denke, dies ist auch wichtig für die Art — vielleicht hören Sie mir jetzt zu —, wie wir uns hier in diesem Plenum miteinander über solche Fragen unterhalten werden, daß für uns als Grüne Gewalt kein Mittel einer demokratischen politischen Auseinandersetzung ist

(Zuruf von der CDU: Oh!)

und ein geplanter Mord wie im Falle Beckurts für uns nur noch verwerflich ist. Wir distanzieren uns deshalb nicht nur von dem Mord, sondern auch von der angeblich politischen Begründung der Täter beziehungsweise Täterinnen. Aber auch dieses darf nicht zur willkommenen Rechtfertigung für die weitere Aufrüstung der Polizei werden.

(Beifall bei den Grünen.)

Gerade das Land Niedersachsen muß angesichts der absehbaren Auseinandersetzung um die Endlagerstandorte Gorleben und Schacht Konrad ein besonderes Interesse daran haben, seinen Bürgern und Bürgerinnen ein vollständiges und liberales Demonstrationsrecht zu gewährleisten und seine Polizei nicht in die Rolle einer Bürgerkriegsarmee hineinzutreiben.

(Beifall bei den Grünen.)

Wenn die Kollegen von der FDP und der CDU dafür ihre Möglichkeiten im Bundesrat einsetzen würden, dann könnten wir zumindest in diesem Punkt tatsächlich einmal die sonst so gern beschworene interfraktionelle Zusammenarbeit praktizieren.

(Beifall bei den Grünen.)

Nächster Kritikpunkt. Wirtschaftsförderung und Technologieentwicklung. Das sind ja die Hauptschwerpunkte des Programms. Man kann fast schon sagen, das ist ein Hobby dieser wie auch der letzten Landesregierung. Nachgeschoben haben Sie in der Regierungserklärung dann noch die Behauptung — Herr Stock hat das eben wiederholt —, vorrangiges Ziel der Politik der nächsten Jahre sei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich denke, die Regierung hat keine nennenswerte kurz- und mittelfristige Arbeitsmarktstrategie.

(Beifall bei den Grünen.)

Da hat die SPD mit ihrer Kritik schon recht, auch wenn wir andere Maßnahmen ergreifen würden. Wenn Sie eine solche Strategie hätten, dann müßten Sie nämlich das tun, was die Grünen mit ihrem Ostfrieslandprogramm bereits seit zwei Jahren vorschlagen. Sie müßten mit massiven öffentlichen Investitions- und Fördermitteln in eine kleinteilige, technologisch zukunftssträchtige, aber regionale Entwicklungspolitik hineingehen und ernst machen mit der Förderung von Kleinbetrieben, von kleinen Dienstleistungsbetrieben, von neuen sozialen und kulturellen Angeboten und von einer umweltfreundlichen regionalen Umgestaltung. Das ist etwas anderes als die Form der Mittelstandsförderung, die Sie hier unter dem Stichwort Strukturpolitik verkaufen. Was Sie hier verkaufen, ist eigentlich nur der privilegierte Zugriff ganz bestimmter Gruppierungen innerhalb des Mittelstandes auf neuere technologische Entwicklungen.

(Oestmann [CDU]: Sie wollen doch auch nur eine Privilegierung!)

Das wird zu einem Konzentrationsprozeß innerhalb des Mittelstandes führen. Ich weiß nicht, ob Sie in Ihrer Politik diese Konsequenz wollen. Ich

gehe aber davon aus, daß das so kommen wird.

Die Technologiepolitik, die Sie betreiben, ist völlig unkritisch. Es fehlt jeder Ansatz zur Technologiefolgenabschätzung, obwohl Sie von der Problemanalyse her — Sie geben hier ja die Probleme sozusagen rednerisch immer zu, wahrscheinlich deshalb, um dann so dastehen zu können, als hätten Sie Konzepte dafür — durchaus sagen, wo die Probleme liegen. Sie tun aber nichts. Die Probleme wären zum Beispiel Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Gesundheitsauswirkungen, Datenschutz und Energieverbrauch. Wenn ich einmal den Bereich Datenschutz herausnehme, frage ich mich, was ein Datenschutzbeauftragter eigentlich für eine Wirkung haben kann, wenn er dem Niedersächsischen Minister des Innern dienstlich untergeordnet ist.

(Beifall bei den Grünen. — Hildebrandt [FDP]: Zugeordnet!)

— Nein, weisungsgebunden; das steht auch so in der Koalitionsvereinbarung. — Wo bleibt da die Unabhängigkeit des Datenschutzes?

Auf derselben Linie liegt die einseitige Ausrichtung der Forschungsförderung immer mit Blick auf privatwirtschaftliche Verwertbarkeit. Nachdem in der vergangenen Legislaturperiode eine ganze Reihe von wirtschaftsnah konzipierten Forschungsinstituten bereits installiert worden ist, wollen Sie jetzt den Zugriff privatwirtschaftlicher Interessen auf die öffentlich finanzierte Forschungskapazität noch weiter erleichtern. Ich denke, die wichtigsten Beispiele sind die geplante Erleichterung der Drittmittelforschung im Hochschulbereich. Das wird ja wohl wesentlicher Sinn der Anpassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes an das Hochschulrahmengesetz sein. Wichtig wird — so nehme ich an — eine FDP-Forderung sein, nämlich nach Zentralisierung des Technologietransfers auf Landesebene. Dies führt natürlich dazu, daß bestimmte Lobbygruppen einen vorrangigen Zugriff auf technologische Entwicklungen haben und daß der geplante direkte Personaltransfer zwischen privatwirtschaftlich arbeitenden Firmen und der öffentlichen Forschungskapazität erleichtert wird.

Es gibt ja auch Dinge, die Sie gleichzeitig nicht fördern, an denen Sie sozusagen Ihre Sparsamkeitskonzepte ausprobieren. Dazu gehören Wissenschaftsläden und Technologieberatungsstellen. Ferner gehören die Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften dazu. Ich weiß, daß Sie immer lächeln, wenn Sie von solchen Projekten hören. Ich denke, auch Sie müssen zur Kenntnis nehmen

— wenn Sie in Ihrer Politik immer soviel von Menschlichkeit reden, dann müßten Sie es um so intensiver tun —, daß es gerade dann, wenn sich Gesellschaften in einem sehr tiefgreifenden technologischen und wirtschaftlichen Wandel befinden, notwendig ist, diesen Wandel kulturell und sozial zu verarbeiten. Dann kann man nicht nur im technologischen Bereich fördern, sondern man muß auch die Bereiche fördern, in denen dieser soziale Verarbeitungsprozeß in einer kritischen Art und Weise stattfindet, nicht im Sinne einer inneren Anpassung, wie sie uns Herr Stock eben empfohlen hat.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich habe in der Koalitionsvereinbarung lange gesucht, um herauszubekommen, an welchem Punkt die FDP Regelungen durchgesetzt haben könnte, die nicht nur für bestimmte Lobbygruppen von Interesse sind. Dabei habe ich mir als Mitglied einer kleinen Fraktion die kommunalrechtlichen Forderungen angesehen. Immerhin haben Sie die Öffentlichkeit der Ausschußsitzungen und das Antragsrecht der einzelnen Ratsmitglieder wieder eingeführt. Sie machen aber gleichzeitig etwas, was diese Errungenschaften für in der Regel Parteimitglieder, die bereits in den Räten sitzen, wieder völlig zunichte macht, wenn man es an den Möglichkeiten mißt, die Bürger und kommunale Verwaltungen in ihrem Handlungsspielraum haben. Sie planen nämlich die Abschaffung der Gewerbesteuer. Wenn dieses realisiert werden würde — Sie können es ja Gott sei Dank nicht so einfach tun —, dann würden Sie genau den Handlungsspielraum kaputtmachen,

(Hildebrandt [FDP]: Eben nicht!)

aus dem heute die freiwilligen Leistungen finanziert werden.

(Beifall bei den Grünen. — Fischer [Buxtehude] [FDP]: Sie müssen das mal zu Ende lesen!)

— Ich habe es ganz gut gelesen. Sie schreiben, es solle ein Ersatz mit eigenem Heberecht her.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Das ist es doch!)

Sie schreiben aber nicht, was es sein soll. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie Ihrer selbständigen Klientel die Wertschöpfungssteuer zumuten werden, weil die davon direkt betroffen wäre. Andere Modelle gibt es nämlich nicht zu diesem Thema.

(Beifall bei den Grünen. — Fischer [Buxtehude] [FDP]: Da werden Sie noch staunen!)

Frau Hammerbacher-Richter

Was Sie betreiben, ist eine Strategie des Abwürgens kommunaler Demokratie über den Finanzhebel. Die geplante Reform der Einkommensteuer wirkt sich im übrigen ganz ähnlich aus.

(Beifall bei den Grünen.)

Eine Reihe von Aussagen, die an anderer Stelle in der Regierungserklärung stehen, paßt in denselben inhaltlichen Zusammenhang hinein. Es paßt hinein, daß Sozialpolitik außerhalb der öffentlichen Hand offensichtlich nur als Politik verstanden werden kann, die von großen Wohlfahrtsverbänden getragen wird. Das einzige, was Sie an sozialpolitischen Äußerungen wirklich bringen, bezieht sich auf den weiteren Ausbau von Sozialstationen und Behindertenwerkstätten. Beides sind Einrichtungen, die sich ausschließlich in der Hand von großen, landesweiten Wohlfahrtsverbänden befinden. Gleichzeitig bilden sich in sehr vielen Kommunen kleine Träger,

(Oestmann [CDU]: Das stimmt ja gar nicht!)

die häufig bedarfsgerechter arbeiten, die in ihrer Finanzierung aber große Probleme haben, weil Sie die Gelder auf die Wohlfahrtsverbände konzentrieren.

(Beifall bei den Grünen. — Zurufe von der CDU und der FDP.)

In der Kulturpolitik betreiben Sie eine Fixierung auf die etablierten Kultureinrichtungen,

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Überhaupt nicht!)

und etwa die Unterstützung der Landschaften, welche in der Regel reine Honoratiorenklüngel zum Bedienen von ausgedienten CDU- und FDP-sowie SPD-Mitgliedern sind,

(Dr. Hruska [FDP]: Dann kennen Sie Landschaften nicht!)

verkaufen Sie noch als basis- und bürgernah.

(Oestmann [CDU]: Dann haben Sie das noch nicht begriffen! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Sie haben außerdem ein konservatives Sportkonzept. Das hat mich etwas überrascht, weil ich bislang immer dachte, daß zumindest der Sport als ein unpolitischer Bereich in der Lage sei, bei Ihnen eine angemessene Förderung zu erhalten. Ihr Sportkonzept wirft die Vereine aber auf die Kraft und die Möglichkeiten zurück, mit denen sie ehrenamtlich zu Rande kommen können. Das bedeutet gleichzeitig den Verzicht auf eine aktive und breitenwirksame Sportförderung. Das können die Vereine nämlich alle nicht mehr. Wenn

Sie sich in der Kommunalpolitik etwas genauer auskennen würden, dann wüßten Sie, daß es kaum noch Sportvereine gibt, die finanziell und organisatorisch wirklich gesund sind.

(Lachen bei der CDU. — Oestmann [CDU]: Wovon reden Sie eigentlich?)

— Ich habe fünf Jahre lang Kommunalpolitik gemacht. Ich kenne mich da ganz gut aus.

(Schlotmann [CDU]: Aber nichts gelernt!)

Die fünfte Kritik zielt u. a. auch auf etwas, was Herr Stock gesagt hat. Er hat gefragt, wie man denn auf die Konzentrationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft reagieren könne. Ich konzentriere mich jetzt einmal auf die Gesellschaft, Herr Stock, und nenne Ihnen etwas, was Sie als Vorsitzender der CDU-Fraktion zusammen mit dieser Landesregierung sehr gut, schnell und einfach lösen könnten. Es geht um die Personalpolitik der Landesregierung.

Über die allgemeine Personalpolitik einer Landesregierung dringt ja relativ selten etwas an die Öffentlichkeit. Ich denke, das hat etwas mit den Ängsten der Betroffenen zu tun, die wollen ihre Situation natürlich nicht verschlechtern. Wie schlimm muß es dann um die Personalpolitik der Landesregierung stehen, wenn immerhin 43 Lehrer und Lehrerinnen aus Osnabrück in einer öffentlichen Anzeige folgendes fordern: durchgreifende Maßnahmen gegen den tiefschwarzen partei- und verbandspolitischen Filz in der Schulabteilung der Bezirksregierung Weser-Ems und seine schlimmen Auswirkungen an den Schulen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Das ist überall so!)

— Daß das überall so ist, ist mir klar. Nur, in diesem Falle haben einmal Menschen gewagt, es öffentlich zu sagen.

(Oestmann [CDU]: Das ist der Ausgleich zu den roten Lehrern! — Schlotmann [CDU]: Schröder hätte die alle rausgeschmissen!)

— Wissen Sie, es ist nicht mein Problem, was Herr Schröder tut; mein Problem ist, wozu sich diese Menschen öffentlich bekannt haben.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich denke, daß damit ein großer Skandal angesprochen worden ist und daß das nur wenig mit dem Amtseid zu tun hat, den die Minister geleistet haben, sich nämlich dem ganzen Volk gegenüber verantwortlich zu fühlen. Deshalb muß das hier auch genannt werden.

(Beifall bei den Grünen. — Stock [CDU]: Nur, wenn es als Anzeige gebracht ist, muß es ja nicht wahr sein!)

— Das ist doch schon gerichtsnotorisch, Herr Stock; das wissen Sie vielleicht auch, wo Sie aus der Gegend kommen.

Ich komme zum Abschluß. Wenn Sie so fortfahren — nach dem, was personell und inhaltlich in den Koalitionsverhandlungen herausgekommen ist, befürchte ich das —, nämlich die Sonderinteressen bestimmter Wirtschaftsgruppen, Verbände und insbesondere die des CDU-Personalfilzes zu vertreten, dann werden wir in der Opposition nicht nur in der Sache hart, sondern auch erbittert sein, und unsere Erbitterung wird die zunehmende Verbitterung der vielen widerspiegeln, für deren persönliche und politische Bedürfnisse Sie nur den Ratschlag haben, ihren Wohnort zu verlassen,

(Beifall bei den Grünen)

wie das Herr Albrecht im Falle des Briefes der Mutter eines an Pseudo-Krupp erkrankten Kindes gemacht hat.

(Stock [CDU]: Das Beispiel ist so abgenutzt und so unwahr, wie es nun schlimmer nicht geht!)

— Es ist weder abgenutzt noch unwahr, sondern es ist genauso skandalös, wie es von Anfang an war. Ich frage Sie: Was werden Sie den Eltern und Kindern raten, die durch den Bau der Konditionierungsanlage, durch Lingen II, durch Stade, Esenshamm, Grohnde, Asse II und Schacht Konrad, durch das Zwischenlager Gorleben und schließlich durch das Endlager Gorleben mit einem nachgewiesenen erhöhten Krebsrisiko und einem Risiko von Erbmassenmutation leben müssen? Wie sehen Ihre guten Ratschläge für diejenigen aus, die in der Todeszone dieser atomaren Anlagen in Niedersachsen leben müssen? Wenn Sie mir darauf eine befriedigende Antwort geben könnten, wären wir bereit, mit Ihnen eine Koalition einzugehen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Bevor ich dem Abgeordneten Hildebrandt das Wort erteile, möchte ich den Damen und Herren Abgeordneten mitteilen, daß nach der Aussprache über die Regierungserklärung eine ca. einstündige Mittagspause stattfindet.

Herr Kollege Hildebrandt, Sie haben das Wort!

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte dem Kollegen Schröder gerne direkt gesagt — ich muß es nun vermitteln lassen; da kommt

er —, daß ich doch sehr beeindruckt war, wie er mit seiner Niederlage umgegangen ist. Ich frage mich nur: Wie wären Sie mit Ihrem Sieg umgegangen, Herr Schröder?

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU.
— Schröder [SPD]: Ein paar solcher Niederlagen, und wir hätten eine Zweidrittelmehrheit!)

Wir haben heute einen Mann erlebt, der sich Mut macht, hier vier Jahre lang harte Oppositionsarbeit zu leisten.

(Schlotmann [CDU]: Acht Jahre! — Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP.)

— Es mag sein, daß ihm vier Jahre schon zu lang sind und er neue Perspektiven für sich sucht. Das weiß man nicht!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Sieg der Koalitionsparteien ist ein denkbar knapper Sieg, aber ein knapper Sieg ist besser als eine knappe Niederlage.

(Beifall bei der FDP.)

Alle Parteien sind in den Wahlkampf gegangen, um Zustimmung für ihre Politik zum Wohle dieses Landes und seiner Bürger zu erhalten. Dieses vorgegebene Ziel muß Grundlage für die Arbeit aller Fraktionen in diesem Hause sein; denn die Wahlen sind zwar vorbei, die Probleme, die dieses Land trotz hoffnungsvoller Lösungsansätze hat, sind aber geblieben:

(Beifall bei der FDP — Küpker [FDP]: Sehr wahr!)

eine unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft, eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit. Dabei, Herr Schröder, ist natürlich der Vergleich zwischen Bremen und Niedersachsen nicht besonders geeignet. Ebenso wenig geeignet ist aber auch der Vergleich zwischen 1976 und 1986. Geblieben sind auch überalterte Industriestrukturen, benachteiligte Küstenregionen und Probleme in der Umwelt und Landwirtschaft.

Das Urteil zum Länderfinanzausgleich und die zurückgehenden Erdölförderzinseinnahmen erleichtern die Situation des Landes nicht.

Dies sind Hypotheken, zu deren Abtragung der Konsens über die Blöcke hinweg notwendig ist. Zumindest aber sollten wir uns, wenn wir den Konsens nicht erreichen und wenn wir schon meist in Blöcken abstimmen, die Freiheit nehmen, über die Blöcke hinaus zu denken und eine Sprache zu pflegen, die das Gespräch zwischen den Fraktionen noch zuläßt. Dies war in der letzten Legislaturperiode möglich, und ich würde

Hildebrandt

mich freuen, wenn das trotz dieses Präludiums heute auch für die zukünftige Zeit denkbar ist.

(Beifall bei der FDP.)

Wir Liberalen sind in den Wahlkampf gegangen mit unserer politischen Idee, die bestimmt ist durch das Bild vom selbständig denkenden, eigenverantwortlich handelnden und schöpferischen Menschen.

(Oestmann [CDU]: Aus eigener Kraft!)

Daraus leitet sich das unbedingte Eintreten der Liberalen für jedes einzelne Individuum, für seine unveräußerlichen Rechte, für die Chance des einzelnen, seinen Lebensentwurf möglichst weitgehend selbst zu bestimmen, ab. Diese Idee fand ihren Niederschlag in unserem Wahlslogan: „Mit eigener Kraft in die Zukunft“.

(Beifall bei der FDP.)

In diesem Satz steckt unser Wille, die Entwicklung der Gesellschaft durch die Förderung der Selbstbestimmung des Menschen voranzutreiben. In diesem Satz steckt auch unser Glaube an den Fortschritt durch Vernunft und auch die Erkenntnis, wie sie Karl Popper formulierte: „Von allen politischen Idealen ist der Wunsch, den Menschen glücklich zu machen, vielleicht der gefährlichste.“ Aus diesem gedanklichen Hintergrund resultierte auch unser Kampf gegen eine rot-grüne Mehrheit in Niedersachsen, den wir erfolgreich bestanden haben und dessen Ergebnis wir auch sichern werden.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von Frau Dr. Dückert [Grüne].)

Aus dieser Einschätzung resultierte auch die Entscheidung für die Koalition mit der CDU. Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen — sie können sich sehen lassen — rechtfertigen diese Entscheidung. Es liegt im Charakter eines Koalitionsvertrags, daß darin stärker die Veränderungen bisheriger Politik und die Zielprojektion künftiger CDU/FDP-Politik festgeschrieben werden und weniger einzelne Lösungsschritte.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Die liefern Sie dann noch nach!)

Wir werden in Zukunft hart und fair um diese einzelnen Schritte auf dem Wege zu einer neuen Politik ringen. Der Geist der Koalitionsverhandlungen hat deutlich gezeigt, daß sich unser Koalitionspartner nicht nur mit der neuen Situation politischer Machtverteilung in Niedersachsen abfindet, sondern auch den Willen hat, die kommenden vier Jahre einer gemeinsamen Regierung

in fairer Partnerschaft und zum Nutzen des gesamten Landes erfolgreich zu gestalten.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU.)

Herr Schröder hat sich in seinem Beitrag deutlich an der FDP gewetzt. Ich kann dies verstehen; denn von unserem Wiedereinzug in den Niedersächsischen Landtag hing es ja ab, wer wirklich der neue Ministerpräsident werden würde. Bei seinem Reiben an uns ist aber auch deutlich geworden, wie sehr sich jemand, der in der Sache wenig zu sagen hat, in ein Herumnörgeln an Personen und an politischen Gegnern flüchten muß.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU.)

Wenn Herr Schröder von dem neuen politischen Stil spricht, dann denkt er wohl daran, einem Kannibalen Messer und Gabel in die Hand zu drücken. Auch dies kann ich verstehen.

Ich nehme zur Kenntnis, daß Herr Schröder das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen noch immer ungläubig bestaunt und daß er nicht versteht, wie wenig seine gesammelten Vorurteile uns Liberalen gegenüber — aus seiner Verbitterung heraus verständlich — den konkreten Ergebnissen dieser Verhandlungen standhalten. Er muß sich dies auch noch bestätigen lassen

(Fuchshuber [CDU]: Er muß jetzt auch mal zuhören!)

durch Berichte und Kommentare in Zeitungen und Magazinen, die ihm sicherlich näherstehen als uns und die festhalten, daß das Koalitionspapier deutlich eine liberale Handschrift trägt.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU. — Lachen eines Abgeordneten der SPD-Fraktion.)

— Herr Kollege, ich darf Ihnen die „Frankfurter Rundschau“ nennen. Ich darf Ihnen die „Süddeutsche Zeitung“ nennen. Ich darf Ihnen die „Neue Presse“ nennen. Ich darf Ihnen den „Spiegel“ nennen. Ich empfehle Ihnen wirklich, einmal die Publizistik, die sich mit dem Wahlergebnis und mit dem Ergebnis dieser Koalitionsverhandlungen beschäftigt hat, zur Kenntnis zu nehmen.

Die Sozialdemokraten werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Albrecht-Politik durch eine Politik der CDU/FDP-Regierung abgelöst wird.

(Lachen bei der SPD.)

— Das ist schmerzlich, aber es ist so.

(Unruhe bei der SPD.)

In dieser Koalition mit der CDU eint uns die gemeinsame Grundüberzeugung, daß der Staat oder die Politik der großen Organisationen nicht in irgendeiner Art das Leben der Bürger verplanen oder aus angeblicher Fürsorge bevormunden dürfen. Vielmehr ist es oberstes Ziel der Politik dieser Koalition, die Kraft der Menschen und ihre Eigeninitiative zu fördern.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von den Grünen: Das Ziel ist, daß jeder von Ihnen Posten kriegt!)

Dort allerdings, wo Mitbürger nicht, noch nicht oder nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu helfen, müssen wir als Gesamtheit helfen und Verantwortung übernehmen. Dies gilt vor allem für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, aber auch für die Hilfe für Ältere, Behinderte, Ausländer und Jugendliche. Deshalb haben die Stichworte Wirtschaft, berufliche Qualifikation, Technologie und Finanzen auch den notwendigen breiten Raum in der Regierungserklärung gefunden, deshalb hat die FDP-Fraktion auch in der letzten Legislaturperiode ihren Antrag zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher eingebracht. Um diese notwendige Hilfe zu geben, bedarf es nämlich einer leistungsfähigen Wirtschaft, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Daher müssen wir die Kraft insbesondere der mittelständischen Wirtschaft nachhaltig stärken, den technischen Fortschritt massiv unterstützen, die Struktur des Landes energisch verbessern und eine Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik betreiben.

(Beifall bei der FDP.)

Es bedarf, wenn wir diesem Lande und seinen Mitmenschen Zukunftschancen sichern wollen, — — —

(Unruhe.)

Vizepräsident Rehkopf:

Entschuldigung, Herr Kollege Hildebrandt. Meine Damen und Herren, ich bitte, auch dem Redner der vierten Fraktion noch Gehör zu schenken und ein bißchen mehr Ruhe einkehren zu lassen. — Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Hildebrandt (FDP):

Es bedarf, wenn wir diesem Land und den Menschen Zukunftschancen sichern und weiter eröffnen wollen, aber auch und vor allem der Förde-

rung von Originalität, Pluralität, Individualität und Freiheit der eigenen Entwicklungen, des eigenen Handelns, weil Originalität, Pluralität, Individualität und Freiheit des eigenen Handelns am ehesten in der mittelständischen Wirtschaft angesiedelt sind.

(Zempel [SPD]: Liberalität!)

Weil dies das Fundament für Mehrarbeit und Mehrbeschäftigung ist, ist eine aktivere Mittelstandspolitik notwendig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wichtig ist, daß der Leistungswettbewerb, in dem die mittelständische Wirtschaft steht, durch faire Rahmenbedingungen geregelt wird und Wettbewerbsverzerrungen zugunsten der Großen abgebaut werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zurufe von Zempel [SPD] und von Schörshusen [Grüne].)

Hilfe zur Selbsthilfe ist die Aufgabe aktiver Mittelstandspolitik. Mittelstandspolitik in Niedersachsen muß deshalb, ähnlich wie in anderen Bundesländern, stärker die besonderen Probleme einzelner Bereiche erkennen und lösen. Die Probleme sind im Handwerk anders als im Handel und in der Industrie. Das ist eine Banalität.

(Zempel [SPD]: Das ist allerdings wahr!)

Aber noch immer besteht zum Beispiel trotz zunehmender Bedeutung der Dienstleistung eine Diskriminierung dieses Bereiches bei der staatlichen Förderung. Und dies, obwohl für alle erkennbar die Umschichtung der Arbeitsplätze aus dem primären und sekundären Bereich in den Bereich der Dienstleistungen rasant fortschreitet. Hier entstehen Arbeitsplätze, und deshalb sehen wir mit Genugtuung, daß der Dienstleistungsbereich in die Förderprogramme des Landes mit einbezogen werden soll. Ohne Zweifel sind weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Arbeit und Wirtschaft notwendig, für die der Bund zuständig ist. Auch dazu sagt der Koalitionsvertrag einiges, und zwar unter dem Stichwort Steuerreform und Verbesserung der Eigenkapitalbasis. Aber auch der Abbau der Bagatellsteuern und der Wegfall der Gewerbesteuer sind angesprochen, dies natürlich immer mit einem entsprechenden Ausgleich für die Gemeinden.

(Zempel [SPD]: Woher kommt der? — Schmalstieg [SPD]: Dann machen Sie einmal einen Vorschlag! — Zempel [SPD]: Machen Sie einmal einen Vorschlag, woher das kommt!)

Hildebrandt

Und wer sagt, daß damit das Eigenleben der Gemeinde reduziert werde, stellt die Sache auf den Kopf. Genau das Gegenteil ist die Absicht, und genau das Gegenteil werden wir auch tun.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, hier erneut zu bekennen, daß für die FDP-Fraktion und auch für die Koalition der Forschungs- und Technologiebereich eine wesentliche Bedeutung als Grundlage für die Entwicklungsfähigkeit unseres Landes hat.

(Zempel [SPD]: Das ist doch auch nichts Neues mehr!)

Sie mögen dies schon allein an der Ressortierung des Technologiebereiches im Wirtschaftsministerium erkennen. Dies ist deshalb auch geboten, weil sich nur durch eine massive Technologiepolitik langfristig die Strukturen des Landes modernisieren und aktivieren lassen, Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden können. Eine so konzipierte Technologieförderung eröffnet Zukunftschancen für Wirtschaft und Beschäftigung. Gerade die technologische Entwicklung macht aber auch deutlich, daß auch im Interesse von Arbeit und Beschäftigung eine qualifizierte Bildungspolitik notwendig ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bestmögliche Bildungsangebote sind eine notwendige Zukunftsinvestition, sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft. Damit jeder seine individuellen Fähigkeiten entwickeln kann, muß das Bildungswesen offen und durchlässig sein und Angebote für lebenslanges Lernen bereithalten. Es muß sich für außerschulische Kultur- und Bildungsangebote öffnen; es muß auch für die neuen Medien offen sein, es muß ihre umfangreichen und vielfältigen Informationsangebote nutzen, aber auch ihre Gefahren ernst nehmen und bewußt machen. Und es muß für das gemeindliche Umfeld, für das reale Leben offen werden.

Deshalb muß das Schulgesetz grundsätzlich neuen Entwicklungen geöffnet werden. Daher begrüßen wir, daß es wieder Schulverfassungsversuche geben wird, daß neue Schulversuche möglich werden und daß im öffentlichen Schulsystem stärker als bisher unter anderem musische, kreative und handwerkliche Fähigkeiten gefördert und andere pädagogische Ansätze einbezogen werden sollen, um die Schule grundsätzlich für neue Entwicklungen offen zu halten und das öffentliche Schulwesen konkurrenzfähig zu halten.

Die FDP-Fraktion hat in der letzten Legislaturperiode Anträge zur Verbesserung der Situation der Hauptschule und zur reformierten gymnasialen Oberstufe eingebracht. Sie weisen die Richtung, in der wir die Weiterentwicklung des gegliederten Schulwesens sehen.

Vom Ministerpräsidenten ist ein Wort zur Orientierungsstufe gesagt worden. Wenn die Koalitionspartner in ihrem Vertrag zu diesem Thema nur die Richtung zur Fortentwicklung dieser Schulstufe angegeben haben, dann bedeutet das auch, daß die bisher bekannten Vorschläge Diskussionsbeiträge sind, ohne daß damit Lösungen festgeschrieben worden wären. Es wird notwendig sein, die Ergebnisse der Bestandsaufnahme gründlich zu prüfen und auszuwerten,

(Zempel [SPD]: Haben wir doch!)

um eine solide, den Kindern gerechter werdende Lösung zu finden.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU. — Zuruf von Zempel [SPD].)

Dies wird noch schwer genug sein, Herr Zempel.

Es sprengt beinahe den Rahmen, aber erlauben Sie mir dennoch, im Zusammenhang mit dem Stichwort „Bildung“ dem Kollegen Wernstedt zu empfehlen, den Koalitionsvertrag gründlicher als bisher zu lesen und daran seine Lust zur Interpretation von Texten zu erproben.

(Kaiser [SPD]: Da steht doch nichts drin!)

Dann wird er sicherlich zu einer neuen Einschätzung des Abschnitts unserer Vereinbarung zur Bildungspolitik kommen.

(Kaiser [SPD]: Das ist ein ganz bedeutender Abschnitt!)

— Wenn Sie das richtig gewichten, ja. Ich habe einige Ausführungen zur Öffnung des Schulgesetzes, zu Schulverfassungsversuchen und zu Schulversuchen gemacht, Herr Kollege Kaiser.

Erlauben Sie mir auch noch einen Nachsatz zur Ausbildungsnot und zur Jugendarbeitslosigkeit. Sie alle kennen die gemeinsame Erklärung der beiden großen Kirchen, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaftsverbände zur Jugendarbeitslosigkeit. Wir begrüßen ausdrücklich den Tenor dieser Erklärung und sehen in dieser Erklärung eine brauchbare und uns verpflichtende Grundlage.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von Bruns [Reinhausen] [SPD].)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit 36 Jahren ist das Grundgesetz der Bundesrepu-

blik Deutschland in Kraft. Es fordert die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klaffen Lücken. Einiges ist erreicht worden, vieles bleibt zu tun. Die Ungeduld der Frauen — das war gerade spürbar — wächst.

(Dehn [SPD]: Frau Schneider ist da recht geduldig!)

Sie stellen heute andere Ansprüche an das Leben als frühere Generationen. Sie erwarten ganz selbstverständlich, an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligt zu werden.

(Zuruf von den Grünen: Das ist auch eine Selbstverständlichkeit!)

— Richtig, deshalb habe ich es auch als solche bezeichnet, Frau Kollegin.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Unverzichtbare Voraussetzung dafür ist die Verwirklichung des Gleichberechtigungsgesetzes unseres Grundgesetzes. Neben den notwendigen gemeinsamen Anstrengungen ist auf dem Weg zur Erfüllung dieses Anspruchs die Einsetzung einer Frauenbeauftragten sicherlich ebenso wie der beantragte Ausschuß für Frauenfragen und Gleichberechtigung eine Hilfe.

(Beifall bei der FDP.)

Ich möchte nur daran erinnern, daß der ursprüngliche Antrag der SPD dahin ging, diesen Ausschuß als Gleichstellungsausschuß zu bezeichnen. Ich hoffe, daß damit nicht auch das Frauenbild der SPD klassifiziert worden ist.

(Zurufe von der SPD: Wie meinen Sie denn das? — Zempel [SPD]: Das müssen Sie einmal verdeutlichen!)

— Es ist in allen Bundesländern, in allen Behörden im Prinzip nur als eine Gleichstellung im Bereich des öffentlichen Dienstes verstanden worden.

(Widerspruch bei der SPD.)

— Natürlich! Sie kennen doch die einzelnen Einrichtungen, die Ihre Parteifreunde in anderen Bundesländern geschaffen haben.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Landwirtschaftspolitik wurde von uns nie als Politik für einen Berufsstand, sondern als eine Politik für den ländlichen Raum verstanden.

(Beifall bei der FDP. — Bruns [Reinhausen] [SPD]: Was sagen Sie denn zu der Kritik an Ertl?)

Doch zeichnet sich ab, daß die Perspektiven, die aus der schwierigen Lage der Landwirtschaft — — —

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Ertl ist völlig verschwunden!)

— Herr Bruns, Herr Ertl ist für diese Frage völlig verschwunden, wie Sie es letzten Endes auch schon sind. Ich müßte diese Kritik hier auch an Sie richten. Ich meine, Herr Bruns und Herr Ertl haben in bezug auf Fragen der Landwirtschaft eine lange gemeinsame Vergangenheit hinter sich.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Provozieren Sie mich nicht, sonst komme ich auch noch in den nächsten Landtag! — Gegenruf von Oestmann [CDU]: Die Drohung nehmen wir ernst!)

— Herr Bruns, ich fasse das nicht als eine Drohung auf, sondern würde mich aufrichtig freuen, wenn wir beide uns auch im nächsten Landtag wiedersehen würden.

(Aller [SPD]: Nur, weil Sie dann auch wieder drin wären! Das ist der einzige Grund! — Weitere Zurufe von der SPD. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie gesagt, wir haben diese Politik immer als eine Politik für den ländlichen Raum verstanden. Doch zeichnet sich ab, daß die Perspektiven, die aus der schwierigen Lage der Landwirtschaft herauszuführen sollen, vielleicht stärker als bisher die Zukunft des ländlichen Raumes berücksichtigen und gleichzeitig die häufig aufgestellte Forderung nach dem Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie ermöglichen.

(Beifall bei der FDP.)

So ist es zum Beispiel zum Schutze unserer bäuerlichen Familienbetriebe erforderlich, ihnen die Kapazitäten in der tierischen Veredelungsproduktion vorzubehalten.

(Zustimmung von Graetsch [FDP] und von Stock [CDU].)

Das heißt: Um zu verhindern, daß im Wettbewerb um die landwirtschaftliche Tierhaltung unerwünschte Großbetriebe zum Zuge kommen, müssen Bestandsobergrenzen gesetzlich festgelegt und mißbräuchliche Betriebsteilungen unterbunden werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Andererseits ist beim bäuerlichen Familienbetrieb auch unter dem Aspekt von Umweltbelastungen das Verhältnis der Viehstückzahlen zur Größe des bewirtschafteten Bodens in der Regel günstiger.

Hildebrandt

Die Gestaltungsmöglichkeiten, die das Land in der Landwirtschaftspolitik hat, sind begrenzt. So wird es unsere gemeinsame Aufgabe sein, Perspektiven zu entwickeln, die Agrarpolitik in einen gesamtwirtschaftlichen und ökologischen Rahmen besser einzubinden; die agrarpolitischen Maßnahmen finanzierbar zu halten und besser aufeinander abzustimmen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Berichte des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Problemen des Sonderabfalls in Niedersachsen, der zur Beratung gestellte Rahmenplan „Sonderabfall“ in Niedersachsen, die Diskussion in der letzten Legislaturperiode um Buschhaus, die Diskussionen um die Wasserentnahme in der Nordheide, um den Bau von Talsperren im Harz sowie die Belastungen von Boden, Luft und Wasser zeigen deutlich, daß mit den Wahlen die Probleme eines Landes nicht vorbei sind.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

Wir sind bereit, diese Probleme gemeinsam zu lösen.

(Zuruf von den Grünen: Damit hätten Sie schon mal anfangen müssen!)

Das wird nicht prinzipiell dadurch leichter werden, daß wir nun ein Umweltministerium haben.

(Bartels [SPD]: Auch richtig!)

Aber die von uns geforderte Bündelung von Kompetenzen und Funktionen in diesem neuen Ministerium wird es erleichtern, die Arbeit effizienter, wirkungsvoller und sicherlich auch sensibler zu gestalten.

(Beifall bei der FDP. — Schörshusen [Grüne]: Wo keine Kompetenz ist, nützen auch keine Bemühungen!)

Wir wünschen dem neuen Umweltminister in diesem schweren Amt eine zupackende, ordnende und glückliche Hand.

(Beifall bei der FDP. — Trittin [Grüne]: Ich wünsche ihm eine baldige Reise zu Joschka!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die bestürzenden Erfahrungen, die wir alle im Zusammenhang mit Tschernobyl machen mußten, haben dazu geführt, daß der Einsatz der Kernenergie neu überdacht werden muß.

(Beifall bei der FDP.)

Diese Erfahrungen konnten auch bei der Beratung des Koalitionspapiers nicht außer acht gelassen werden. Sie führen zur Vorlage eines

Tschernobyl-Berichtes, von dem wir alle erwarten, daß darin auch die Defizite, die im Land Niedersachsen bei der Information der Bürger, bei der Bewertung der Strahlengefahren und im Bereich des Katastrophenschutzes auf allen Ebenen staatlichen Handelns aufgetreten sind, schonungslos analysiert werden.

(Zempel [SPD]: Haben Sie „schonungslos“ gesagt? — Das ist gut!)

Tschernobyl führt auch zu der Erkenntnis, daß an der Kernenergie verantwortlich nur noch so lange festzuhalten ist, wie nicht aus anderen Energiequellen unter vertretbaren ökologischen und wirtschaftlichen Bedingungen ausreichend Energie zur Verfügung steht.

(Beifall bei der FDP. — Zempel [SPD]: Wir kommen uns immer näher! — Dehn [SPD]: Das spricht dafür, daß Gefahren da sind!)

Damit erhält die Kernenergie den Charakter einer Übergangstechnologie.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Was sagt Hirsche dazu?)

Daraus resultiert der Wille, die Bemühungen des Landes zur Forschung und zum Einsatz alternativer Energien zu verstärken.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von den Grünen: Energieeinsparung! Weniger verbrauchen!)

Die Diskussion um Tschernobyl führt jedoch auch zu der Erkenntnis, daß ein schneller Ersatz für Kernenergie nicht möglich ist — begründet mit dem Wissen um die Begrenztheit fossiler Ressourcen und der Tatsache, daß die zusätzliche Nutzung von Kohle und Öl über die Grenzen der Belastbarkeit unserer Umwelt hinausführt. Ich denke dabei an das Waldsterben, an die Klimaveränderungen und an das Ansteigen des Meeresspiegels.

(Beifall bei der FDP.)

Auch das Potential zur Einsparung von Energie, das vorhin von Frau Hammerbacher-Richter angesprochen worden ist, ist begrenzt und führt nur teilweise aus diesem Dilemma heraus.

(Zuruf von Frau Schreiner [Grüne].)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine alte liberale Forderung ist die nach weniger Staat.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU.)

Dabei sind wir uns bewußt, daß der Staat in einer parlamentarischen Demokratie grundsätzlich Garant der Freiheit ist. Dennoch können aus der

Abwägung von Freiheit und Sicherheit Spannungen entstehen. Hier entscheiden wir Liberalen uns im Zweifel für die Freiheit.

(Beifall bei der FDP.)

Deshalb war es für uns so wichtig, uns im Bereich Inneres darauf zu einigen, daß wir zu einem neuen einheitlichen Polizeigesetz kommen, das die erforderlichen Rechtsgrundlagen zur Verbrechensbekämpfung, zur Gefahrenabwehr und zur Gefahrenverhütung schafft und das gleichzeitig die Datenerhebung durch die Polizei an die Notwendigkeit zur Aufgabenerfüllung bindet. Ein neues Polizeigesetz wird die notwendige deutliche Trennung bei den Einsatzbefugnissen zwischen der allgemeinen Gefahrenabwehr und der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten gestalten müssen und dabei auch klären, daß staatsanwaltschaftliche und polizeiliche Befugnisse nicht vermischt werden. Wir sind uns bewußt — der Ministerpräsident hat dies angesprochen —, daß die Polizei eine schwierige Aufgabe zu bewältigen hat und dies auch mit großer Verantwortung tut. Wir sind bereit, die notwendigen personellen und materiellen Grundlagen zu schaffen.

(Zustimmung bei der FDP. — Schörshusen [Grüne]: Deshalb auch neue Gummigeschosse!)

Aus den Ergebnissen des Zehnten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ziehen wir die Erkenntnis,

(Dehn [SPD]: Ich denke, dabei kommt nichts heraus!)

daß sowohl bei der Verbrechensbekämpfung als auch bei der Gefahrenabwehr nicht auf V-Personen und verdeckte Ermittler verzichtet werden kann. Dies setzt jedoch eine klare gesetzliche Regelung zum Einsatz von V-Personen und verdeckten Ermittlern voraus, die den Grundsatz berücksichtigt, daß V-Personen in keinem Fall Straftaten begehen dürfen.

(Zurufe von Zempel [SPD] und von Radloff [SPD].)

Dies war Inhalt unseres Antrages in der letzten Wahlperiode und ist Inhalt des Koalitionsvertrages.

Wir haben auch vereinbart, das Verfassungsschutzgesetz zu novellieren und es stärker auf das Recht der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung abzustellen. Damit ziehen wir die Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz.

(Dehn [SPD]: Von wann ist das?)

Wir haben ebenso eine stärkere Zuordnung des Datenschutzbeauftragten an das Parlament vereinbart.

Auf der Grundlage unseres Antrages aus der vergangenen Legislaturperiode wird es auch einen Ausländerbeauftragten geben. Die Koalitionsregierung wird sich bemühen, die Dauer der Asylverfahren zu verkürzen. Wir haben durchgesetzt, daß bei anerkannten Asylbewerbern, gegen deren Anerkennung ein Rechtsmittel eingelegt wurde, für die Dauer des Verfahrens eine Arbeitserlaubnis erteilt werden kann. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch erwähnen — dies hat sicherlich nicht direkt mit dem Land zu tun, ist jedoch bedeutsam —, daß die Koalitionspartner vereinbart haben, daß das Land Niedersachsen der Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Folter zustimmt, wobei sicherzustellen ist, daß hierdurch kein selbständiger Asylgrund geschaffen wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP setzt auf den mündigen Bürger.

(Dehn [SPD]: Und worauf setzt der Bürger? — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Ich bin erstaunt, daß hier Widerspruch kommt, Herr Kollege Dehn. — Nirgendwo sind seine Chancen, wirksam an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden, größer als in unseren Kommunen, in den Städten und Kreisen.

(Beifall bei der FDP.)

Deshalb wollen wir, daß die tatsächlichen Mitwirkungsmöglichkeiten verbessert werden, daß die gegen Minderheiten gerichteten Änderungen der Niedersächsischen Gemeindeordnung wieder aufgehoben werden

(Beifall bei der FDP — Ja, ja! bei der SPD — Zempel [SPD]: Das ist Ihr Egoismus!)

und unter anderem jedes Ratsmitglied antragsberechtigt ist. Es ist wirklich schon erstaunlich, wie Sie dies qualifizieren, Herr Zempel. Es als Egoismus zu bezeichnen, wenn jedes Ratsmitglied das Recht bekommen soll, Anträge zu stellen, ist schon erstaunlich.

(Beifall bei der FDP und bei den Grünen. — Zurufe von der SPD.)

Das zeigt, welche Vorstellungen Sie von der Mitwirkung der Bürger haben. Ich bin auch erstaunt darüber, daß Sie offenbar gegen die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen sind. Unterhalten Sie sich einmal unter anderem mit der Presse, was die dazu zu sagen hat.

Hildebrandt

Wir sind stolz darauf, daß wir den Minderheiten und den einzelnen Ratsmitgliedern wieder mehr Mitwirkungsmöglichkeiten einräumen können und daß wir die Ausschußöffentlichkeit wieder herstellen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir werden in Niedersachsen — wie auch auf Bundesebene — wieder zum Hare-Niemeyer-Verfahren zurückkehren, weil es nicht der einen oder anderen Partei nützt oder schadet, sondern weil es das gerechtere ist und die Stimmen der Bürger gleichgewichtiger bewertet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Kaiser [SPD]: Das ist schlichte Manipulation, was ihr hier betreibt! — Zuruf von Aller [SPD].)

— Herr Kollege Aller, es ist ja nicht ganz ohne Pikanterie, daß die Sozialdemokraten der Änderung von d'Hondt in Hare-Niemeyer offensichtlich nicht ohne Eigennutz zugestimmt haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Bruns [Reinhausen] [SPD]: Da könnte ich Ihnen Rechenbeispiele bringen! — Dehn [SPD]: Die kennt er doch alle! — Gegenruf von Oestmann [CDU]: Ihr müßt längerfristig denken!)

Ich möchte noch etwas zum Zwei-Stimmen-Wahlrecht sagen, Herr Kollege. Das Zwei-Stimmen-Wahlrecht wird den Wählern in Niedersachsen einen größeren Entscheidungsraum geben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

So wird der Wähler zum Beispiel die Möglichkeit haben, einen Sozialdemokraten vor Ort zu wählen, ohne gleichzeitig einen Ministerpräsidenten Schröder schlucken zu müssen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Unruhe und Widerspruch bei der SPD.)

Schließlich werden wir auch die Überprüfung der Gemeindegebietsreform bekommen mit dem Ziel einer endgültigen Befriedung der Gesamträume und der Entstehung leistungsfähiger Einheiten.

(Dehn [SPD]: Das ist schamlos, was Sie da machen! — Zuruf von Kaiser [SPD].)

Ich habe beispielhaft einige Fälle der niedersächsischen Landespolitik angesprochen und deutlich zu machen versucht, wie erkennbar liberale Handschrift das Regierungsprogramm für die nächsten vier Jahre bestimmt. Dies war das Ziel unseres Wahlkampfes. Dies ist auch der Auftrag

des Wählers. Die CDU und die FDP haben eine Koalition gebildet. Wir haben Vereinbarungen getroffen. Beide Partner stehen im Wort, ohne ihre Eigenständigkeit aufgeben zu müssen. Wir sind in den Wahlkampf gezogen mit dem Slogan „Mit eigener Kraft in die Zukunft“.

(Lachen bei der SPD und bei den Grünen. — Wernstedt [SPD]: Genau das haben Sie nicht geschafft!)

Wir werden jetzt mit gemeinsamer Kraft in die Zukunft gehen, damit es in Niedersachsen weiter aufwärtsgeht. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Für vier Minuten hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schole für die Fraktion der Grünen.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Begriff der Selbstbestimmung der Eigenverantwortlichkeit des Bürgers und der Bürgerin war gestern und heute ein sehr häufig gebrauchter Begriff — sei es in der Regierungserklärung von Herrn Dr. Albrecht, sei es von seiten der FDP, sei es in der sogenannten Isenseeschen Theorie der Eigenverantwortlichkeit — ausführlich dargestellt von Herrn Landtagspräsidenten Dr. Blanke — oder sei es auch in einem Interview von Herrn Dr. Remmers, der gestern dem ZDF gegenüber gesagt hat, auch im Umweltbereich müsse die Eigenverantwortlichkeit des Bürgers gestärkt werden.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo werden den Bürgern und Bürgerinnen dieses Landes überhaupt Möglichkeiten der Eigenverantwortlichkeit eingeräumt? Ich möchte hier einmal auf einige bewährte Beispiele zurückgreifen. Wenn ich Alkohol trinke oder Auto fahre,

(Bosse [SPD]: Hoffentlich nicht gleichzeitig!)

so handle ich doch in eigener Verantwortung. Ich bin mir der möglichen Risiken bewußt. Ich bin mir auch über die Folgen im klaren und kann es sein lassen, falls es mir als zu gefährlich erscheint. Aber nehmen wir einmal das Beispiel der Atomenergie. Da habe ich wie jede andere Bürgerin auch keine Wahl mehr. Hier wird mir von der Staatsgewalt ein kollektives Risiko diktiert, dem ich mich zu unterwerfen habe — ohne die Möglichkeit eigenverantwortlicher Entscheidung.

(Beifall bei den Grünen.)

Selbst da, wo diese Eigenverantwortung für den Bürger und für die Bürgerin noch in bescheidenem Maße möglich wäre — zum Beispiel beim Akteneinsichtsrecht, bei der Selbstüberwachung beispielsweise der Schadstoffbelastung der Luft und des Wassers, was wir gefordert haben und was vom Bürger gewünscht wird —, wird dies von der Landesregierung nicht gewollt.

(Beifall bei den Grünen.)

Statt dessen lese ich in der Regierungserklärung:

„Durch eine offene und aufklärende Informationspolitik werden wir dazu beitragen, daß die eher unbestimmten Verunsicherungen der Bürger abgebaut werden.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir brauchen keine Information zum Zwecke der Beruhigung.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir brauchen kein Public-Relations-Ministerium, das nur noch die Akzeptanz der Bevölkerung zu fördern hat für Dinge, die sowieso schon längst entschieden sind.

Darunter fällt auch das, was Herr Stock meinte, als er von der Akzeptanz der neuen Technologien in der Bevölkerung sprach. Herr Stock, Akzeptanz ist keine Vokabel, die einem demokratischen Politiker gut zu Gesicht steht!

(Beifall bei den Grünen.)

Akzeptanz beinhaltet nicht die eigenverantwortliche demokratische Willensbildung der Menschen, die Entscheidung ja oder nein, sondern Akzeptanz betreibt nur noch das unkritische Akzeptieren von Dingen, die den Bürgern von irgendeiner Obrigkeit sozusagen als unvermeidliches Schicksal vorgesetzt werden.

(Beifall bei den Grünen. — Oestmann [CDU]: Es reicht aus!)

— Es reicht nicht aus, die uns alle betreffenden Folgen von Tschernobyl mit Fachleuten hinter verschlossenen Türen zu diskutieren. Dies muß das Parlament in seiner gesamten Breite und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit, zum Beispiel im Rahmen einer Enquete-Kommission, tun.

(Beifall bei den Grünen.)

In der Regierungserklärung heißt es:

„Die Zielsetzung des Rahmenplanes Sonderabfallbeseitigung soll verfolgt werden.“

Ja, wofür hatten wir denn die jahrelange mühevollen Arbeit des Sondermüll-Untersuchungsausschusses, wenn der endlich einmal Handlungsbe-

reitschaft signalisierende Entschließungsantrag absolut ignoriert wird,

(Beifall bei den Grünen)

der von allen Parteien, auch — mit gewissen Einschränkungen — von den Grünen, verabschiedet worden ist? Warum keine Zusage, kein Wort zur konkreten Umsetzung der Forderungen und Empfehlungen dieses Ausschusses?

(Beifall bei den Grünen.)

Ich finde es ja ganz richtig, wenn sich Herr Dr. Remmers erst einmal bei dem Kollegen in Hessen umsehen will, wie er es gestern dem ZDF gegenüber sagte. Wir hoffen auch auf eine andere Umweltpolitik, die nicht so tut, als hätte es Tschernobyl nie gegeben,

(Beifall bei den Grünen)

wie es nach der Regierungserklärung von Herrn Dr. Albrecht den Anschein hatte.

Ganz zuletzt hoffen wir auch, daß dieses konzeptionslose peinliche Herumgeschiebe des Naturschutzes endlich aufhören möchte, mal dahin, mal dorthin — wohin denn jetzt bloß wieder? —, wie bei einem ungeliebten Kind, das man am allerliebsten ins Waisenhaus abschieben möchte.

(Beifall bei den Grünen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Öffentlichkeit ist doch schon der Eindruck entstanden: Der Naturschutz hat in dieser Landesregierung überhaupt kein Zuhause mehr!

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung beendet. Wir treten in die Mittagspause ein. Wiederbeginn der Sitzung ist 14.15 Uhr.

Unterbrechung: 13.08 Uhr.

Wiederbeginn: 14.19 Uhr.

Vizepräsident Bosse:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne die für die Mittagspause unterbrochene Sitzung wieder. Ich möchte Gelegenheit nehmen, mich auch bei Ihnen für die Wahl zum Vizepräsidenten des Niedersächsischen Landtages ganz herzlich zu bedanken.

(Beifall. — Auditor [SPD]: Das haben wir gern gemacht!)

Vizepräsident Bosse

Ich erwarte die Fortsetzung einer guten Zusammenarbeit mit denjenigen Damen und Herren des Niedersächsischen Landtages, die schon dem Landtag der 10. Wahlperiode angehörten, und ich bin ganz sicher, daß ich auch eine gute Zusammenarbeit mit denjenigen haben werde, die neu in den Landtag gekommen sind.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den Punkt

Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses — Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP — Drs 11/12

Nach Artikel 5 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung ist die Wahlprüfung Aufgabe des Landtages. Nach § 4 des Wahlprüfungsgesetzes werden die Entscheidungen des Landtages durch den Wahlprüfungsausschuß vorbereitet. Der Wahlprüfungsausschuß besteht aus sieben Mitgliedern und sieben Stellvertretern. Der Wahlprüfungsausschuß wird vom Landtag aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlperiode gewählt.

Ihnen liegt dazu, wie eingangs bemerkt, der Wahlvorschlag in der Drucksache 12 vor. Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? — Das geschieht nicht. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP in der Drucksache 12 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei Enthaltung der Fraktion ist dieser Wahlvorschlag einstimmig angenommen.

(Zurufe: Welcher Fraktion?)

— Der Wahlvorschlag in der Drucksache 12; das habe ich auch gesagt.

(Wernstedt [SPD]: Bei Enthaltung der Fraktion der Grünen! Sie haben gesagt: Bei Enthaltung der Fraktion! Es war nicht klar, welche!)

— Das habe ich nicht gesagt?

Ich rufe sodann auf den Punkt

Wahl der Mitglieder des Ausschusses nach § 2 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 GG (NAusfG zu G 10) vom 16.5.1969 (Nieders. GVBl. S. 117) — Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP — Drs 11/13 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/15

Nach § 2 des genannten Gesetzes besteht der Ausschuß aus fünf vom Landtag bestimmten Abgeordneten. Ich eröffne hierzu die Beratung. Wird das Wort gewünscht? — Bitte sehr! Das Wort hat der Kollege Schörshusen.

Schörshusen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen.

Wir sind der Auffassung, daß auch wir die Möglichkeit bekommen sollten, in diesem Ausschuß vertreten zu sein. Es geht hier um die Beschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses, insbesondere um die Überwachung und Berichterstattung durch den Innenminister im Ausschuß. Wir sind der Auffassung, daß auch wir im G-10-Ausschuß vertreten sein sollten, und beantragen deshalb, daß in dieser Fünferliste der CDU-Abgeordnete Ernst-Henning Jahn durch den Abgeordneten der Grünen Hannes Kempmann ersetzt wird.

(Beifall bei den Grünen. — Lachen bei der CDU.)

Herr Jahn, unsere Forderung ist nicht gegen Sie persönlich gerichtet, sondern das ist eine willkürliche Auswahl, weil wir uns irgendwo entscheiden müssen.

(Zurufe.)

Wir sind der Auffassung, daß die Koalition von CDU und FDP mit drei Mitgliedern in diesem Ausschuß überrepräsentiert ist. Wir meinen, daß es gute demokratische Gründe dafür gibt, die Grünen in diesen Ausschuß mit aufzunehmen. — Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zu den Abstimmungen, zunächst zur ersten Abstimmung. Die Fraktion der Grünen hat beantragt, den Wahlvorschlag in der Drucksache 13 in einer personell geänderten Fassung anzunehmen. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 15 abstimmen. Wer ihn annehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Dies ist ganz offensichtlich die Mehrheit. Wer enthält sich? — Niemand. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung. Jetzt stimmen wir ab über den Wahlvorschlag der Frak-

tionen der CDU, der SPD und der FDP in der Drucksache 13. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich noch einmal um das Handzeichen. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Bei Ablehnung durch die Fraktion der Grünen ist dieser Wahlvorschlag mit großer Mehrheit angenommen.

Ich erteile jetzt das Wort der Kollegin Hammerbacher-Richter zu einer persönlichen Bemerkung gemäß § 76 unserer Geschäftsordnung.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Meine Herren und Damen! Ich möchte nur etwas richtigstellen. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß Zwischenrufe und Bemerkungen gemacht worden sind, als wir die Kandidatur von Frau Deppe für eine Vizepräsidentschaft angekündigt haben. Ich muß richtigstellen — ich war einem Mißverständnis aufgesessen —, daß der Zwischenruf „Lesbe“ nicht aus den Reihen der SPD, sondern aus den Reihen der CDU kam.

(Schröder [SPD]: So ist es!)

Ich hoffe, daß die SPD hiermit befriedigt ist. Am Tatbestand ändert sich hierdurch aber nichts.

(Zurufe.)

Vizepräsident Bosse:

Vielen Dank, Frau Kollegin.

Frau Kollegin Hammerbacher-Richter, bei dieser Gelegenheit möchte ich bemerken, daß zwar nirgendwo vorgeschrieben ist, sondern daß es den Abgeordneten überlassen ist, wie eine Rede begonnen werden soll. Es ist aber üblich, eine Rede mit der Anrede „Herr Präsident! Meine Damen und Herren!“ zu beginnen.

(Beifall bei der CDU. — Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Ich werde es mir angewöhnen!)

— Ich helfe Ihnen gern dabei.

Ich rufe jetzt auf:

Parlamentarische Kontrollkommission — Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/7 — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/8 — Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/9 — Wahlvorschlag der Fraktion der SPD — Drs 11/10 — Wahlvorschlag der Fraktion der Grünen — Drs 11/11

Ich eröffne die Beratung. Wird hierzu das Wort gewünscht? — Das Wort hat der Kollege Schröder.

Schröder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem Antrag der SPD-Fraktion etwas sagen, weil dieser Antrag dem Landtag empfiehlt, die Kontrolle des Verfassungsschutzes so zu organisieren, daß jede der im Landtag vertretenen Fraktionen an dieser Kontrolle beteiligt werden kann und beteiligt ist. Ich halte das deshalb für vernünftig, weil wir uns nicht angewöhnen sollten, vor dem Hintergrund einer demokratischen Wahl Aufteilungen vorzunehmen und damit Wertungen abzugeben, die im Parlament vertretene Fraktionen im Vergleich zu anderen anders behandeln, als das vernünftig und üblich ist.

(Schörshusen [Grüne]: Das trifft auf den G-10-Ausschuß auch zu!)

— Natürlich trifft das auch darauf zu! — Ich bin deshalb der Auffassung, daß der Fraktion der Grünen, völlig unabhängig von dem, was sie politisch vertritt, einfach aus demokratischen Gepflogenheiten heraus die Möglichkeit eingeräumt werden muß, an der Kontrolle des Verfassungsschutzes teilzunehmen. Es gibt keinen wirklich sachlichen Grund, der es gestattet, einen solchen Antrag abzulehnen, es sei denn, man will Qualifizierungen vornehmen, die vor dem Hintergrund der Wahl nicht vorgenommen werden dürfen.

Das ist der Grund, warum wir den Antrag eingebracht haben. Wir bitten Sie, ihm zuzustimmen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist der Kollege Kempmann.

Kempmann (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schröder, ich danke Ihnen sehr für die Vorrede. Ich hätte mir allerdings gewünscht, daß Sie die gleiche Vorrede auch gehalten hätten, als es gerade um die G-10-Kommission ging.

Ich meine, die Kontrolle des Verfassungsschutzes ist insbesondere deshalb eine ernste Angelegenheit, weil der Verfassungsschutz in der jüngsten Zeit in dieser Republik im allgemeinen und im Lande Niedersachsen im besonderen ins Zwielficht geraten ist.

(Zuruf von der CDU: Durch wen denn?)

— Auch unter tatkräftiger Mithilfe der vorigen Landesregierung! — Er entpuppt sich mehr und mehr als Staat im Staate, der sich der wirksamen

Kempmann

Kontrolle zu entziehen versucht. Auch der vorige Innenminister, Herr Möcklinghoff, hat die Kontrolle nicht so ganz hinbekommen. Das war wohl ein Grund dafür, warum er jetzt den Hut nehmen mußte.

Spätestens seit dem Skandal um das Celler Loch ist für jeden klar: Eine wirksame parlamentarische Kontrolle ist dringend notwendig. Ich meine, eigentlich wäre dabei der Landtag in seiner Gesamtheit gefordert. Das Gesetz schreibt aber eine parlamentarische Kontrollkommission vor. Ich will nicht darüber streiten, ob diese Kommission mit ausreichenden Befugnissen ausgestattet ist; ich würde das eher bezweifeln.

Die PKK war in der letzten Legislaturperiode mit sechs Abgeordneten besetzt: drei von der CDU und drei von der SPD. Heute liegen uns zwei Anträge zur Beschlußfassung vor. Die Stoßrichtung des Antrages der Zählgemeinschaft ist völlig klar. Die Zahl der Mitglieder soll auf fünf reduziert werden — zwei für die CDU, eins für die FDP und zwei für die SPD —, um die Fraktion der Grünen auszuschließen. Was Sie damit bewirken, ist natürlich auch klar: Sie wollen den Landtag in Abgeordnete erster Klasse und in Abgeordnete zweiter Klasse teilen. Mir persönlich macht dies nicht so sehr viel aus. Ich denke, meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen geht es genauso. Wir haben genug Selbstvertrauen, um es durchzustehen, wenn Sie uns ausgrenzen wollen. Was Sie damit in Wirklichkeit aber bezwecken wollen, ist, daß Sie auch die Wähler der Grünen ausgrenzen wollen. Das ist die Fortsetzung Ihrer schmierigen Wahlkampfparolen, in denen Sie die Grünen als Verbrecher bezeichnet haben.

(Beifall bei den Grünen.)

Das ist die Fortsetzung dessen, was Sie in der Regierungserklärung angekündigt haben, nämlich eine Politik zu machen, die nur für einen Teil des Volkes bestimmt ist, und den anderen Teil auszugrenzen.

Nun wundert es mich sehr, daß die FDP diesen Antrag mit unterstützt. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, haben Sie doch noch vor wenigen Wochen gefordert, daß jede Fraktion in der PKK vertreten sein müsse. Wenn Sie bei diesem Antrag bleiben — was ich gar nicht glauben kann —, dann heißt das doch, daß Sie beim Gang auf die Regierungsbank an der Garderobe auch Ihre politische Moral abgegeben haben.

(Beifall bei den Grünen.)

Dann sieht ja immer alles anders aus. Wenn man auf der Regierungsbank sitzt, will man das Vorherige nicht mehr so richtig wahrhaben.

Der Antrag der Koalitionsparteien ist auch nicht durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar dieses Jahres gedeckt. Dort heißt es nämlich — ich zitiere sinngemäß —, daß es nur aus zwingenden Gründen des Geheimschutzes verfassungsrechtlich hinzunehmen sei — hinzunehmen, nicht geboten! —, daß einzelne Fraktionen bei der Besetzung eines Ausschusses unberücksichtigt bleiben. — Nun frage ich Sie: Welche neuen Erkenntnisse im Hinblick auf den Geheimschutz sind Ihnen denn in letzter Zeit gekommen, daß Sie jetzt die Zahl der Mitglieder der PKK von sechs auf fünf reduzieren wollen? Sie haben gleich Gelegenheit, das hier noch einmal zu begründen.

Wenn Sie bei diesem Antrag bleiben, dann sind Sie in der Tat verpflichtet — so meine ich —, die Gründe für den Ausschluß der Grünen und damit auch den Ausschluß ihrer Wähler aus der PKK zu benennen. Sie sind verpflichtet, hier zu sagen, aus welchen Gründen Sie dem Abgeordneten Trittin, den wir zur Wahl in dieses Gremium vorgeschlagen haben, einen Sitz in der PKK verweigern wollen. Seien Sie doch so mutig, kommen Sie hierher, und reden Sie Klartext! Ich denke, in Wirklichkeit scheuen Sie eine echte demokratische Kontrolle des Verfassungsschutzes. Vermutlich haben Sie dafür gute Gründe.

Die Fraktion der Grünen wird den Antrag der SPD-Fraktion jedenfalls unterstützen.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat der Abgeordnete Jahn.

Jahn (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Spätestens seit gestern müßte den Oppositionsfraktionen klar sein, daß es eine Zählgemeinschaft gibt und daß es auch nichts Ehrenrühriges ist, wenn die Zählgemeinschaft ihre Möglichkeiten im Parlament dahingehend nutzt,

(Kaiser [SPD]: Das paßt wieder so recht zu Ihnen!)

daß auch in der Parlamentarischen Kontrollkommission bei fünf Mitgliedern drei Mitglieder von der Zählgemeinschaft gestellt werden.

(Kempmann [Grüne]: Warum wollen Sie denn nicht sechs Mitglieder? — Weiterer Zuruf: Die Minderheitenrechte werden unterdrückt!)

Herr Schröder, ich verstehe schon, daß Sie hier vorgetragen haben, warum Sie der Auffassung

sind, daß die Grünen über die Parlamentarische Kontrollkommission auch an der Kontrolle des Verfassungsschutzes beteiligt werden sollen.

(Wernstedt [SPD]: Wir haben nicht über Gründe geredet, wir haben über Minderheiten geredet!)

Sie werden diese taktischen Fragen sicherlich noch häufiger hier vortragen und das wahrscheinlich auch vier Jahre lang durchhalten.

Nur, was Sie nicht wissen können — vielleicht haben Sie es auch nicht nachgelesen —: Der Kollege Neddermeyer hat in der vorigen Legislaturperiode für die Grünen im Zusammenhang mit der Besetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission hier vorgetragen:

„Wir haben schon erläutert, daß wir den Verfassungsschutz, der sich zum Staatsschutz entwickelt hat, für überflüssig und für schädlich halten. Wir lehnen es daher auch ab, uns in einer Kontrollkommission an Schnüffelpraktiken zu beteiligen, die wir ablehnen.“

(Kaiser [SPD]: Sollen wir alle Ihre Beschlüsse auch hier vorlesen?)

— Verehrter Herr Kaiser, nun kann man sagen, das war damals richtig, man hat die Meinung geändert und kommt heute zu einem anderen Standpunkt.

(Mönninghoff [Grüne]: Damals wußten wir auch noch nichts vom Celler Loch und Ihren Methoden!)

— Regen Sie sich nicht so auf, Sie wollen doch jetzt vier Jahre durchhalten. Sie wechseln ja nicht mehr!

Mir liegt hier der Informationsdienst der Landtagsfraktion der Grünen, Nr. 15, aus diesem Jahr vor. Er befaßt sich eingehend mit dem Verfassungsschutz. Es heißt dort: „nach Landesart: Bomben auf Bestellung.“

(Zuruf von den Grünen: So war es doch!)

— Sie können sich ja nachher noch dazu auslassen. — Da wird dann interessanterweise auch gesagt, wie man heute zum Verfassungsschutz steht. Das ist sehr gradlinig. Ich glaube, daß Herr Neddermeyer damals recht hatte. Hier heißt es:

„Wir meinen, der Verfassungsschutz gefährdet die Demokratie.“

(Beifall bei den Grünen.)

— Ich will Ihnen die Zeit für den Beifall geben; der soll ruhig ins Protokoll.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Gerne!)

„Eine offene Gesellschaft kann nicht mit geheimdienstlichen Mitteln verteidigt werden. Das Abhören von Telefonen ist kein Ersatz für eine argumentative Auseinandersetzung.“

(Beifall bei den Grünen.)

„Der Verzicht auf den Schnüffelstaat sichert nicht nur demokratische Rechte, er ist auch preiswert.“

(Beifall bei den Grünen.)

Ich will Ihnen ja nicht bestreiten, daß man einen solchen Standpunkt einnehmen kann, aber wer im Niedersächsischen Landtag den Antrag stellt — das hat Ihre Vorgängerfraktion gemacht —, dem Verfassungsschutz alle Mittel zu entziehen, die er benötigt, um überhaupt arbeiten zu können, wer den Verfassungsschutz auflösen will, der kann doch hier in der Argumentation wohl nicht ernsthaft deutlich machen wollen, daß er bereit ist, den Verfassungsschutz zu kontrollieren.

(Zurufe von den Grünen.)

Sie wollen den Verfassungsschutz arbeitsunfähig machen; mehr wollen Sie nicht. Das ist doch der Tatbestand.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, wir sollten die Argumente auf den Tisch legen, dann muß ich Ihnen folgendes sagen: Zu den Argumenten gehört erstens die taktisch-praktische Frage, daß uns aufgrund der Zählgemeinschaft drei Sitze zustehen, der SPD nur zwei Sitze zustehen und Sie leer ausgehen. Der zweite Punkt ist klipp und klar folgender: Wenn Sie Ihr Verhältnis zum demokratischen Rechtsstaat wandeln, dann haben Sie auch das Recht, in der Parlamentarischen Kontrollkommission mitzuarbeiten. Aber jemand, der die Spielregeln dieses Hauses nicht beachten will

(Kempmann [Grüne]: Das ist eine Unverschämtheit!)

und der sich ständig dagegen versteigt — ich kann Ihnen zig Zitate mitbringen —, der wird eben nicht damit rechnen können,

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Wer hat die Bombe gelegt?)

daß er bei uns so viel Toleranz findet, wie Herr Schröder offenbar bereit ist, in dieser Frage zuzugestehen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat nunmehr der Kollege Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mich überrascht natürlich etwas die Argumentation von Herrn Schröder, wenn ich sie der gegenüberstelle, die er vorhin bezüglich des G-10-Ausschusses vorgetragen hat. Das wurde von dem Kollegen schon angemerkt.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Anscheinend wechselt die Argumentation von Tagesordnungspunkt zu Tagesordnungspunkt.

(Gansäuer [CDU]: So ist das!)

Zu den Grünen muß ich ganz allgemein sagen, daß uns auch die Beiträge von vorhin kein erkennbares Zeichen dafür gegeben haben,

(Zuruf von Auditor [SPD])

daß sich ihre Position zum Verfassungsschutz grundlegend geändert hat.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Das ist doch auch keine Voraussetzung, um da hineinzukommen! — Zuruf von Schörshusen [Grüne]. — Unruhe.)

Ich kann nur sagen, daß wir eine Zählgemeinschaft gebildet haben. Wir nehmen die darin liegenden Möglichkeiten natürlich für uns wahr; das ist keine Frage. Wir haben aber auch ein anderes Verhältnis zum Verfassungsschutz. Das wird wahrscheinlich auch — — —

(Kempmann [Grüne]: Deshalb können Sie nicht allein kontrollieren! — Weitere Zurufe von den Grünen.)

— Natürlich.

(Weitere Zurufe von den Grünen.)

— Nein, nein. — Wir sagen: Wir brauchen den Verfassungsschutz, aber wir müssen ihn natürlich auch kontrollieren.

(Zuruf von den Grünen: Sie scheuen die Kontrolle, nichts weiter!)

Im Unterschied zu Ihnen war das auch schon vor vier Jahren unsere Position. Da Ihre Argumentation gleichgeblieben ist, ist es nun wirklich nicht unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Sie da mit hineinkommen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU. — Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Sie haben nur Angst, daß wir Ihnen in die Karten gucken!)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Trittin, jetzt haben Sie das Wort.

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Jahn, ich freue mich ja immer, wenn Sie Texte zitieren, die ich einmal verfaßt habe. An diesen Texten gibt es auch in dem Sinne nichts zu rütteln.

(Hildebrandt [FDP]: Sehr eindeutig! Das ist richtig!)

— Völlig korrekt zitiert; das bescheinige ich Ihnen hier gern in aller Öffentlichkeit. Völlig korrekt ist auch die Wiedergabe unserer Auffassung, daß so etwas wie der Verfassungsschutz in unseren Augen — das haben wir in diesem Text etwas detaillierter belegt — in vielen Punkten gefährlich und auch überflüssig ist.

Die Diskussion bei den Grünen ist weitergegangen. Das ist genau der Punkt. Sie haben uns ja immer so nahegelegt, daß wir erst einmal lernen müßten. In diesem Punkt haben wir Lernfähigkeit demonstriert. Wir sind heute nicht in der Lage, unsere Vorstellungen darüber, wie man mit diesem Problem umgeht, in Gänze umzusetzen. Wir glauben aber, daß auch das ungenügende Instrument der PKK immer noch ein besseres Kontrollinstrument ist als gar keines.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir sind der festen Überzeugung, daß die gesamte Argumentation, die Sie hier zur Zählgemeinschaft vorgetragen haben, die ganze Zeit einen Punkt umschiff, nämlich den Punkt, daß Sie in der letzten Legislaturperiode darauf verzichtet haben, in dieser PKK die Mehrheit zu haben — ich vermute, aus gutem Grund —, und daß Sie jetzt willkürlich die Zahl der Sitze in der PKK von sechs auf fünf reduzieren. Dazu ist von Ihrer Seite überhaupt kein Argument gekommen, auch nicht mit dem pauschalen Hinweis auf die Zählgemeinschaft.

Schließlich halte ich es für schlichtweg unerträglich, daß die Beteiligung an bestimmten Ausschüssen, an demokratischen Kontrollorganen dieses Landtags davon abhängig gemacht wird — wie das von Ihnen und auch von Herrn Hildebrandt getan worden ist —, daß diejenigen, die in solche Gremien hineinkommen, vorher gefälligst eine bestimmte politische Haltung einnehmen.

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung bei der SPD.)

Was Sie verlangen, ist, daß nur derjenige den Verfassungsschutz kontrollieren darf, der vor dieser Institution sozusagen im vorausseilenden Gehorsam auf dem Bauch liegt.

(Beifall bei den Grünen. — Grill [CDU]:
Aber Sie vorverurteilen doch!)

Diese Form von Kontrolle lehnen wir in der Tat ab. Wir lehnen es ab, uns, bevor wir einen Ausschuß besetzen, darauf überprüfen zu lassen, ob wir eine Haltung einnehmen, die der CDU oder der FDP genehm ist. Ich meine, gerade in den Äußerungen des Kollegen Hildebrandt ist genau das deutlich geworden, was Ihnen der Kollege Kempmann vorhin unterstellt hat: Es gibt in diesem Hause Parlamentarier erster und zweiter Klasse, genehme und nicht genehme Parlamentarier. Mit dem Beschluß, den Sie gleich fassen werden, stellen Sie fest: Die Grünen sind Parlamentarier zweiter Klasse. Ich danke Ihnen für diese Klarheit.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 8 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Danke sehr.

(Frau Langendorf [Grüne]: Beschämend! —
Kaiser [SPD]: Das ist nicht die Mehrheit! —
Zurufe von der SPD: Hammelsprung!)

Das letzte war die Mehrheit.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Das Präsidium ist der Meinung, daß das letzte die Mehrheit war. Wenn wir anderer Meinung gewesen wären, hätte ich jetzt zum Hammelsprung aufgerufen.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

— Begnügen Sie sich bitte damit, daß das Präsidium festgestellt hat, daß dies die Mehrheit war.

(Beifall bei der CDU.)

Wir kommen nun zu den weiteren Abstimmungen. Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 7 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich erneut um sein Handzeichen. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Danke sehr. Wer enthält sich? — Das erste war die Mehrheit.

Wir haben jetzt über die Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 9 und der Fraktion der SPD in der Drucksache 10 abzustimmen. Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 9 zustimmen will, den bitte ich erneut um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenstimmen! — Danke sehr. Die Enthaltungen! — Auch hier war das erste die Mehrheit.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD in der Drucksache 10. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich noch einmal um ein Handzeichen. — Danke sehr. Dies ist nun ganz offensichtlich die Mehrheit.

(Kaiser [SPD]: Das andere nicht?)

Wer ist dagegen? — Der Kollege Fuchshuber. Herr Kollege Fuchshuber, ich hatte schon zuvor gesehen, daß Sie da sind. Sie hätten deswegen nicht die Hand zu heben brauchen.

(Heiterkeit.)

Dieser Antrag ist angenommen.

Ich stelle abschließend fest: Der Wahlvorschlag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 11 kommt durch die Annahme des Antrages der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 7 nicht zum Zuge, da danach die Fraktion der Grünen kein Vorschlagsrecht hat.

Nun erteile ich dem Kollegen Stock das Wort zur Abgabe einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung gemäß § 77 unserer Geschäftsordnung.

Stock (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu der Debatte um die Vizepräsidenten hat hier zunächst Frau Hammerbacher-Richter für die Fraktion der Grünen eine Stellungnahme abgegeben. Sie hat gesagt, es habe einen Zwischenruf in hämischer Art und Weise von seiten der SPD-Fraktion gegeben. Bei der Diskussion darüber, daß die Grünen Frau Deppe gerne für den Vizepräsidenten nominiert hätten, sei in hämischer Form „Lesbe!“ gerufen worden. Dies hat sie eben korrigiert und gesagt, dieser Zwischenruf sei nicht von der SPD, sondern von der CDU gekommen.

(Zuruf von Bruns [Emden] [SPD].)

— Herr Bruns, vielleicht könnten Sie auch einmal auf einen Zwischenruf verzichten.

(Bruns [Emden] [SPD]: Dann verzichte ich auf den anderen!)

Stock

Ich habe das Protokoll prüfen lassen. Im Protokoll ist das weder für die eine noch für die andere Seite des Hauses protokolliert.

(Schörshusen [Grüne]: Das kam von hinten!)

Ich habe vorher mit Frau Hammerbacher-Richter und mit Frau Deppe gesprochen, um zu klären, ob man das, wenn der Zwischenruf denn gemacht worden wäre, im persönlichen Gespräch ausräumen könnte. Sie haben gesagt, sie seien nicht willens oder nicht in der Lage, den Namen zu nennen. Ich stelle hier nur fest, daß der Zwischenruf nicht im Protokoll steht. — Danke.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Stock, ich bin gehalten Ihnen zu sagen, daß die Kollegin Frau Deppe Vizepräsidentin werden wollte, aber nicht Vizepräsident.

(Heiterkeit bei der CDU. — Stock [CDU]: Jetzt ist sie beides nicht!)

Das bin ich dann geworden.

(Heiterkeit und Beifall.)

Ich rufe den letzten Tagesordnungspunkt auf:

Erste Beratung: Einsetzung eines Elften Parlamentarischen Untersuchungsausschusses — Antrag des Abg. Adam (SPD) u. Gen. — Drs 11/14

Der Antrag wird durch den Kollegen Milde eingebracht, dem ich das Wort erteile.

Milde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Terroristen haben gestern in unserem Land erneut gemordet. Den Angehörigen der Opfer gehört unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme.

(Zustimmung von Waike [SPD].)

Wir verurteilen diesen Mordanschlag. Wir wollen, daß die Mörder entdeckt werden und daß ihr abscheuliches Handeln für die Zukunft unmöglich gemacht wird.

(Beifall bei der SPD.)

Der Terrorismus ist ein Angriff auf unseren freiheitlichen, sozialen und demokratischen Rechtsstaat. Das gestrige Verbrechen entläßt uns nicht aus unserer Pflicht. Im Gegenteil, wir sind als politisch verantwortliche Abgeordnete erneut gefordert, die Polizei nicht allein zu lassen und ihr als Instrument im Kampf gegen Terrorismus und Kriminelle die Rechtsgrundlagen zu geben,

damit sie in diesem Kampf ohne Zweifel rechtsstaatlich handeln kann.

Meine Damen und Herren! Der Anschlag auf die Justizvollzugsanstalt Celle am 25. Juli 1978, der am 25. April dieses Jahres durch einen Pressebericht bekannt wurde, gehört in diesen Zusammenhang. Der Herr Ministerpräsident hat hierzu am Tage des Erscheinens des Presseberichts eine Regierungserklärung abgegeben. Der Rechtsausschuß und der Innenausschuß des Landtags haben sich in einer gemeinsamen Sitzung, der Innenausschuß darüber hinaus in einer zusätzlichen Sitzung von der Landesregierung über die Sachzusammenhänge informieren lassen.

In der Regierungserklärung hat der Herr Ministerpräsident die Verantwortung für den Sprengstoffanschlag übernommen. Diese Verantwortung kann der Ministerpräsident gegenüber dem Landtag übernehmen. Gegenüber den Bürgern unseres Landes sind wir alle verantwortlich. Diese Verantwortung kann nicht durch die Verantwortung des Herrn Ministerpräsidenten ersetzt werden.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der CDU: Das war aber eine Kurve, mein Lieber!)

Das, meine Damen und Herren, gilt um so mehr, als zum Beispiel der Herr Ministerpräsident im Innenausschuß erst auf Befragen erklärte, daß er in seiner Regierungserklärung vor dem Hohen Haus bewußt irreführend formuliert habe, als er nur von einem V-Mann sprach, wohl wissend — wie er nachträglich zugegeben hat —, daß es zwei V-Leute gegeben hat.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Die von mir erwähnten Sitzungen des Rechtsausschusses und des Innenausschusses sollten der Information der Abgeordneten dienen. Die geschäftsordnungsmäßigen Regelungen über die Ausschußberatungen ließen es nicht zu — das wissen Sie, meine Damen und Herren —, daß der umfangreiche, zugleich aber auch sehr sensible Fragenkomplex, der unserem Antrag zugrunde liegt, mit der notwendigen Schlüssigkeit aufgeklärt werden konnte.

Bei uns, bei den Sozialdemokraten, sind Zweifel zurückgeblieben. Bis heute ist zum Beispiel ungeklärt, welche Darstellung — die des zur damaligen Zeit verantwortlichen Direktors des Landeskriminalamtes Niedersachsen oder die des Leiters der Abteilung 4 im Innenministerium — über den Einsatz des speziell eingesetzten Ziel-fahndungskommandos zutrifft.

(Gaunsäuer [CDU]: Ist das der Sozialdemokrat Frisch, Herr Milde?)

— Das tut jetzt nichts zur Sache. Ich wäre für treffendere Zwischenrufe und Bemerkungen dankbar, Herr Gansäuer.

(Jahn [CDU]: Das war sehr zutreffend, Herr Milde! — Gansäuer [CDU]: Ich frage doch nur mal! — Wernstedt [SPD]: Dann lösen Sie ihn doch ab, wenn er Fehler macht!)

— Meine Damen und Herren, ich werde gleich zitieren. — Der ehemalige Direktor des Landeskriminalamtes hat in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ — Heft 6/86 — folgendes ausgeführt:

„Was mich damals wie heute zornig macht, ist die Tatsache, daß über die Begehung einer Straftat getäuscht wurde und der Adressat dieser Täuschung gezielt und gewollt auch die Polizei war.“

(Hört, hört! bei der SPD.)

„In einer Zeit, in der unsere Beamten bis an die Grenze ihrer physischen Leistungsfähigkeit mit der Fahndung nach Terroristen in Anspruch genommen waren, wurden hier polizeiliche Ressourcen absolut sinnlos, ja blödsinnig vertan und Beamte sogar leichtfertig in Lebensgefahr gebracht.“

(Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD].)

„Unvorstellbar“

— so geht es in diesem Zitat hier weiter —

„daß der für beide Sicherheitsbehörden, Verfassungsschutz und Polizei, verantwortliche Innenminister und der Ministerpräsident das gewußt und gewertet haben. Will man eine solche Ungeheuerlichkeit als schier undenkbar ausschließen, dann bleibt das Faktum, daß der Verfassungsschutz in unerträglicher Weise mit der Polizei gespielt und selbst die politisch Verantwortlichen nicht vollständig informiert hat. Eine ganz schlimme Sache; so oder so.“

Meine Damen und Herren, es geht an anderer Stelle — auch dieses Zitat möchte ich Ihnen nicht ersparen — wie folgt weiter:

„Nur ein Loch in der Gefängnismauer? Weit schlimmer! Mit diesem Loch wurden Zweifel vielerlei Art herbeigesprengt. Unter anderem, daß Polizeibeamte angesichts einer schwer aufklärbaren Straftat immer auch ins Kalkül ziehen müssen, daß irgendein Dienst dahinterstecken kann, durch den sie gezielt auf falsche Fährten gelockt werden. Der Satz, der Verfassungsschutz habe schon besseren Mist gemacht, stammt nicht von mir, obwohl er mir hartnäckig in die

Schuhe geschoben wird. Aber daß ich froh bin, pensioniert zu sein, das habe ich gesagt. Und das stimmt sogar.“

Meine Damen und Herren, muß uns das, was der ehemalige Leiter unseres Landeskriminalamtes hier ausführt, nicht alle nachdenklich machen?

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: In der Tat!)

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Das vorliegende Material über diesen Fall hätte eine eindeutige rechtliche Beurteilung möglich machen müssen. Wir in diesem Hause sind trotzdem unterschiedlicher Auffassung. Das macht es erforderlich, daß wir im Interesse unseres Verfassungsschutzes und der Kriminalpolizei gründlicher und umfassender Sachaufklärung betreiben, wobei der Versicherungsagent Werner Mauss, aber auch ungeklärte Fragen über die sogenannten Seveso-Fässer einbezogen werden sollten, um anhand beweisbarer Sachverhalte zu einer zweifelsfreien Beurteilung, zu der es bis heute nicht gekommen ist, zu gelangen.

Daß unser Verlangen nicht ganz unberechtigt ist, wird letztlich durch eine Äußerung des ehemaligen Ministers des Innern Dr. Möcklinghoff bestätigt. Nach einem undementierten Pressebericht in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 4. Juli dieses Jahres hat er bei dem Abschiedsempfang für die niedersächsische Polizei die Forderung erhoben, Dinge intern in Ordnung zu bringen, die nicht in Ordnung seien. Daraus, meine Damen und Herren, müssen wir schließen, daß es dem Minister selbst nicht gelungen ist — wir zweifeln nicht an seiner Redlichkeit —, Dinge in Ordnung zu bringen, die nicht in Ordnung sind. Wenn aber die Regierung in ihrer Verantwortung dazu nicht imstande ist, dann spätestens ist das Parlament gefordert, und zwar auch und gerade angesichts des gestrigen Meuchelmordes. Dabei kommen wir ohne den beantragten Untersuchungsausschuß nicht weiter. Er ist — das sage ich den Kollegen, die im letzten Untersuchungsausschuß mitgearbeitet haben — leider notwendig. Deshalb haben wir ihn beantragt.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Vielen Dank, Kollege Milde, für die Einbringung. Wir beginnen mit der Beratung. Erster Redner ist der Kollege Trittin.

Trittin

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat stellt sich nach den teilweise recht unerfreulichen Abläufen nach Bekanntwerden des Anschlages auf die Justizvollzugsanstalt Celle die Frage, ob denn ein Antrag auf Einsetzung eines solchen Ausschusses notwendig ist. Die Fraktion der Grünen ist der Auffassung, daß es trotz einer Unterrichtung in der PKK, über deren Inhalt wir naturgemäß nichts wissen, trotz einer Unterrichtung des Rechtsausschusses und des Innenausschusses sowie einer Unterrichtung des Innenausschusses allein weiterhin eine ganze Reihe von offenen Fragen und Widersprüchen gibt über die Entwicklung dieses Anschlages, die darin verwickelten Personen und auch über die Zielsetzung eben dieser Aktion „Feuerzauber“, die da veranstaltet worden ist.

Ich will nur so am Rande einmal auf einen Punkt hinweisen: Bis heute hat es die Landesregierung nicht für nötig befunden, den Bericht und die Information der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ in dem Punkte zu dementieren, in denen es anlässlich der ersten Unterrichtung des Rechtsausschusses und des Innenausschusses durch die Landesregierung hieß, die Landesregierung werde in diesem Fall eh nicht alle Informationen herausrücken, weil durch die Anwesenheit von Grünen in diesen Ausschüssen — wir hatten eben dieses Thema — ein Sicherheitsrisiko zu befürchten sei. Diese Information ist bis heute nicht dementiert worden. Ich gehe also davon aus, daß die Landesregierung in den Ausschusssitzungen in der Tat keine vollständige, möglicherweise auch keine wahrheitsgemäße Unterrichtung dieses Hauses betrieben hat. Das allein müßte Grund genug für einen Elften Parlamentarischen Untersuchungsausschuß sein.

Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Dinge, die nicht mehr offene Fragen, sondern sich widersprechende Darstellungen sind. Ich frage zum Beispiel den Herrn Justizminister, ob er denn weiterhin bereit und willens ist, die Behauptung aufrechtzuerhalten, daß die angebliche Schlüsselfigur der westeuropäischen Terroristenszene, jener Holländer Henk Wubben, sein Haus selbst gelüftet habe, wie er das in einer Pressekonferenz einmal ausgedrückt hat. Ich frage Sie, ob Sie das aufrechterhalten wollen. Ich würde zum Beispiel auch gern einmal wissen, wie es denn wirklich mit den Waffen war

(Zuruf von der SPD: Nicht so neugierig!)

und zu welchem Zweck die Waffen gedient haben, mit denen die beiden bekanntermaßen

vorbestraften V-Leute ausgestattet worden sind. In der ersten Unterrichtung des Ausschusses wurde dies noch vehement bestritten. Es hieß, sie hätten nie Waffen gehabt. In der zweiten Sitzung stellte sich dann heraus, daß sie doch Waffen gehabt haben, nur waren das, wie uns da gesagt wurde, keine richtigen Waffen, sondern Schreckschußwaffen.

(Zuruf von der SPD: Wasserpistolen!)

Zum Beleg dieser ganzen Angelegenheit hat jetzt der Leiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Herr Dr. Frisch, diese Waffen samt Kaufquittungen in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Deutsche Polizei“, also der Zeitschrift der Polizeigewerkschaft, vom Juli abbilden lassen. Ich habe davon keine große Ahnung, aber ich habe mir das einmal angeguckt.

(Lindhorst [CDU]: Aber Sie sprechen davon!)

— Ich habe keine Ahnung von Waffen, Herr Lindhorst. Ich weiß nicht, wie Ihnen das geht. Ich bin da kein Experte. Ich habe mir einmal den Text von der Polizei angeguckt. Ich gehe davon aus, daß die Ahnung von Waffen haben. Diese Zeitschrift schrieb — ziemlich wörtliches Zitat —: Wie mit diesen Waffen, die jedem waffentechnisch Interessierten sofort als Schreckschußwaffen deutlich werden müßten, eine Täuschung der bekanntermaßen waffentechnisch sehr versierten Terroristen gelingen sollte, ist schleierhaft. — Ich frage mich in der Tat, wer denn mit diesen Waffen getäuscht werden soll. Ist es nicht doch so, daß sich diese Waffen nur dort eignen, wo es vielleicht verirrt, romantisierende Geister gibt, die unter dem Stichwort des sogenannten Umfeldes des Terrorismus gehandelt werden? Ich frage mich auch, ob diese Waffen nicht vielmehr Beleg für unsere These sind, daß die V-Leute Berger und Loudil sehr viel weniger dazu beigetragen haben, in den inneren oder sogenannten harten Kern des Terrorismus vorzustoßen, sondern daß ihre Rolle — dafür sind diese Waffen meines Erachtens auch ein Mosaiksteinchen in der Belegkette — vielmehr diejenige war, als Provokateure tätig zu werden, also nicht Straftaten aufzuklären, sondern sie möglicherweise anzustiften.

(Beifall bei den Grünen.)

All dies ist meines Erachtens Grund genug, diesen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von unserer Seite aus politisch zu unterstützen.

Auch wenn der Antrag in vielen Punkten sehr schnell zusammengeschustert ist

(Bruns [Emden] [SPD]: Jetzt halt dich aber zurück, Trittin! So geht das nicht!)

— das war ja alles, was ich dazu gesagt habe, Herr Kollege Bruns —, möchte ich in diesem Zusammenhang nur auf einen Punkt in diesem Bereich noch einmal gesondert hinweisen. Das wird in der Öffentlichkeit gerade nach den Erfahrungen aus dem Neunten und dem Zehnten Parlamentarischen Untersuchungsausschuß in der vergangenen Legislaturperiode eine gewisse Bedeutung haben. Das betrifft den Punkt IV, unter dem es heißt:

„Die Landesregierung wird aufgefordert zu veranlassen, daß alle vor dem Untersuchungsausschuß und seinen Unterausschüssen zu vernehmenden Beamten und Angestellten des Landes im Rahmen der geltenden Gesetze von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit entbunden werden. Das gilt auch für ehemalige Beamte und Angestellte, soweit sie über ihre Tätigkeit im Landesdienst vernommen werden sollen.“

Angesichts der Erfahrungen, die wir zum Beispiel in dem Mauss-Ausschuß machen mußten, daß leitende Beamte etwa des Bundeskriminalamtes mit Unterstützung und Billigung ihres Ministers mit diesem Ausschuß wirklich Katz und Maus gespielt haben, kann dies nur ein Appell sein. Angesichts dieser Wirklichkeit kann ich im Interesse einer kollegialen Zusammenarbeit in diesem Ausschuß nur hoffen, daß sich dieses grausame Schauermärchen, das sich da abgespielt hat, ungeachtet der politischen Differenzen zwischen uns und Ihnen auf Landesebene nicht wiederholt und daß Sie Ihrer politischen und moralischen Pflicht, Ihren Beamten die Möglichkeit zu geben, vor diesem Ausschuß der Wahrheit und den Gesetzen entsprechend Auskunft zu geben, auch Genüge tun werden.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist der Kollege Jahn.

(Zuruf von der SPD: Jetzt gibt es wieder Feuer!)

Jahn (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der feige Mord an Professor Karl Heinz Beckurts und seinem Fahrer Eckart Groppler hat landesweit Entsetzen ausgelöst. Da werden willkürlich oder gezielt zwei Menschen zu Tode gebombt, und niemand weiß, wo die Täter sind. Die Erschütterung geht bis in die Familien hinein, die selbst befürchten müssen, daß Fahrer

oder Polizeibeamte in Ausübung ihres Dienstes ein gleiches Schicksal ereilen kann.

Dieses Ereignis führt uns allen nachdrücklich vor Augen, daß der Terrorismus auch in Deutschland nach wie vor vorhanden ist und offensichtlich jederzeit zuschlagen kann. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir uns dies bei der Debatte, die wir heute miteinander führen, vor Augen führen und auch unsere Verantwortung insgesamt daran prüfen und überprüfen, die wir für die Sicherheit und für den demokratischen Rechtsstaat tragen und die wir wohl auch — zumindest zum überwiegenden Teil — hier wahrzunehmen gewillt sind, selbst wenn wir im einzelnen unterschiedliche Positionen vertreten.

Sie, Herr Schröder, haben dieses Thema aufgegriffen und im Zusammenhang mit den Vorgängen in Celle im Jahre 1978 darauf hingewiesen:

„... daß man auf diese Weise das Gewaltmonopol des Staates nicht verteidigt, sondern zugrunde richtet. ... Wenn weder die Zwecke, für die der Staat Gewalt einsetzt, überzeugend sind, noch die Art und Weise des Einsatzes verhältnismäßig ist, dann berührt das die Legitimationsgrundlagen des staatlichen Gewaltmonopols.“

Ein paar Zeilen später heißt es:

„Diesen Weg wird meine Fraktion nicht mitgehen. Uns ist staatliches Handeln nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Durchsetzung vernünftiger Zwecke.“

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Um diese Frage der vernünftigen Zwecke geht es. Ich habe mir sagen lassen, daß gestern eine Fernsehdiskussion stattgefunden hat, in der der Bundesinnenminister gefragt wurde, ob man denn nicht vorbeugend gegen solche Ereignisse etwas tun könne. Wenn man sich diese Frage stellt, kommt man zwangsläufig auch zu den Vorgängen in Celle.

(Bruns [Emden] [SPD]: Ach so!)

Man kann sie gewichten, wie Sie das tun, daß man sagt: Das ist „terroristisches“ Handeln von seiten des Staates gewesen — so ähnlich haben Sie sich gleich nach dem Bekanntwerden der Vorgänge ausgedrückt —,

(Wernstedt [SPD]: Das sollte ja auch so ausgedrückt werden!)

man kann aber auch versuchen, sich in die Gedankenwelt derer zu versetzen, die damals zum Handeln gezwungen gewesen sind.

Jahn

Die Situation, die uns durch die Mordtat, die sich gestern ereignet hat, vor Augen geführt wird, war 1978 aufgrund der Fülle der Vorgänge noch wesentlich dramatischer.

(Dr. Holtfort [SPD]: 1977!)

— Ja, 1977 und auch schon davor beginnend, aber kulminierend im Jahre 1978. Es war ja eine gerade Linie der Attentate, der Anschläge, und die Zahl der Opfer beschränkt sich ja nicht nur auf Schleyer und Ponto und auf die Polizeibeamten und Fahrer. Wir wissen das, und Sie wissen das auch. Daß der Staat auf allen Ebenen — vom Bund angefangen bis über die Länder — versucht hat, sich in dem zu üben, was heute morgen der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Axel Wernitz, als Solidarität der Demokraten beschworen hat, als er davor warnte, nicht in Kleinkariertheit zu verfallen,

(Zuruf von der SPD): Sehr richtig!

das hat doch damals in der Tat die Demokraten zusammenrücken lassen!

Wenn wir heute vor der Situation stehen, daß Sie, Herr Milde, hier einen Untersuchungsausschuß beantragen, den der Vorsitzende Ihrer Fraktion nun offensichtlich mit bereiteten Worten in der Diskussion Ihrer Partei und Fraktion durchgesetzt hat — der hatte sich ja schon sehr früh festgelegt —, dann kann man doch wohl annehmen, daß Sie der Meinung sind, es gebe Tatbestände, die einer weiteren Klärung zugeführt werden müssen, die sogar einen Untersuchungsausschuß erforderlich machen, der noch mehr an den Tag befördern soll, als die Parlamentarische Kontrollkommission aufgrund der Aktenlage hat feststellen können. Vielleicht wäre es ganz nützlich gewesen, wenn man die Kollegen bei Ihnen wie bei uns, die in der Parlamentarischen Kontrollkommission mit Vertrauen ausgestattet worden sind, auch bei der Argumentation etwas stärker gewürdigt hätte. Denn die Frage ist doch, ob der Untersuchungsausschuß, den wir jetzt aufgrund Ihrer Forderung einsetzen sollen, in der Lage sein wird, überhaupt ein Arbeitsergebnis zu erzielen.

Wenn ich mir einmal ansehe, wie Ihr zweiter Absatz lautet — Sie müssen sich jetzt an dem messen lassen, was Sie hier vorgelegt haben —, dann heißt es da:

„Der Untersuchungsausschuß hat die Aufgabe, zu ermitteln, ob und inwieweit niedersächsische Sicherheitsbehörden, insbesondere die Kriminalpolizei und der Verfassungsschutz, in der Vergangenheit im Rahmen ihrer gesetzlich vorgegebenen Aufgabenstellungen und Befugnisse gehandelt

haben oder ob sie diese überschritten haben und dabei Rechte, insbesondere Grundrechte von Bürgern, verletzt worden sind.“

(Zuruf von der SPD: Ja und?)

Wenn Sie das machen, dann bedeutet das im Grunde, daß Sie die Arbeit der Polizei, der Schutzpolizei wie der Kriminalpolizei, und des Verfassungsschutzes seit 1946 überprüfen müssen — seit 1946! Falls Sie das nicht so sehen, dann kommen wir uns schon wesentlich näher. Dann müssen Sie nämlich feststellen, daß Ihr Antrag insgesamt, wie er jetzt vorgelegt worden ist, nicht annahmefähig ist; denn er verstößt gegen den Grundsatz, daß der Untersuchungsauftrag hinreichend bestimmt sein muß. Was ist an diesem Untersuchungsauftrag, wenn Sie dann in dem nächsten Absatz noch Beispiele anführen, hinreichend bestimmt und konkret? Wie wollen sich eigentlich diejenigen, die mit mir im letzten Untersuchungsausschuß, im Zehnten Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, gesessen haben, vorstellen, wie der Ausschuß diese Aufgabe bewältigen kann? Sie bringen ja selber zum Ausdruck: Wenn bis zum Sommer 1987 kein Abschlußbericht vorliegt, dann soll ein Zwischenbericht gegeben werden. Wollen Sie dann 1988/89, wenn Sie auf dieser Basis arbeiten, noch einmal einen Zwischenbericht geben? Meinen Sie nicht, daß Sie dann, wenn es Ihnen tatsächlich um die Vorgänge in Celle geht, die Sie nun vor der Gesamtpublikum aufhellen wollen, wie es offensichtlich Ihr Ziel ist, konkrete Fragen erarbeiten müssen, die der Untersuchungsausschuß auch zur Grundlage seiner Arbeit macht? Darüber könnten wir uns dann verständigen; aber darüber müssen wir im Ältestenrat oder im Unterausschuß des Ältestenrates zunächst einmal sprechen. So, wie Sie es bisher formuliert haben, muß man davon ausgehen, daß der Bestimmtheitsgrundsatz nicht gewahrt ist und daß die verfassungsmäßige Voraussetzung für die Annahme des Untersuchungsantrages nicht vorliegt.

Man merkt, daß das bei Ihnen offensichtlich schnell gehen mußte. Auch dafür habe ich Verständnis. Aber dann würde ich Sie doch bitten, ernsthaft zu prüfen und zu überlegen, inwieweit wir uns auf einen Untersuchungsauftrag verständigen können, der dem Ausschuß überhaupt die Möglichkeit gibt, seine Arbeit in einem vernünftigen Zeitraum mit einem vernünftigen Aufwand bewältigen zu können.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte gleich noch auf einen weiteren Punkt aufmerksam machen: Es wird wieder die Frage

auftauchen, ob der Ausschuß die Beweiserhebungen in seinen Sitzungen in aller Öffentlichkeit durchführen kann oder nicht, ob es vertrauliche Sitzungen geben kann, wie es mit der Vorlage der Beweisstücke aussieht. Es ist nun einmal so, daß alles das, was im Umgang mit der Kriminalpolizei läuft, der Vertraulichkeit im Innenbereich und nach außen unterliegt. Das ist ein Tatbestand; den können Sie nicht wegdiskutieren. Ich mache heute schon darauf aufmerksam, damit es nicht wieder heißt — wie jetzt wieder geschehen —, da wird von seiten der Exekutive gemauert, der Ausschuß wird nicht hinreichend bedient, da wird zögerlich zugearbeitet. Sie müssen sich doch einmal den Bereich ansehen, um den es geht.

Ich bin bisher der Meinung gewesen, daß die überwiegende Mehrheit nicht nur in der Fraktion der Sozialdemokraten, sondern auch in der Öffentlichkeit daran interessiert ist, daß die Arbeit in den Sicherheitsbehörden in einer schwierigen Situation nicht unnötig erschwert wird.

(Beifall bei der CDU.)

Über eines müssen wir uns im klaren sein: Diejenigen, die für einen kraftvollen Verfassungsschutz sind, müssen zugeben, daß diese Arbeit in den letzten Jahren erheblich schwieriger geworden ist und daß unter diesen Schwierigkeiten nicht nur diejenigen zu arbeiten haben, die erfolgreich Verfassungsschutz betreiben wollen, sondern auch diejenigen, die die Verantwortung dafür tragen, die die Rahmenbedingungen schaffen.

Ich frage Sie: Können wir daran interessiert sein, daß wir uns in einer Situation wie jetzt im wesentlichen mit Vorgängen auseinandersetzen, die 1978 aktuell waren, die damals ihre Bedeutung hatten, daß wir Kräfte binden, die wir in der aktuellen Auseinandersetzung wesentlich besser einsetzen könnten? Herr Schröder, es mag Ihnen nicht einleuchten, aber Tatsache ist doch, daß die Situation, vor die uns der Terrorismus stellt, heute wesentlich schwieriger geworden ist. Ich nehme es jedenfalls denjenigen, die in ihrem Verantwortungsbereich mit gehandelt haben, ab, daß sie bei dem, was sie damals in dieser Situation an Maßnahmen für notwendig erachtet haben, wohlüberlegt gehandelt haben. Das traue ich dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt zu, und das traue ich auch dem Ministerpräsidenten Börner in Hessen zu. Eines kündige ich Ihnen heute schon an: Wenn es zu diesem Ausschuß und dem Auftrag kommt, wie Sie ihn hier vorgelegt haben, dann werden wir auch hören wollen,

was diese Herren damals in der Situation gedacht, getan und für verantwortlich gehalten haben.

(Beifall bei der CDU.)

Daraus werden wir Sie nicht entlassen.

Ich meine schon, daß es nicht nur eine Frage des Geschmacks und des guten Stils ist, Herr Milde, wenn Sie hier vortragen, was der frühere Leiter des Landeskriminalamtes Niedersachsen im nachhinein dazu gedacht und geschrieben hat. Ich erinnere nur an unsere Diskussion, die wir im Zehnten Parlamentarischen Untersuchungsausschuß geführt haben. Ich habe von dieser Stelle aus Herrn Burghard meine Anerkennung für die Leistung ausgesprochen, die er im Amt erbracht hat. Aber Sie wissen genausogut wie ich, daß die Rückkopplung der Vorgänge, die wir im Zehnten Parlamentarischen Untersuchungsausschuß erörtert haben — auch im Zusammenhang mit Mauss — damals weitgehend bei Herrn Burghard erfolgt ist. Wenn er sich daran so gut erinnern könnte und seine Urteilsfähigkeit auch auf diese Vorgänge so anwenden würde und Sie dieses Urteil auch übernehmen würden, dann würde das, was Sie hier heute zu dieser Frage vorgetragen haben, in einen richtigen Rahmen kommen, glaube ich.

(Milde [SPD]: Dazu brauchen wir einen Untersuchungsausschuß!)

— Sie meinen, wir brauchen den Untersuchungsausschuß. Wir stehen auf dem Standpunkt, wir brauchen ihn nicht, weil die Parlamentarische Kontrollkommission ausreichend informiert war. Wir werden und können ihn nicht verhindern. Wir werden in dem Ausschuß im Rahmen eines zulässigen Untersuchungsauftrages sachlich mitarbeiten. Das bedeutet, daß dieser Untersuchungsauftrag konkretisiert werden muß. Wir müssen uns auch mit der Geschäftsordnung für den Untersuchungsausschuß auseinandersetzen. Ich hoffe, daß wir dabei nicht so viele Scheingefechte miteinander führen, sondern daß konkret an der Sache gearbeitet wird.

Wir haben den Untersuchungsausschuß nicht zu fürchten. Diejenigen, die in der Parlamentarischen Kontrollkommission gewesen sind, wissen, daß alles auf den Tisch gelegt worden ist und daß es keinen Anlaß gibt, hier weiter Zweifel zu säen und in der Öffentlichkeit zu schüren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Wernstedt [SPD]: Sie glauben doch nur, daß Sie es nicht wissen! — Gegenruf von Stock [CDU]: Sie können es nicht wissen! Das liegt nicht drin!)

Vizepräsident Bosse

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat nunmehr der Kollege Fischer (Buxtehude).

Fischer (Buxtehude) (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir sehen in der Garantie des freiheitlichen Rechtsstaates das Herzstück unserer demokratischen Ordnung. Deshalb kommt es darauf an, daß auch Polizei und Verfassungsschutz bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben die volle Unterstützung dieses Hauses haben. Unsere Unterstützung haben sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP.)

Ich glaube, daß diese Vorbemerkung gerade im Hinblick auf die üblen Verbrechen, die in München begangen worden sind, wichtig ist. Wir werden unsere Polizei und auch unseren Verfassungsschutz bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben weiter voll unterstützen, um in Zukunft zu verhindern, daß sich derartige Verbrechen wiederholen können.

Meine Damen und Herren, hier ist zu dem Vorgang in Celle gesagt worden, daß nicht alle Fragen geklärt seien. Diese Auffassung teilen die Freien Demokraten. Wir haben das in den Beratungen der Fachausschüsse vor der Landtagswahl gesagt. Wir haben dafür plädiert, diese Frage aus dem Wahlkampf herauszuhalten, um nach der Wahl die aufgeworfenen Fragen in aller Ruhe, aber auch in aller Sachlichkeit zu klären. Ich meine, wir sollten sine ira et studio an die Arbeit gehen. Jeder Übereifer in dieser Frage wird schädlich sein, wenn wir bei dieser Untersuchung zu sachgerechten Ergebnissen kommen wollen. So sehen wir grundsätzlich den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, und so werden wir die Intentionen hier auch unterstützen.

Es geht darum, Klarheit zu schaffen. Ich bin sicher, daß der Herr Innenminister die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten voll unterstützen wird, damit hier in diesem Hause, aber auch in der gesamten Öffentlichkeit, keine Zweifel mehr bestehen oder entstehen können, damit wir wissen, daß sich unsere Exekutive in allen Bereichen rechtsstaatlich verhalten hat. Diese Fragen sollen geklärt werden. Ich glaube, daß wir, wenn alle Fraktionen so an die Arbeit herangehen, auch zu einem vernünftigen Ergebnis kommen werden mit der nötigen Unterstützung des Innenmini-

sters, der Exekutive. Hier ist nichts zu verbergen. Hier ist offenzulegen, was gewesen ist. Rückschauend auf die Situation von 1978, werden wir, glaube ich, alle in der Lage sein, die Vorgänge verantwortungsvoll zu werten und daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Die FDP geht dabei nach folgendem Grundsatz vor: Gerade bei der Bekämpfung extremistischer oder gar terroristischer Bestrebungen muß sich der freiheitliche Rechtsstaat bewähren. Die Auseinandersetzung mit den Gegnern unserer Ordnung ist mit strikt rechtsstaatlichen Mitteln zu führen, wenn unsere Freiheit nicht gefährdet werden soll. Was wir schützen wollen, darf nicht durch Art und Weise der Schutzmaßnahmen in Frage gestellt werden, sonst würde unsere Freiheit Stück für Stück weniger schützenswert. Nach diesem Grundsatz werden wir auch weiterhin Innen- und Rechtspolitik in diesem Lande betreiben.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns den Antrag ansehen, der hier eingereicht worden ist — es ist schon gesagt worden, er ist wahrscheinlich etwas schnell zusammengeschustert worden —, dann, glaube ich, werden wir uns auch darüber verständigen können, daß der zweite Absatz so wohl nicht stehenbleiben kann, weil er konkretisiert werden muß. Gerade wenn wir uns darum bemühen wollen, rechtsstaatliche Fragen aufzuklären, muß sich natürlich auch der Auftrag streng nach diesen Grundsätzen richten, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich denke, daß es möglich sein wird, im Ältestenrat auch mit Ihnen darüber zu sprechen, um die erforderliche Konkretisierung zu bekommen, so daß wir diesem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß einen ganz konkreten Auftrag geben können.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, meine Damen und Herren, daß ein Untersuchungsausschuß das schärfste Mittel der parlamentarischen Kontrolle ist. Wir dürfen es hier nicht zu einer Inflation kommen lassen, sondern wir müssen dieses Mittel gezielt und richtig einsetzen. Das fängt bei der Formulierung des Auftrages für einen derartigen Untersuchungsausschuß an.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir haben — das möchte ich in diesem Zusammenhang wiederholen — vor der Wahl gesagt: Wir sind der Auffassung, daß das Recht der Untersuchungsausschüsse auch im Lande Niedersachsen gesetzlich geregelt werden muß. In diesem Gesetz müßte auch geregelt werden, inwieweit der Auftrag zu konkretisieren ist. Die Rechte

der Minderheiten werden in einem derartigen Gesetz ebenfalls genau bestimmt sein müssen. Wir werden uns im Laufe der Legislaturperiode über diese Fragen gemeinsam zu unterhalten haben. Wichtig scheint mir aber zu sein, daß dem Untersuchungsausschuß ein Auftrag gegeben wird, der im Einklang mit unserer Verfassung steht. Ich habe die Befürchtung, daß dies für den von mir eben erwähnten Absatz 2 nicht zutrifft.

Ein Untersuchungsausschuß kann nur auf der Grundlage der gesetzlichen Ordnung tätig werden. In diesem Sinne meinen wir, daß wir an den Untersuchungsauftrag generell zum Vorgang in Celle herangehen sollten, um weitere noch erforderliche Klärungen herbeizuführen. Wenn wir diese Klärungen herbeigeführt haben, dann werden wir — das muß nach meiner Auffassung das Ziel sein — nicht so sehr in die Vergangenheit zu schauen haben, sondern wir werden in die Zukunft schauen müssen, wie wir auch in unserem Land Niedersachsen jederzeit garantieren können, den Terrorismus und den Extremismus auf rechtsstaatlicher Grundlage wirksam zu bekämpfen. — Danke schön.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Ihnen wird die Überweisung an den Ältestenrat vorge-

schlagen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei Enthaltung eines Teiles der Abgeordneten ist dies mit Mehrheit beschlossen worden. Der Ältestenrat hat dann die Aufgabe, den Einsetzungsbeschluß, den Untersuchungsauftrag und die Geschäftsordnung vorzubereiten.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir sind damit am Ende der Tagesordnung des ersten Tagungsabschnitts des Niedersächsischen Landtages der 11. Wahlperiode. Ich erinnere Sie daran, daß nach Schluß der Plenarsitzung die Ausschüsse zusammentreten, um sich zu konstituieren. Die Einladungen liegen Ihnen vor. In den Einladungen ist als Beginn der Sitzung jeweils eine Minutenzahl nach Beendigung der Plenarsitzung angegeben. Gehen Sie bitte bei der Berechnung des Sitzungsbeginns von 15.25 Uhr aus.

Unsere diesjährigen Parlamentsferien beginnen morgen und enden am 7. September 1986. Ich hoffe, Sie werden alle Zeit und Muße haben, die Wunden des Wahlkampfes zu lecken.

Der zweite Tagungsabschnitt ist für die Zeit vom 24. bis 25. September 1986 vorgesehen. Ich bitte, den Präsidenten zu ermächtigen, im Einvernehmen mit dem Ältestenrat Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnittes festzulegen.

Ich wünsche uns allen eine gute Heimfahrt und eine gute Erholung in den diesjährigen Ferien.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15.24 Uhr.